

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., wöchentlich 1.10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erbsicht 13/14.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pfg. (zuzüglich 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 20. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wettrüsten ohne Ende.

London, 18. März. (Eig. Ber.)

Zweieinhalb Stunden sprach der Marineminister Churchill gestern im Unterhause, um seinen neuen Flottenetat in der Höhe von über 51½ Millionen Pfund Sterling zu begründen. Er mußte, daß eine außerordentliche Apologie nötig war, um das laute Rurren im liberalen Lager zum Schweigen zu bringen. Niemand wird die englischen Liberalen in dem Verdacht haben, keine guten Patrioten zu sein. Aber was viele von ihnen nicht begreifen können, ist, daß die Flottenrüstungen trotz der offensichtlichen Besserung der deutsch-englischen Beziehungen noch immer in wahnsinnigem Tempo vermehrt werden. Wenn das Nachlassen der bedrohlichen internationalen Spannung, auf die man die Aera unerhörter Flottenrüstungen zurückgeführt hatte, keine Erleichterung derselben bringt, woraus will man dann noch Hoffnung schöpfen? Daher die wachsende Feindseligkeit und Erbitterung eines nicht zu unterschätzenden Teiles der liberalen Partei gegen diese Rüstungspolitik.

Zur Verabridung dieser Stimmung sah sich Churchill genötigt, seine schwersten Beschütze aufzufahren. Er gab eine großangelegte Uebersicht von der ganzen Dekonomie der Rüstungspolitik und verfuhrte mit großem Geschick zu beweisen, daß er weiter nichts tue, als was jene höchsten „nationalen“ Interessen erfordern, die allen am Herzen liegen. Aber je erfolgreicher die Entschuldigungen Churchills, um so vernichtender das Urteil über das ganze System, das dieser Politik zugrunde liegt. Churchills Beweisführung eröffnet keinen anderen Ausblick in die Zukunft, als die stetig wachsende Unterjochung der Völker durch den Moloch, bis es zu einer weltberberendenden Entladung kommt oder bis die riesenhaften Mordinstrumente unter ihrer eigenen Last zusammenbrechen.

Es ist das System selbst, woran die Art gelegt werden muß, soll ein Ausweg möglich sein. Wer die Existenzberechtigung der „nationalen“ Interessen weltkapitalistischer Ausbeutung zugibt, der ist den Rüstungsherrn rettungslos ausgeliefert. Hier liegt die Schwäche der pazifistischen Liberalen, nicht in ihrem mangelnden Willen. Sie müssen ihre Angriffe auf einzelne Erscheinungsformen oder Uebergriffe der Rüstungspolitik beschränken, und da sind ihnen die geriebenen militaristischen Hochleute allemal über. Ein großer Teil der Mehrausgaben ist durch die Einführung der D e l f e u e r u n g verschuldet. Die liberalen Pazifisten protestieren; aber Herr Churchill beweist schwarz auf weiß, daß die Delfeuerung die der Admiralität zur Verfügung stehende Mordgewalt außerordentlich erhöhe. Die liberalen Pazifisten können nicht erwidern, daß sie eine Vermehrung der Mordgewalt nicht wollen, sondern müssen sich darauf beschränken, sehr inkompetente Zweifel über die Vorzüge der Delfeuerung zu äußern, ohne natürlich die Deffentlichkeit davon überzeugen zu können, daß sie in dieser Frage besser Bescheid wissen als die Admiralität. Dasselbe gilt von dem wachsenden Umfang der Schlachtschiffe, von der rapiden Ausbreitung des Luftmilitarismus, von der Vermehrung der Flottenbemanning und selbst von der Zahl der zu bauenden Schiffe.

Aber gelegentlich müssen die Militaristen doch aus eigenem Munde den Wahnsinn ihres Treibens verkünden. Mit nicht geringem Stolz setzte Churchill auseinander, daß die englische Admiralität mit der Einführung fünfzehn-kollkalibriger Geschütze an Stelle der 13½-kollkalibrigen vorangegangen sei. Dieses Geschütz, erzählte Churchill einem staunenden Unterhause, entsendet ein Geschöß von fast einer Tonne Gewicht und wirft es bis zu einer Entfernung von 10-12 englischen Meilen. Das ist gewiß wundervoll — es gibt kein Gebiet menschlicher Tätigkeit, das alle Errungenschaften des menschlichen Geistes so sehr in seinen Dienst gestellt hat, wie die Mordtechnik. Aber gleich darauf mußte Churchill hinzufügen: „Die Angriffsmacht des modernen Schlachtschiffes steht außer allem Verhältnis zu seiner Verteidigungsmacht. Wenn Sie sich ein klares Bild von einem Kampfe zwischen modernen Schlachtschiffen machen wollen, dann dürfen Sie nicht an zwei gepanzerte Männer denken, die einander mit schweren Schwertern angreifen. Es ist mehr wie eine Schlacht zwischen zwei Eierschalen, die mit Hämmern aufeinander losschlagen. Diese Tatsachen wecken Zweifel darüber, ob die moderne Form der Kriegsführung zwischen diesen enormen Schiffen sich nicht jetzt ihrem Gipfelpunkt nähert.“ Ein Dreadnought, der 2½ Millionen Pfund Sterling kostet, so zerbrechlich und verwundbar wie eine Eierschale! Für dieses Wort verdient der englische Flottenminister aufrechtigen Dank.

Ein großer Teil von Churchills Rede war an die Adresse Kanadas, Australiens und Neuseelands gerichtet. Den Kanadiern sagte er deutlich genug, daß sie sich schämen sollten, ihre Küstenverteidigung von den englischen Steuerzahlern, die vielfach ärmer seien als sie, zahlen zu lassen! Wäre Kanada unabhängig oder würde es von den Vereinigten Staaten annektiert, dann müßten sie gewiß viel höhere Kriegskosten tragen, als ihnen jetzt zugemutet würde.

Es bleibt abzuwarten, welchen Eindruck diese Kapuzinerpredigt in Kanada machen wird. Das reichspatriotischere und

freigebigere Australien und Neuseeland bekam ein anderes Lied zu hören. Diesen Kolonien legte Churchill nahe, wie wichtig es für sie sei, daß die von ihnen gebauten Kriegsschiffe nicht in ihren Heimatgewässern stationiert bleiben, sondern der englischen Admiralität zur Verfügung stehen. Nur die englische Flottenübermacht in der Nordsee, im entscheidenden Theater, könne die Unabhängigkeit dieser Kolonien sichern. Ist die englische Flotte in diesem entscheidenden Schauplatz besiegt, dann können die paar eigenen Kriegsschiffe Australien und Neuseeland nicht retten; sie müßten dann den Schutz der Vereinigten Staaten erbitten. Auch die Furcht dieser Kolonien vor Japan versuchte Churchill zu beschwichtigen. Sie haben von Japan nichts zu fürchten. Japan könne mit den Flottenrüstungen der europäischen Staaten unmöglich Schritt halten, und nur das Bündnis mit England sichere ihm seine Unabhängigkeit. — Wie das wohl in Tokio gefallen wird?

Die schlagendsten Argumente, die auf englische Patrioten stets den tiefsten Eindruck machen, bewahrte sich Churchill zum Schluß. Die Flotte ist Englands Ein und Alles, nicht nur seine Kolonien, sondern seine nackte Existenz, die Nahrung seines Volkes, hängt von ihr ab. Für andere Staaten ist die Flotte ein Sport, das Werkzeug einer Machtpolitik; selbst die Vernichtung ihrer Flotte könnte ihre Unabhängigkeit nicht berühren. Deshalb könne England seine Rüstungen nur einschränken, wenn die anderen Staaten das gleiche tun.

Der Siegeszug der Roten Woche.

Die Rote Woche hat den sozialdemokratischen Organisationen und der sozialdemokratischen Parteipresse schöne große Erfolge gebracht. Die Resultate gehen nicht so rasch ein, als zu wünschen gewesen wäre. Aber es läßt sich aus den Teilergebnissen schon erkennen, daß unsere Erwartungen voll erfüllt worden sind.

Im nachstehenden geben wir eine Zusammenstellung der bisher vorliegenden Resultate:

Wahlkreis bezw. Ort	Neugewonnene Mitglieder		Neugewonnene Abonnenten
	überhaupt	darunter weibliche	
Wemel-Gehebrugg	101	67	5
Königsberg	572	?	305
Zittau	427	?	65
Ragnitz	148	?	18
Gumbinnen	18	—	—
Danzig	300	185	450
Brandenburg	29	20	58
Deutsch-Krone	43	—	39
Groß-Berlin:			ca. 8000
Berlin I	201	?	?
II	312	?	?
III	301	?	?
IV	ca. 3000	?	?
V	185	?	?
VI	3360	?	?
Felkow-Beerslow	2954	788	1605
Niederbarnim	ca. 1500	?	?
Prov. Brandenburg:			
Vorläufiges Gesamtergebnis	5381	?	3318
Im einzelnen:			
Brandenburg-Westhavelland	1106	306	410
Westpreußen	288	128	85
Wittenberge	268	?	80
Stadt Ludenwade	580	?	225
Krainswalde-Friedeb.	91	18	23
Königsberg-Remm.	291	48	86
Rüdow-Grossen	228	77	65
Guben-Lübzen	386	63	337
Stadt Breslau	1587	150	1858
Breslau-Land	350	?	?
Siegnitz	264	?	285
Oberschlesische Indust. Bez.	263	?	627
Goldenburg	ca. 507	158	501
Schweidnitz	?	?	170
Landeshut-Jauer	ca. 400	?	276
Dirschberg	?	?	140
Stadt Magdeburg	705	?	100
Niederleben	408	?	68
Breslau	655	?	108
Dalle-Saalkreis	1020	350	ca. 900 ¹⁾
Raumburg-Zeitz	1096	?	ca. 600
Erfurt	1535	308	552
Rothhausen	406	156	104
Mühlhausen	739	188	893
Miel	1320	490	442
Schleiz	75	?	53
Stenfurt-Weißb.	500	150	150
Eldeburg-Weißb.	64	?	38
Eintracht	341	?	346
Altenburg	131	?	75
Reinhardt	104	?	51
Bez. süddeutsches Westfalen und			
lippische Fürstentümer	1366	267	1138
Worms-Weidenfeld	824	?	642
Porlen-Reddinghausen	880	482	854
Frankfurt a. M.	2160	483	1040

Wahlkreis bezw. Ort	Neugewonnene Mitglieder		Neugewonnene Abonnenten
	überhaupt	darunter weibliche	
Oberer Rheinprovinz	2500	?	1500
davon Köln-Stadt	1022	?	665
Wülfrath	373	?	121
Köln-Stadt	112	?	65
Köln-Land	177	?	50
Saarbrücken	120	9	170
Bez. Niederrhein			
Gennev-Mettmann	683	63	583
Elberfeld-Barmen	1320	?	ca. 1500
Solingen	1040	90	610
Düsseldorf	896	260	1023
Essen	440	120	587
Hagen-Schwelm	1207	?	?
Nordböhern			
Mittelranken u. Oberpfalz	ca. 2500	—	ca. 3000
davon:			
Nürnberg	522	211	?
Hof	517	223	597
Bayreuth	551	26	500
Kronach-Kulmbach	158	8	271
Kronach-Richtensfeld	176	?	180
Reustadt a. B.	93	3	180
Erlangen-Büch.	924	63	967
Schweinfurt	456	30	331
Bamberg	315	34	484
Hilfshausen	157	23	182
Südböhern:			
München I und II	1407	252	3100
München	ca. 800	?	ca. 300
Stadt Kempten	100	—	60
Memmingen-Weilheim-Neuau	150	—	80
Sachsen:			
Zittau	402	145	85
Leipzig	225	?	82
Freiberg	400	40	200
Chemnitz	4040	1144	1290
Leipzig-Stadt	475	123	107
Leipzig-Land	5231	?	1025
Württemberg:			
Schöppingen, Gesamtergebnis	2300	—	2500
davon:			
Stuttgart-Göppingen-Öst	466	48	852
Baden:			
Konstanz	126	24	163
Donauwörth	116	24	103
Freiburg i. Br.	245	79	ca. 250
Rechl.-Offenburg	102	11	38
Rastatt	2088	4	719
Karlsruhe	ca. 500	—	—
Forstheim	ca. 400	—	—
Baden-Bühl	ca. 150	—	—
Hessen:			
Darmstadt-Groß-Berau	588	?	784
Mainz	ca. 800	?	831
Kassel	1730	507	340
Großh. Sachsen-Weimar insg.	1279	?	1019
Koblenz	210	59	269
Neuch. a. L.	ca. 304	53	103
Neuch. a. L.	295	97	123
Oldenburg:			
Wilhelmshaven-Rüstringen	511	192	?
Lehe-Geestemünde-Bremers-			
haven-Wahlstedt	ca. 600	—	ca. 500
Braunschweig:			
Zusammen	ca. 1400	—	ca. 300
darunter Stadt Braunschweig	ca. 1100	—	—
Bremen	2588	574	1182

¹⁾ Die Verarbeitung für die Presse wird im Bezirk Halle Ende des Monats gefordert vorgenommen.

²⁾ Die Agitation für die Presse findet erst an den nächsten beiden Sonntagen statt.

³⁾ Im Kreis Nürnberg hat kurz vor Weihnachten erst eine umfassende Agitation stattgefunden, die 2134 Mitglieder brachte; zusammen mit den jetzigen Erfolgen sind gewonnen worden 2656 neue Mitglieder, darunter 624 Frauen.

⁴⁾ Die Zahl der neugewonnenen Genossinnen, die noch nicht festgestellt werden konnte, ist in der Gesamtzahl nicht enthalten.

Aus rund 100 Wahlkreisen sind vorstehend die Resultate aufgeführt; aber es sind noch unvollständige Resultate. Noch immerfort werden aus diesen Kreisen Renaufnahmen von Mitgliedern und neu hinzugekommene Abonnenten gemeldet. Auch das Hamburger Ergebnis ist nicht eingeschlossen, das schon am ersten Tage auf 10000 neue Mitglieder geschätzt wurde! Die Gesamtziffer aber aus diesen circa 100 Kreisen ergibt:

65 300 neue Mitglieder, 53 100 neue Abonnenten!

Mit Befriedigung kann die Partei auf den Erfolg ihrer Verarbeitung blicken und Dank gebührt all den Genossen und Genossinnen, die sich mit Fleiß und Eifer der Stärkung unserer Organisation und Presse gewidmet haben. Zugleich zeigen aber diese Resultate auch, daß unserer Arbeit noch ein weites Feld offen steht, und deshalb müssen sie uns anspornen, in unserer Energie nicht zu erlahmen. Jeder einzelne muß in sich fortwährend das Bewußtsein wach erhalten, daß er stets ein Kämpfer und Werber für die Partei und ihre hohen Ziele ist. Erfolgreich ist unsere Arbeit gewesen und so ruft sie, uns Sozialdemokraten, zu neuer Anstrengung!

Großer Wahlsieg der Arbeiterpartei in Südafrika.

London, 19. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei den gestern stattgefundenen Wahlen zum Transvaaler Provinzialrat siegte die Arbeiterpartei auf der ganzen Linie. Sämtliche Siege der Stadt Pretoria gingen in den Besitz der Arbeiterpartei über. Die Unionisten erlitten eine vernichtende Niederlage, nur zwei Kandidaten wurden gewählt. Bis zurzeit sind 23 Siege der Arbeiterpartei bekannt, die somit über die Mehrheit im Provinzialrat, der nur 36 Mitglieder zählt, verfügt. Bei den ersten Wahlen im Jahre 1910 entfielen auf die Arbeiterpartei nur zwei Mandate, während die Unionisten 14 und die Nationalisten 20 Mandate inne hatten. Die Befugnisse der vier Provinzialräte Südafrikas sind sehr bedeutend. Sie können direkte Steuern erheben und über die Kontrolle über die Verwaltung des Ackerbauwesens, der Volksschulen sowie der Lokalverwaltung ausüben.

Die diesmaligen Wahlen standen unter dem Zeichen der Deportierung der Arbeiterführer. Es ist dies die beste Antwort, die die südafrikanischen Arbeiter den Gewaltmenschen geben konnten. Der Wahlsieg ist auch das beste Vorzeichen und die sichere Bürgschaft für einen Erfolg der Arbeitersache bei den noch in diesem Jahre stattfindenden Wahlen zum Unionsparlament. Unter der Arbeiterschaft Südafrikas herrscht über den Ausfall der Wahl unbefreiblicher Jubel. Die Arbeiterpartei wird natürlich die Transvaaler Provinzialregierung bilden.

Im Kandidatentrat traten die jüdischen und holländischen Wähler für die Kandidaten der Arbeiterpartei ein, unter denen sich viele der früheren Streikführer befanden.

Politische Uebersicht.

Hausklaverei und Diamanten.

Aus dem Reichstag, 19. März. Nach der Pause, die durch dringende Arbeiten der Budgetkommission notwendig geworden war, erledigte das Plenum heute die Beratung des ostafrikanischen Etats. Herr Erzberger ließ die Beschlüsse der Pflanzler nicht gelten, die sich gegen die Anpflanzung der schamlosen Negerausbeutung auf den Plantagen richtete, und plügte auch ein Hühnchen mit dem Beuhensbunds *Brodem, der seiner Zeit als stellvertretender Gouverneur von Deutsch-Ostafrika durch einen Hund- und einen Gruselakt, beide Ausflüsse des schoddrigen Schopenhauergeistes, für den er auch auf der Bundestagung den Mund aufgerissen, an der ganzen afrikanischen Küste unheimliches Aufsehen erregt hatte. Gegen den Staatssekretär Dr. Solff wandte sich dann Genosse Kosske mit berechtigter Schärfe in der Frage der Hausklaverei, nachdem sich der fortschrittliche Lehrer Bruchhoff für einen schäblichen Lehrentstand in den Kolonien ins Zeug gelegt hatte. Die Hausklaverei sollte ursprünglich im Jahre 1920 aufgehoben werden, aber jetzt wollen der Staatssekretär und die bürgerlichen Parteien — auch der Nationalliberale Reinath trat heute dafür ein — den Termin der Aufhebung bis in das Jahr 1930 hinausschieben. Die Sozialdemokratie muß in dieser Frage die Schildhüterin nationaler Ehre sein, denn mit Recht bezeichnete Kosske die Erklärung, daß man bis 1920 und darüber hinaus Menschen wie ein Stück Vieh behandeln wolle, als deutsche Schande.

Bei der Beratung des südwestafrikanischen Etats verbreitete sich Genosse Hoch, dessen Sachkenntnis auf diesem Gebiet selbst der Staatssekretär anerkennen mußte, über die Diamantenfrage in Südwest. Die Bestimmung, daß die

Diamanten auf dem Wege der Regie vertrieben werden sollen, hat zu schweren Schädigungen der Förderer geführt, die viel zu billige Preise erhielten. Aber auch jetzt bei der sogenannten öffentlichen Ausschreibung ist ein Antwerpener Diamantensyndikat, dem früher die Diamanten durch einen Vertrag ausgeliefert wurden, eigentlich der einzige ernsthafte Bieter. Genosse Hoch vertrat auch mit Nachdruck die Forderung, daß der Aufsichtsrat der Regie auch Vertreter der deutschen Diamantenarbeiter sitzen müßten. Als er aber einen Vorwurf erwähnte, ausdrücklich ohne ihn sich zu eigen zu machen, der von einem intimen Verhältnis zwischen der Leitung der Regie und dem Antwerpener Syndikat gesprochen hatte, schäumte der Staatssekretär Solff ob der — gar nicht vorhandenen! sozialdemokratischen „Verleumdungen“ und „Beleidigungen“, mußte dann nach Einsicht in das Stenogramm den Vorwurf der Verleumdung zurücknehmen und bezog schließlich vom Genossen Hoch noch eine Abschwärzung. Dazwischen hatte Erzberger dagegen protestiert, daß die vielen für Südwest angewendeten Millionen allein den Konzessionsgesellschaften zugute kämen, während sich der fortschrittliche Advokat Waldstein der armen Konzessionsgesellschaften wafm annahm.

Nächste Sitzung: Morgen 2 Uhr. Kurze Anfragen. Weiterberatung des Kolonialrats.

Gegen die Polen.

Nach Beendigung der zweiten Beratung des Etats der Eisenbahnerverwaltung trat das Abgeordnetenhaus am Donnerstag in die erste Lesung des sogenannten Grundteilungsgesetzes (Teilung Land- oder forstwirtschaftlicher Besitzungen). In Verbindung damit standen nicht weniger als sechs Initiativanträge der Freisensverbände, Rationalisierern und Fortschrittler zur Debatte, die sich auf die Erhaltung des Bauernstandes, die Ansiedlung von Landarbeitern, die Schaffung von Klein- und mittelbäuerlichen Betrieben und die Förderung der inneren Kolonisation bezogen.

Eingeleitet wurde die Diskussion durch eine Rede des Landwirtschaftsministers Fehren v. Schorlemer, der sich darauf beschränkte, in trockenem Antisitz das zu wiederholen, was bereits in der Begründung steht. Zweck der inneren Kolonisation ist nach Ansicht der Regierung nicht die Aufteilung des Großgrundbesitzes, sondern lediglich die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen größerem, mittlerem und kleinerem Besitz. Dies Ziel soll angeblich durch den Entwurf erreicht werden, der sich in seinem ersten Teil gegen den gewerbmäßigen Güterhandel richtet. In Wirklichkeit aber ist das nur ein nebenhergehender Zweck des Gesetzesentwurfs, sein eigentliches Ziel ist die Verdrängung des weiteren Vordringens der Polen. So greift die Regierung, ohnmächtig, die polnische Bewegung einzudämmen, weil sie nur die äußeren Erscheinungen sieht, zu immer neuen Mitteln, um schließlich einsehen zu müssen, daß alle Arbeit vergeblich und alles Geld zum Fenster hinausgeworfen ist. Wie die bisherigen Kampfgesetze gegen die Polen, so wird auch dies Gesetz ein Versuch mit untauglichen Mitteln bleiben.

Diese Erkenntnis scheint allmählich auch in konservativen Kreisen sich Bahn zu brechen. Prachte doch der Fraktionsredner der Konservativen, Abg. Dr. v. Kries, der als einziger Redner aus dem Hause zu Worte kam, wenn er sich auch in allgemeinen mit der Tendenz des Entwurfs einverstanden erklärte, im einzelnen so viel Bedenken vor, daß das Zustandekommen des Gesetzes vorläufig noch nicht gesichert ist.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Noch eine Sammlungsbrede.

Der diesjährige Deutsche Handelsstag, eine Tagung der deutschen Handelskammern, erhob, wie schon im Vorjahre, die Forderung nach erweiterter Vertretung von Handel und Industrie in den Parlamenten, insbesondere im Reichstag. Gegenüber den agrarischen Interessen müssen in der Tat öfter die jener industriellen Kreise zurückstehen, obgleich die Behauptung natürlich übertrieben ist, daß die Parlamente den Interessen der nicht-agrarischen selbständigen Erwerbstätigen keine Rechnung tragen, da ja in Wirklichkeit

die Kapitalisten die Herrschaft in den Parlamenten ausüben. Der Handelsminister von Sydow wies dann als Vertreter des Reichstanzlers auf dem Festmahl des Handelstages auf den eigentlichen wunden Punkt hin:

„Worauf beruht denn in letzter Linie die größere Macht, mit der die landwirtschaftlichen Interessen sich in der öffentlichen Meinung durchsetzen, als die von Industrie und Handel? Darin, daß die Landwirtschaft einheitlich und geschlossen auftritt, daß sie die Interessengegensätze, die es auch bei ihr gibt, z. B. zwischen großem und kleinem Grundbesitz, zurückstellen und das Gemeinsame allein in den Vordergrund zu bringen verstanden hat. Daran aber fehlt es in Handel und Gewerbe noch sehr: wohl sind hier die Interessenunterschiede mannigfaltiger als innerhalb der Landwirtschaft. Aber es ist doch nicht nötig, daß bei so vielen wichtigen Fragen die Industrie der Halb-fabrikate und die der fertigen Waren, der Großhandel und der Kleinhandel, die Fabrikindustrie und das Handwerk, der Handel und die Industrie in Gruppen auseinanderfallen, die sich oft bekämpfen, und daß die Verwirrung, alle zu gemeinsamer Aktion zusammenzufassen, entweder, wie noch die letzten Wochen wieder gezeigt haben, von Anfang an scheitern oder sich auf die Dauer als unwirksam erweisen.“

Darum möchte ich den Kreisen, deren Interesse der Handelsstag vertritt, zurufen: Wollen Sie einen starken Einfluß gewinnen, dann müssen Sie viel mehr als bisher das Jochen Gemeinsame herausarbeiten, das Sie Trennende zurücktreten lassen.“

Diese neueste „Sammlungsbrede“ erhält ihr besonders charakteristisches Gepräge dadurch, daß der Minister auf das Scheitern der Welt-handels-gesellschaft anspielt und indirekt den Anschluß aller industriellen und kommerziellen Kreise an den scharfmacherischen Zentralverband Deutscher Industrieller empfiehlt, der bekanntlich die Führung in der Welt-handels-organisation übernehmen wollte. Der Handelsminister als Zureicher für den hochschulmännlichen Zentralverband bietet in der Tat eine hübsche Beleuchtung für die Parität, mit der unsere Regierung den handelspolitischen Strömungen gegenübersteht!

Die Nationalliberalen in den Fängen des Reichsverbandes.

Für die Stichwahl in Borna-Begau, die voraussichtlich am 26. März stattfindet, hat, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet, der nationalliberale Kandidat Emil Nischke, Mitglied der Zweiten sächsischen Kammer, folgenden Aufruf erlassen:

„Indem ich meinen Wählern für das der nationalliberalen Partei und auch mir persönlich erneut entgegengebrachte Vertrauen herzlich danke, bitte ich alle meine Wähler, am Stichwahltage Raum für Mann ihre Stimme dem nunmehr alleinigen bürgerlichen Kandidaten Herrn v. Liebert zu geben. Das Vaterland über die Partei!“

Weiter meldet das Blatt, auch ein Aufruf des Verbandes der nationalliberalen Vereine (unterzeichnet Strobel) erfurde die nationalliberalen Wähler, für Liebert einzutreten.

Wohl in keinem Wahlkampf sind die Nationalliberalen von den Reichsverbänden so schimpflich behandelt worden, wie in diesem. Und nun sollen diese Wähler dem ärgsten Reaktionsär zum Siege verhelfen? Der offizielle National-liberalismus zeigt sich wieder in seiner ganzen Charakterlosigkeit.

Schiffbarmachung des Rheins.

In der gestrigen Sitzung der badischen Zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern Freiherr von und zu Bodman auf eine Interpellation betreffend die Schiffbarmachung des Oberrheins:

Wir sind nicht allein in der Lage, die Rheinregulierung durchzuführen. Es werden noch Untersuchungen angestellt, ob das Unternehmen wirtschaftlich und rentabel ist. Gewiß ist, daß unsere Eisenbahnen große Verluste erleiden würden. Ein Wettbewerb für die Schiffbarmachung des Rheins von

Es gelang uns einmal, den Mitgliedern der Duma und den Zeitungen einige Einzelheiten mitzuteilen. Die Redaktionen wurden bestraft und in der Duma wurde jede Diskussion abgelehnt. Bald danach erschien eine Widerlegung, die von den Gefangenen unterschrieben war. Diese Widerlegung kam auf folgende Weise zustande: In der Zeitung, welche über die Orel'sche Zustände schrieb, waren auch einige Namen der Folteropfer genannt worden. Als die Gefängnisadministration dies erfuhr, verbot sie die Beteiligten. Bei dem Verhör waren anwesend: der Gefängnisinspektor, der Vorsteher und der Assistent. Die Unterredung hatte ungefähr folgenden Verlauf:

„Habt Ihr in die Zeitungen von den Folterungen geschrieben?“

„Ja wohl!“

„Weil diese Beschreibungen der Wirklichkeit vollständig widersprechen, haben wir eine Widerlegung verfaßt. Unterschreibt sie!“

„Nein, wir unterschreiben sie nicht. Wir finden, daß die angeführten Tatsachen gerade die Wirklichkeit darstellen.“

„Nebenbei es Euch gut; morgen fragen wir wieder.“

Nach der Abfahrt des Inspektors fingen die Gefangenen an zu überlegen, und die Gefängnisadministration half ihnen dabei: sie wurden in den Harzer geworfen.

Nach der einleitenden Peitscherei fragte der Assistent: „Na, vielleicht habt Ihr Euch schon entschlossen, zu unterschreiben?“

„Nein, wir unterschreiben nicht!“

„Gut, wir wollen sehen.“

„Wieder Schläge. Die Unglücklichen werden ohnmächtig, doch kaltes Wasser und Salmiak bringen sie wieder zum Bewußtsein.“

„Hör, Ihr Hundel! Mit Euch werde ich nicht spassen. Lebendig oder tot müßt Ihr unterschreiben! Hört Ihr!“

Der Assistent hatte recht. Das Dementi wurde unterschrieben.

Ich will nicht die Genossen aufzählen, die sich erhängten, vergifteten und die Adern geschnitten. Im Vergleich mit der Sterblichkeit war die Zahl der Selbstmorde ziemlich klein. Die Tuberkulose forderte die meisten Opfer. Jeden Tag starben Leute, sie verfielen still, gingen unbeachtet hin, ihren Nachfolgern Platz machend.

Ich lebte anderthalb Jahre in diesen Gespensterkellern und nahm schon Abschied von dem Gedanken, die Wauern einmal wieder zu verlassen. Vollständig unerwartet dämmerte die Hoffnung auf Befreiung. Als meine Familie von dem System erfahren hatte, das in Orel herrschte, betrieb sie meine Verlegung in ein anderes sibirisches Gefängnis.

Im Gespenstergesängnis.

Von Peter Sergijew.

II.

Als ich mich nach der Krankheit wieder einigermaßen erholt hatte, wurde ich aus dem Spital entlassen und in eine Einzelzelle gesperrt. Mit diesem Tage fing die grausame Dressur und Quälerei an.

Warum bin ich nicht gleich gestorben? Ich schäme mich, alles zu gestehen, was ich erlebt habe. Zum Beispiel den täglichen Spaziergang: der findet unter der Aufsicht des Assistenten Anenski, des Oberaufsehers und des Inspektionsassistenten im Gefängnis-hofe statt. Die Sträflinge gehen paarweise, langsam, in langsamem Schritt, die Bewegungen auf Befehl des Aufsehers ausführend. Zu sprechen oder umherzuschauen ist verboten. So ein Spaziergang mühte unter anderen Umständen eine Erleichterung sein. Aber unsere Denker verstanden es, daraus eine Folter zu machen. Wir lehrten in unsere Hellen geprügelt und wie gebrochen zurück. Mit Freuden hätte ich auf dieses Privilegium verzichtet, aber der Spaziergang war obligatorisch.

Der Assistent Anenski achtete darauf, daß die Gefangenen alle in Reih und Glied standen. Sobald er die kleinste Abweichung bemerkte, fing er an, die Leute auszurufen, indem er auf Rücken, Brust und Hinterkopf Schläge ansteuerte. Nach der Reihenkontrolle fing das Gebet an. Alle mußten beten! Die Konfession kam nicht in Betracht.

„Ich werde euch Halunken alle zum richtigen Glauben bekehren“, pflegte er zu sagen. Und wirklich. Seine Missionstätigkeit trug fruchtbarere Früchte. Alle beteten: Russen und Tataren, Juden, Lutheraner und Altkatholiken. Nach der Kontrolle legten wir uns stillschweigend schlafen. Auf der Schlafbank darf man sich nicht rühren, damit das Rettengerassel nicht die Ruhe stört. Niemand wagte zu sprechen, nicht einmal ganz leise. Wir waren in so hohem Grade terrorisiert, daß uns ein mit normaler Stimmlaute ausgesprochenes Wort als etwas Unbegreifliches und Schreckliches vorkam. Nachts mußten wir uns zu dem Schmutzhaufen (Parascha) stellen, sonst meldete der Aufseher am Morgen gleich, daß der und der aufgestanden und in der Zelle herumspaziert sei. Ich kenne Gefangene, die aus Furcht ihre Bedürfnisse auf der Schlafstelle befriedigten. Bei den meisten entwickelten sich verschiedene Magen-krankheiten.

Tagsüber, wenn ein Aufseher durch den „Judas“ (ein kleines Fenster in der Tür) schaute, waren wir verpflichtet, aufzustehen und stramme Haltung anzunehmen, sonst wurden wir geschlagen. Ich hatte in Orel einmal das Mißgeschick, an rheumatischen Anfällen zu leiden. Als der Assistent Anenski eines Tages durch den „Judas“ guckte, konnte ich mich nicht erheben. Alle Anstrengungen waren erfolglos. Ich wollte mich mit beiden Händen an der Wand fassen, doch die Hände fielen kraftlos herab. Anenski machte die Tür auf, rief den Tagesaufseher und sagte kurz: „Rehnt ihn!“

„Weiß Gott, was es die Schwäche, waren es meine Leiden, die mir den Gedanken eingaben, an das menschliche Mißgeschick des Assistenten zu appellieren, an ein Mitleid, welches er gar nicht

befähigt. Er ärgerte einen Augenblick. Sollte er mir glauben oder nicht? Wahrscheinlich war mein Aussehen ein genügender Beweis meiner Krankheit. Schließlich legte doch die Barbarei „Simulation!“ für die „zum Doktor!“ Der Arzt kam, sah mich an und erklärte mich für gesund. Ich wurde scheinlich geschlagen, man steckte mich in eine Zwangsjacke und warf mich in den Harzer. Ich fing an Blut zu spuden.

Wie schwer ist es, das alles zu beschreiben und zu bekennen, daß man diese Schandung seiner Menschenwürde ertragen mußte. Es ist, als ob man alle diese Qualen nochmal durchlebte. Der Gedanke aber hat meine Kräfte aufrecht erhalten: „Du mußt den Menschen alles sagen, was du gelitten hast, was du und deine Genossen in dieser Hölle durchlebt haben. Es ist deine Pflicht — eine schwere, schmerzliche Pflicht.“

Jede Aenderung im Gefängnisleben wurde mit Geschäftlichkeit ausgenutzt, um neue Qualen zu schaffen. Es schien, als wären die Gefangenen in ein ständiges Reich eingewidelt, in welchem jede Bewegung schreckliche Schmerzen bereitete. Während des ganzen halben Jahres nach unserer Ankunft wurde in der ganzen Etage ständig geschlagen. Diese Peitscherei wurde hauptsächlich durch zwei geistesgestörte Gefangene veranlaßt, die ständig schlugen, die anderen wollten sie hören, weil sie sich für ihren Verrat rächen wollten. Das genügte vollständig, um alle Injassen dieser Zelle peitschen zu lassen. Dann verlegte man die Verurteilten in eine andere Zelle, wo sich die gleiche Geschichte wiederholte. Auf diese Weise wurde die ganze Etage ununterbrochen gepeitscht. Aus einer der unglücklichen Zellen richteten die politischen Gefangenen ein Gesuch an den Gefängnisinspektor, man möge diese zwei Gefangenen einer ärztlichen Untersuchung unterwerfen. Das Ersuchen wurde dem Inspektor gar nicht zugestimmt und seine Ver-fasser wurden erbarmungslos geschlagen. Erst nachher stellte man die zwei Kranken unter besondere Aufsicht, worauf sie sich gegenseitig anklagten und nun endlich auf Grund einer ärztlichen Untersuchung als Geisteskranke in eine Anstalt für solche interniert wurden.

In den schlimmsten Qualen im Orel'schen Gefängnis gehören der Harzer und die Arbeit bei der Reinigung der Baumwolle. Der Harzer wird im Winter natürlich nicht geheizt. Die Häftlinge werden, nur mit Wäsche bedeckt, auf den kalten, reinernen Fußboden geworfen. Strohbohrer und verbotene Gefangene steckte man in eine Zwangsjacke und band ihnen Hände und Füße. Dann wurden sie an den Füßen gepackt und einige Male auf den Fußboden geworfen. Das war eine Folter, die meist innere Verletzungen zur Folge hatte.

Die Arbeit bei der Reinigung der Baumwolle war noch schlimmer. Denn außer der Baumwolle bekam man auch die gebräunliche Portion Schläge.

„Was? Willst Du in die Baumwolle?“ drohte der Assistent Sengallo, und das war die schlimmste Drohung. Der Raum, wo die Baumwolle gereinigt wurde, ist von schlechter Luft und giftigem Staub erfüllt. Nach einer halben Stunde Arbeit wurden die Augen rot und brannten. Keiner hielt es länger aus als 3 bis 4 Monate. Der Verurteilte bekam gewöhnlich heftige Tuberkulose und ging schnell dem Tode entgegen.

Basel bis Konstanz ist ausgeschrieben. Voraussetzung ist natürlich die Schiffbarmachung der Strecke Straßburg-Basel. Der Rheinregulierung bis Konstanz sieht die elsäss-lothringische Regierung nicht sympathisch gegenüber, da sie eine Schädigung der Handelsinteressen Straßburgs befürchtet. Wir können aber keinen Pfennig für den Großschiffahrtsweg bewilligen, wenn er in Basel enden soll. Er muß vielmehr bis Konstanz durchgeführt werden. Ferner muß die Schweiz zu den Kosten beitragen, auch für die Strecke Basel-Straßburg, da die Schweiz dann direkt mit der Nordsee verbunden sein wird. Wesentlich ist ferner, daß Holland zu den Schiffahrtsabgaben seine Zustimmung gibt. Eine Einwirkung auf die elsäss-lothringische Regierung steht uns nicht zu. Wir haben für die Regulierung des Rheins bis Straßburg große Opfer gebracht, obwohl die Befriedigung nahe lag, daß Rheinschiffahrt Verkehr leiden würde. Unsere Sonderinteressen haben wir zurückgestellt, und wir dürfen deshalb erwarten, daß auch Elsass-Lothringen uns gegenüber freundlich handeln wird. Der Bau einer Wasserstraße bis Konstanz ist nach Ansicht der Techniker ausführbar. Die Schiffbarmachung des Rheins von Breisach bis Basel würde 105 Millionen Mark kosten, wobei 50 Millionen auf die Schiffbarmachung und 55 Millionen auf die Anlage von Wasserkraftwerken entfallen würden.

In der an die Regierungserklärung sich anschließenden Debatte erklärten sämtliche Parteien, daß die Schiffbarmachung des Rheins bis Konstanz und die Erschließung der Wasserkräfte mit allen Mitteln zu fördern sei.

Stürmische Sitzung im heftigen Landtage.

Zu stürmischen Ausstritten kam es am Freitag in der Zweiten Kammer des heftigen Landtages. Der Leiter des Schulweises Staatsrat Siffert antwortete in höchst provozierender Form auf die Darlegungen von sozialdemokratischer und freisinniger Seite. Auf einen Zwischenruf des Genossen Dr. Fulda, daß sich in dem Ausstritten gegen die Lehrer eine Feldweibelpolitik offenbare, antwortete Staatsrat Siffert, Dr. Fulda sei doch noch nicht einmal Weisere gewesen. Da dem Staatsrat genau bekannt ist, daß Abgeordneter Dr. Fulda die Qualifikation zum Referent für einen wegen seines jüdischen Religionsbekenntnisses abgesprochen worden ist, so reagierte Dr. Fulda auf diese beleidigende Bemerkung mit dem Zuruf: „Sie unverschämter Staatsrat!“ Fulda erhielt dafür zwei Ordnungsrufe des Präsidenten.

Hierauf führten die bürgerlichen Parteien eine Entrüstungs-Komödie auf, indem sie Erklärungen gegen das Ausstritten Dr. Fuldas abgaben, das parlamentarisch unwürdig sei. — Genosse Ulrich verurteilte mit scharfen Worten diese Komödie. Er führte den Herren zu Gemüte, daß sie kein Gefühl besitzen für die wahre Würde der Volksvertreter, und daß sie Beleidigungen von Abgeordneten durch Regierungvertreter dazu ruhig zusehen, wenn diese Abgeordneten Sozialdemokraten seien. Genosse Ulrich selbst zog sich bei dieser Zurückweisung durch den etwas nettlos gewordenen Präsidenten nicht weniger als drei Ordnungsrufe zu. Hierauf ging die Budgetberatung weiter.

Ausbau des Hamburger Kolonialinstituts.

Die Bürgerchaft hat am Mittwoch den Antrag des Senats auf Ausbau des Kolonialinstituts durch sofortige Errichtung von drei Professuren für Sprache und Kultur Japans, für Kultur und Geschichte Indiens und für Geschichte und Kultur Australiens sowie die Errichtung einer kolonialgeschichtlichen Abteilung am historischen Seminar angenommen.

Zentrumsheuchelei.

Die unverschämte Heuchelei des Zentrums, das öffentlich jeden, der bei irgendeiner Wahl einen sozialdemokratischen Kandidaten unterstützt, als Staatsfeind denunziert, selbst aber bei jeder Gelegenheit die Sozialdemokratie um Wahlstimmen anbettelt, wurde am Mittwoch im württembergischen Landtag erbarmungslos aufgedeckt. Zur Debatte stand ein Zentrumsantrag, der die staatlichen Arbeiter aus der Versicherungsanstalt Württemberg herausnehmen und für sie eine Sonderanstalt gründen will. Dieser nur dem Legationsbedürfnis des vom Zentrum patronisierten christlichen Eisenbahnerverbandes entsprungene Antrag wurde von der Regierung und der gesamten linken Hälfte des Landtages bekämpft. Da auch der volksparteiliche Abg. Fischer, der Sekretär des liberalen schwäbischen Eisenbahnerverbandes ist, sich scharf gegen das Verlangen des Zentrums wandte, wurde er vom Zentrumsabgeordneten Graf als Anwalt der Sozialdemokratie hingestellt und ihm vorgehalten, daß er bei den Wahlen zur Eisenbahner-Krankenkasse mit dem angeblich sozialdemokratischen Süddeutschen Eisenbahnerverband gegangen und bei den letzten Landtagswahlen einen Wahlaufruf zugunsten der Sozialdemokratie unterschrieben habe.

Darauf erwiderte Genosse Kell, ob denn das Zentrum glaube, es sei sein Privilegium, mit der Sozialdemokratie Wahlgeschäfte zu machen. Die Verhandlungen im Dom zu Speyer seien doch aller Welt bekannt. Graf solle doch einmal seine Fraktionsfreunde André und Herbst fragen, wie sie sich zur Sozialdemokratie stellen.

Ehe noch ein weiteres Wort gefolgt war, fuhr André auf mit den schuldbehafteten Worten: „Es ist nicht wahr!“ Er rügte dann heraus mit dem Gehändnis, daß bei der letzten Landtagswahl ein Freund von ihm mit der Sozialdemokratie in Tutlingen in Verbindung getreten sei, um gegen das Versprechen, das Zentrum werde in Tutlingen für die Sozialdemokratie stimmen, die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie für André in Oberndorf einzusaugen; doch will André selbst an der Sache nicht beteiligt gewesen sein, vielmehr sofort, als er von den Verhandlungen hörte, sie zum Scheitern gebracht haben.

Genosse Mattutat frähte aber das Gedächtnis des Zentrumsabgeordneten auf. Nicht nur ein Freund André, ein katholischer Arbeitersekretär, sondern auch ein katholischer Geistlicher sei mit dem sozialdemokratischen Vertrauensmann in Tutlingen mündlich und telephonisch in Verbindung getreten und hätte um Wahlhilfe für André gefleht. Nur an der Ablehnung der Sozialdemokratie sei der Versuch gescheitert. Trotzdem sei mit Wissen André am Wahltag in Oberndorf ein Malat angeschlagen worden des Inhalts: „Sozialdemokraten, wählt André, das Zentrum wählt in Tutlingen Mattutat!“ Von der Sozialdemokratie wurde dieser Aufruf als Zentrumschwindel gekennzeichnet.

Da André weiter behauptete, auch der Abg. Herbst wisse sich rein von einer Verbindung mit der Sozialdemokratie, teilte Mattutat mit, daß Herbst ihn bei der Reichstagswahlwahl in Konstanz zur Nachtzeit aus dem Bett geholt habe, um die Unterstützung des Zentrumskandidaten durch die Sozialdemokratie zu erbitten und Gegenleistungen in Aussicht zu stellen.

Diese Mitteilungen erregten im Hause großes Aufsehen und erzeugten eine sehr kleinlauter Stimmung im Zentrum. Auf die stürmischen Rufe von der gesamten Linken, Herbst solle reden, ergreift dieser schließlich das Wort und bestätigt unter allerlei Drehungen und Verrenkungen die Darstellung Mattutats.

Wieder eine Kasernentragödie.

Wiederum kann unser Bochumer Parabelblatt von einem Soldaten-Selbstmord berichten, wie sie jahraus jahrein zu hunderten in unserem „herrlichen“ Kriegsheere vorkommen.

Seit vorigem Herbst diente beim 8. holländischen Infanterieregiment Nr. 109 in Laër der Bergmann Gerhard Rih, der bis dahin in Bitten bei seiner Großmutter, der Witwe Bruns, gelebt hatte.

Am 2. März schrieb Frau Bruns an ihren Enkel eine Postkarte mit der Anfrage, was mit ihm los sei, da er gar nichts von sich hören lasse.

Diese Karte kam zurück mit dem Vermerk: Am 18. Februar 1914, abends 8 Uhr, verstorben. An den Abender zurück.

Darauf erbat sich Frau Bruns vom Regiment genauere Auskunft über Ursachen und Umstände des Todes und erhielt dafür folgenden Brief:

Gericht des 8. Abt. Inf. Laër, d. 10. März 1914.

Frau Ww. Bruns,

Bitten-Ruhr.

Auf Ihr Schreiben vom 5. 3. 1914 teilt Ihnen das Regiment mit, daß sich Ihr Enkelkind, der Russetier Rih, am 18. 2. 1914, abends, das Leben genommen hat. Nach den angestellten Ermittlungen haben ihn häusliche Verhältnisse zu diesem Schritte veranlaßt.

Nach Neuierungen, die er Kameraden und Vorgesetzten gegenüber machte, war er schon seit seinem 14. Lebensjahre wegen eines Jermwüchsiges mit seinen Eltern von Hause fort. Niemals soll er seitdem wieder dorthin zurückgekehrt sein. Diese Trennung von den Eltern hat ihn stets sehr bedrückt und schließlich dann zu jener Verzweiflungstat getrieben.

Einem Kameraden gegenüber, der Weihnachten mit ihm zusammen nach Bitten fuhr, hat er unterwegs tränenden Auges geäußert, daß dieser wenigstens nach Hause fahren könnte, ihm sei dies nicht möglich.

Der Vater des Russetier Rih ist selbstverständlich sofort von dem traurigen Vorfall in Kenntnis gesetzt worden. Er erwiderte dem Regiment, daß er sich bei der großen Lebenslust seines Sohnes diesen Schritt nicht erklären könne.

Das Ergebnis der Ermittlungen wurde dem Vater gleichfalls mitgeteilt.

Rih war sonst ein braver Soldat und sein plötzlicher Tod hat unter seinen Kameraden allgemeines und herzliches Bedauern hervorgerufen.

Name unleserlich.

Oberst und Regimentskommandeur.

Demgegenüber existiert aber ein Brief von Rih, gerichtet an seine verheiratete Schwester und deren Ehemann, worin es heißt:

Laër, 17. Februar 1914.

Lieber Schwager und Schwester! ... Hier geht es ganz verrückt zu. Denn ich weiß manchmal gar nicht mehr, wo einem der Kopf steht.

Unsere Ausbildung ist nun vorbei. Aber jetzt fängt das Kompagnie-Exerzieren an; da host sich mancher 3 Tage. Aber auch dieser Schmerz wird vorübergehen.

Vor ein paar Tagen habe ich mich tatsächlich mit Selbstmordgedanken rumgeschlagen.

Man beachte das Datum des Briefes: 17. Februar; am 18. Februar hat Rih seine Selbstmordgedanken in die Tat umgesetzt.

Also wieder einer jener zahlreichen Fälle, die sich in der dunklen Stille der Kasernen abspielen, ohne daß über die wahren Ursachen solcher Verzweiflungstaten Klarheit gegeben wird. Wer das Kasernenleben am eigenen Leibe kennen gelernt hat, wird solche Tragödien allerdings ohne weiteres verstehen.

Verichtigung.

Die Redaktion der „Schles. Volkszeitung“ ersucht uns um folgende Verichtigung:

„In Ihrer Nummer vom 10. März schreiben Sie, daß „in der gut löblichen „Schlesischen Volkszeitung“ ein Herr F. J. Reife Geistlichen der Berliner Richtung böse Dinge nachgesagt“ habe. — Diese Behauptung ist unwar. Wahr ist, daß in der „Schlesischen Volkszeitung“ die in Frage stehenden Ausführungen gegen „einen Geistlichen der Berliner Richtung“ nicht gestanden haben.“

Der Rochette-Skandal.

Paris, 19. März. Marineminister Ronis, der vor dem Rochetteauschuss erscheinen soll, ist für die Dauer der Untersuchung von seinem Amt zurückgetreten. Mit der Leitung des Marineministeriums wurde interimistisch Kolonialminister Lehmann betraut. Falls die Untersuchung ergibt, daß Ronis sich keines tadelnswerten Vergehens schuldig gemacht hat, wird er wieder an die Spitze des Marineministeriums treten.

Die Bureau des Senats haben eine Kommission von neun Mitgliedern gewählt, die den Vorschlag der Kammer, dem Rochetteauschuss richterliche Befugnisse zu erteilen, prüfen soll. Die Kommission wählte Ribot zum Vorsitzenden. Der Justizminister erklärte sich damit einverstanden, daß die Befugnisse der Kommission darauf beschränkt sein sollen, daß die Kommission berechtigt ist, Zeugen zum Erscheinen zu zwingen und falsche Zeugenaussagen zu bestrafen.

Der „Matin“ erzählt, Caillaux habe vor einiger Zeit den Oberstaatsanwalt Fabre zu sich berufen und ihn über den vielbesprochenen Bericht vom Jahre 1911 befragt. Dieser habe erwidert, dieses Schriftstück sei nicht vorhanden. Fabre läßt vor dem Rochetteauschuss erklären, daß er einerseits Caillaux habe beruhigt, andererseits damit habe sagen wollen, daß der Bericht, den er in vertraulicher Weise dem damaligen Justizminister Briand übermitteln habe, nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden sollte. Fabre hätte zu seinem Schutze das Original des Berichtes für sich behalten. Der gegenwärtige Justizminister Dienvenu-Martin habe fälschlich Fabre gefragt, ob es wahr sei, daß er Briand eine Abschrift seines Berichtes übergeben habe. Fabre habe bejaht, worauf Dienvenu-Martin sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß dieses Schriftstück aus dem Justizministerium verschwunden sei, und Fabre ersuchte, ihm eine neue Abschrift zu geben. Fabre habe dies trotz wiederholten dringenden Erzahlens des Justizministers abgelehnt.

Die erste Sitzung.

Paris, 19. März. Der Rochetteauschuss der Kammer beschloß, bereits morgen die früheren Minister Ronis und Caillaux, den Oberstaatsanwalt Fabre und den Gerichtspräsidenten Vidoult de la Rüe zu vernahmen.

Das schlechte Gewissen.

Paris, 19. März. (Privattelegramm des „Corwäerts“.) Die reaktionäre Presse bekämpft die Vernehmung der Rochette-Kommission mit gerichtlichen Vollmachten als eine revolu-

tionäre Verletzung des Prinzips der Gewaltentrennung. Nur zu durchsichtig ist ihre Befürchtung des wachsenden Ansehens der Sozialisten und auch die Furcht, daß eine rücksichtslose Untersuchung die Demokratie rehabilitiert und die reaktionären Intriganten entlarvt. Wahrnehmbar ist auch das Bestreben, die Aufmerksamkeit von der zweischneidigen Untersuchung durch die Aufzählung der afrikanischen Politik Caillaux und einen nationalistischen Skandal abzulenken. Militarismus und Merkantilismus rufen zu einem entscheidenden Sturm gegen die radikale Republik.

Frau Caillaux.

Paris, 19. März. Dem „Matin“ zufolge wiederholte Frau Caillaux einem Sekretär Laboris gegenüber das Bedauern über ihre Tat. Sie sei über die Preßkampagne wahnsinnig aufgeregt gewesen und habe jetzt erkannt, daß sie eine schwere Schuld auf sich geladen habe, als sie sich einen Augenblick willkürlich der Verwirrung hingab.

Der Kampf um Homerule.

Die Debatte über das Wirttronsvotum.

London, 19. März. Unterhaus. Bonar Law beantragte ein Wirttronsvotum, in dem erklärt wird: das Haus bedauere die Weigerung der Regierung, Vorschläge zu einem Zusatzantrag zur Homerule Bill zu machen und ist der Meinung, daß diese Vorschläge vor der Wiederaufnahme der zweiten Lesung gemacht werden müßten. Bonar Law erklärte, die Lage sei heute weit gefährlicher als sie je gewesen sei, und wenn ein Ausweg gefunden würde, wäre es durch ein Mittel, das er ganz und gar nicht vorsehen könne. Die Opposition habe nicht die Lür rasch zugeschlagen und würde sie auch nicht ohne Notwendigkeit zuschlagen irgend einem von der Regierung ersichtlich vorgebrachten Vorschlag gegenüber in der Hoffnung, dadurch den Frieden herzustellen. Wenn jedoch der Grundgedanke der Verständigung darin bestehen sollte, daß die Minister nach der Übergangszeit automatisch unter die Homerule Bill gebracht werden sollten, so müßte die Opposition dies vollkommen ablehnen. Falls Minister nicht aus dem Vereinigten Königreich ausgeschlossen würde, so würde die Opposition dies als Grundlage für eine mögliche Beratung und Verhandlung zur Lösung der Schwierigkeiten annehmen. Wenn die Regierung deren Vorschläge in die Homerule Bill einfüge und diese durch eine Volksabstimmung dem Lande unterbreite und das Land dies billige, so würden die Unionisten sich nicht länger widersetzen.

Asquith wiederholte die Vorschläge der Regierung vom 9. März. Er fügte hinzu: Er habe Kenntnis von dem Vorschlage Bonar Laws genommen und frage, ob Minister das Ergebnis einer Volksabstimmung annehmen würde? Carson unterbrach ihn und sagte: Wenn Asquith mit einem endgültigen Vorschlag macht, will ich Antwort geben. Asquith richtete im weiteren Verlauf seiner Rede einen ernsthaften Appell an das Haus, zu bedenken, daß die neuen Vorschläge die einzige Hoffnung auf eine dauernde Verständigung gäbe. Carson erwiderte: Die Regierungsvorschläge in ihrer gegenwärtigen Form sind nicht wert, von Minister in Erwägung gezogen zu werden.

Japan.

Keine Verständigung.

Tokio, 19. März. Die gemeinsame Konferenz von Vertretern beider Häuser des Landtages hat den Zusatzantrag des Oberhauses, der den Marineetat um sieben Millionen Pfund Sterling herabsetzen will, mit einer Stimme Majorität verworfen. Die entscheidende Stimme war die des durch das Volk gewählten Vorsitzenden, der zufällig ein Oberhausmitglied ist.

Letzte Nachrichten.

Die Home-Rule-Debatte.

London, 19. März. Das Unterhaus hat heute das Bild eines großen Tages. Bonar Law und Asquith hielten ihre Reden vor dicht besetztem, gespannt lauschendem Hause. Der Ton beider Reden war maßvoll, aber nachdrücklich. Ein von Carson gegen die Regierung und besonders gegen Churchill unternommener Angriff rief auf beiden Seiten des Hauses Unruhe hervor. Später stellte der Nationalistenführer Delvin neuerlich fest, daß Carson einstmaliger Anhänger von Home-Rule gewesen wäre. Carson sprang erregt auf und rief: Das ist eine infame Lüge! (Große Unruhe.) Der Sprecher ersucht Carson, sich in seinen Ausdrücken zu wägen. Carson erwiderte: Die Behauptung war eine wissenschaftliche Unwahrheit. (Erneute Unruhe.) Delvin versuchte in seiner Rede fortzuführen, doch dauerte der Tumult an. Der Sprecher schritt erneut ein und forderte die Mitglieder des Hauses auf, persönliche Angriffe zu vermeiden.

Delvin setzte hierauf seine Rede ungestört fort. Er führte aus, es habe niemals eine größere Mästerade des Scheins oder des Betruges gegeben, als die Erzählung von einem Bürgerkrieg in Ulster. Die einzige neue Entwicklung in der Lage ist das Anerbieten Bonar Laws, daß die Opposition die Home-Rule-Bill annehmen würde, wenn sie durch eine Volksabstimmung gebilligt würde. Aber obwohl Asquith erklärt, er würde sich keiner Anregung verschließen und Kenntnis nehmen von dem Anerbieten, so zeigen seine Einwände gegenüber dem Grundgedanke der Volksabstimmung, daß Laws Anerbieten wahrscheinlich nicht angenommen werden wird.

Während der Debatte erhob sich Carson und verließ das Haus, um sich nach Belfast zu begeben. Sämtliche Mitglieder der Opposition erhoben sich von ihren Sitzen und drangen in begeisterten Hochrufen aus.

Salandra italienischer Ministerpräsident.

Rom, 19. März. (W. T. V.) Der König hat heute in einem Erlaß die Demission des Kabinetts Giolitti angenommen und Salandra mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Zusammenstoß mit einem Torpedoboot.

Venedig, 19. März. (W. T. V.) Das italienische Torpedoboot „56 T“ stieß mit einem Dampfer der südtürkischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der mit etwa 80 Personen an Bord vom Lido herkam, zusammen. Der Dampfer sank und der größte Teil der Passagiere ertrank. Einige Personen wurden gerettet. Sechs Leichen wurden in das St. Anno-Hospital überführt, darunter die des russischen Bizekonsuls Werkinski. Die Vertreter der Behörden haben sich sofort an die Unglücksstelle begeben. Die Zahl der Opfer soll ungefähr 50 betragen.

Venedig, 19. März. (W. T. V.) Sofort nach dem Zusammenstoß des Torpedoboots mit dem Passagierdampfer wurde der mit mächtigen Schweinwerfern ausgestattete österreichisch-ungarische Schlepper „Titan“ zu Hilfe gerufen; auch ein Boot des deutschen Kreuzers „Goeben“ eilte herbei. Der Chefkommandant des Marine-departements leitet persönlich die Rettungs- und Bergungsarbeiten. Der Torpedojäger „Irequisito“ sucht mit Tauchern nach den Leichen. Es sollen nur etwa zehn Passagiere gerettet sein.



Touristenverein „Die Naturfreunde“

Ortsgruppe Berlin.
Mitglied der Zentralkomm. für Sport u. Körperpflege.
Sonntag, den 21. März 1914:

Oberbayerische Kirmes

in Schinzelheim (Berliner Klubhaus, Schmstraße 2).
Auf dem Festplatz: **Großer Tanz** usw.
Die Teilnehmer werden ersucht, als Tourist, Sommerfriseur oder in entsprechenden Kostümen zu erscheinen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Einladkarte 50 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Rohrleger und Helfer!

Sonntag, den 22. März 1914, vormittags 10 Uhr,
in Obiglos Festsälen, Koppenstr. 29:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wilhelm Siering.
2. Neuwahl der Agitationskommission und der Branchenvertreter.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert! 114/19

Sonntag, den 22. März 1914, vormittags 10 Uhr,
in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal):

Branchen-Versammlung

aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter sowie Fahrstuhlmonteure und Helfer.

Tagesordnung:
1. Bericht der Agitationskommission.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 22. März 1914, vormittags 10 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

Branchen-Versammlung der Emaillierer Berlins u. Umgegend.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Davidsohn:
„Gastfreundschaft und Fremdenrecht.“
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 22. März 1914, vormittags 10 Uhr,
im Voigt-Theater, Badstr. 58:

Branchen-Versammlung der Wickelei- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Bauer über:
„Die Reichsversicherungsordnung.“
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Am Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr,
findet in der Treptow-Sternwarte eine

Sonder-Vorstellung mit Film

für unsere Mitglieder statt. Zur Aufführung gelangt:

Wilhelm Tell

nach alter Chronik.
Billetts a 40 Pf. sind im Bureau Linienstraße 83/85,
Zimmer 3, zu haben.

Achtung! Erwerbslose, Kranke.

Wegen Quartalschluss bleibt das Bureau am Mittwoch, den 1. April, den ganzen Tag geschlossen. — Da sämtliche Mitgliedsbücher zur Abrechnung eingezogen werden, ersuchen wir die Kollegen, bis zum Dienstag, den 31. März, ihre Unterhaltungen abzugeben. Ausgeschlossen davon sind diejenigen, welche ihre Unterhaltungen erst nach Beendigung der Krankheit abgeben. Für Mittwoch, den 1. April wird schon am Dienstag, den 31. März, gezahlt.

Wegen der Osterfeiertage finden die Zahlungen wie folgt statt:

Für Mittwoch und Donnerstag, den 10. und 11. April, wird am Mittwoch, den 8. April, gezahlt.
Für Freitag und Sonnabend, den 10. und 11. April, wird am Donnerstag, den 9. April, gezahlt.
Karfreitag bleibt das Bureau geschlossen.
Für Montag, den 13. April (2. Feiertag), wird am Sonnabend, den 11. April, bis 12 Uhr gezahlt. Nachmittags geschlossen.
Am Dienstag, den 14. April (3. Feiertag), wird die laufende Unterhaltung bis 12 Uhr gezahlt. Nachmittags geschlossen.
Wir bitten die kranken Kollegen, Vorstehendes genau zu beachten!

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk Groß-Berlin · Büro: C 25, Münzstr. 20

Heute Freitag, den 20. März 1914, pünktlich 8 1/2 Uhr,
in den Mäster-Sälen (Großer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht
a) Kassenbericht
b) Geschäftsbericht
c) Kaufmannsgerichtswahlen
2. Neuwahl der Ortsverwaltung
3. Verschiedenes.

Kolleginnen und Kollegen! Wegen der Äußerst wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung bitten wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
77/9*

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Branchen der Einseger und Ladeneinrichtungs- und Kontormöbelbranche.

Sonntag, den 22. März, vormittags 11 Uhr:
Besichtigung der Feuerbestattungsanlagen in Treptow.

Treffpunkt 10 1/2 Uhr, Bahnhof Baumgartenweg.
Zur Deckung der Unkosten sind pro Person 20 Pf. zu zahlen; etwaiger Ueberschuss wird der Unterstützungskasse überwiesen.
Die Teilnehmer müssen pünktlich zur Stelle sein.

Sonntag, den 22. März, vormittags 9 1/2 Uhr,
bei Greive, Rungestr. 30:

Versammlung aller in Theaterdekurations-Geschäften, Filmbetrieben und Theatern beschäftigten Tischler.

Tagesordnung:
1. Ist es möglich, in unserer Branche einen Tarif einzuführen?
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Tischbranche.

Sonntag, den 22. März, vormittags 10 Uhr,
in den Comenius-Festsälen, Memeler Str. 67:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Walther über „Volkshilfe“. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Es ist erwünscht, daß die Vertreter der Bezirke und Branchen anwesend sind.

Sargtischler.

Sonntag, den 22. März, vorm. 10 Uhr, bei Michaltseff,
Petersburger Str. 84:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Montag, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12:

Versammlung

aller in den Betrieben der Wagenbauer- und Stellmacher-Tinnung beschäftigten Versicherungspflichtigen.

Tagesordnung:
1. Die Krankenversicherung. 2. Aufstellung der Randdaten zum Ausschub.
65/1

Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Gute, reelle Möbel kaufen Sie am billigsten beim Fachmann. Wohnungs-Einrichtungen sowie einz. Möbel in riesiger Auswahl (11 Etagen). Co. Teilzahlung. Vorwärtslesen 5%, exakt.
Max Neumann, Juniorsmeister, Oranienstr. 202.

Servus

Schuhputz mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.
Fabrik: Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Steinarbeiter!

Dienstag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung der Sektion I

Bau- u. Grabsteinbranche

Tagesordnung:
Bericht der Tarifkommission und Stellungnahme hierzu.
Kein Kollege darf fehlen!
Die Sektionsleitung.

Verband der Steinsetzer, Pilasterer u. Berufsg.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 21. März er., vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 3), mit der Arbeitslosen-Unterstützungs-Auszahlung begonnen wird. Auch erhalten daselbst die Ausgesteuerten und im Jahre 1913 neu eingetretenen Mitglieder Extra-Unterstützung.

NB. Die Unterstühtungen müssen laut Beschl. und die Kontrolle vom Arbeitsnachweis, jede Woche abgehoben werden.
Der Vorstand.

Schnupfer!

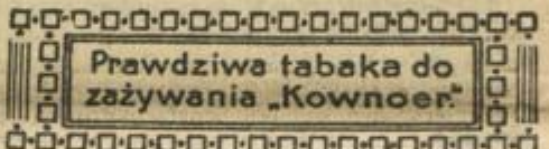
Achtet auf dieses Etikett



J. Goldfarb Preuss. Stargard

gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.



35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: Norden 5157

Reste

Damen-tuche 3 M.
schwarz u. farb. Mtr.
Kostümsstoffe neueste englische Muster p. Meter von 2 M.
Cò élé . . . von 3.25 M.
Gabardine von 2.75 M.
Futter-Seide in allen Preislagen
Satin Futler grösste Auswahl
Knöpfe u. Besatzartikel usw.
C. PELZ
Hiltbuser Str.

Knabenanzüge

Paletots, Pyjads, einzelnes Hosens am preiswertesten direkt in der Fabrik Bertha Preßel
50 Andreestr. 50, 1. Stogr
Kein Laden.

Garderoben-Maus

Gr. Frankfurter Str. 116
bequeme Halbwandlung
H. Geschäft:
Schönhauser Allee 101
Wäsche-Unterwäsche

empfehl

in keinem andern Teil Deutschlands
das Verlangen nach billigen Garderoben-
Dingen sind von Verlässlichen
Kavalieren u. toll mit kurze Zeit
getragen.

Jedem Mann

billiges Geld

zu besitzen. 3 M.
Joderte-Englische 10, 14, 16, 20 M.
Herren-Hüter 12, 16, 20, 24 M.
Herren-Paletts 8, 10, 14, 20 M.
Kostümsstoffe 12, 16, 20, 24 M.
Schwand-Kostüme 20, 25, 30, 35 M.
Herren-Englische 2, 4, 5 M.
Für jede Figur passend am Lager

Neue eleg. Kleidung

Beste Abonnements-Garderoben und zurückgeliebene Mass-Anzüge und Paletots von 20 M. aufwärts.
Extra-Abteilung:
Institut für Verleihung eleg. Gesellschafts-Anzüge

Gewerkschaftliches.

Für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der Zentralvorstand des Handlungsgehilfenverbandes erläßt in der neuesten Nummer des Fachorgans einen Aufruf, der sich an die Handlungsgehilfen wendet, aber auch die anderen Handlungsgehilfenverbände an ihre Pflicht erinnert.

Die Geschäftsleiter behaupten, die Sonntagsruhe sei nicht durchführbar. Die Handlungsgehilfen könnten den Beweis dafür liefern, daß sie in Wirklichkeit durchführbar ist.

Daher richtet der Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen an die Mitglieder aller Handlungsgehilfenverbände das Ersuchen, von ihren Verbandsleitungen Maßregeln in diesem Sinne zu verlangen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauarbeiter! Die Steinholzfirma Dolomont, Inhaber Paul Langguth, hat die Fabrikation eines neuen Steinholzarbeitsartikels übernommen.

Kleines Feuilleton.

Eine Revolution in der englischen Journalistik. Das weltbekannte Londoner Blatt „The Times“ ist unter die Piebejer gegangen.

Die „Times“ sind keine Zeitung gewöhnlichen Schlages; sie sind ein nationales Institut, die Quelle der lautereren Wahrheit, die publizistische Unschärfe und das Orakel der Nation in ihren Räten.

Unsere Zeit ist den heiligsten Gütern nicht hold. Das mühten auch die „Times“ erfahren, als sie vor einigen Jahren unter die Herrschaft des Ueberjournalisten Herrn Harmsworth fielen.

Dem Lord Northcliffe war es natürlich nicht nur darum zu tun, als Hauptbesitzer der „Times“ zu gelten. Er war der Ansicht, daß die unwegbaren Werte dieses „nationalen Instituts“ kapitalistisch nicht wirksam genug ausgebeutet würden.

Auf dem Gebiete der Weltbekanntheit ist Lord Northcliffe unbekanntener Herrscher. Und nun schickt er sich an, auch die kleinen Fische zu fangen.

Die kleine Jote, lieb und nett, wird blank poliert für das Parkett — und, was der Gallier schidert, gemuldet.

Herr Langguth alle Arbeiter, um andere Ausbeutungsobjekte anzuzuerben.

Der Lektionbetrieb der Deutschen Steinholzwerte des Herrn Paul Langguth ist darum gesperrt.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Berlin.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Die über den Hasepeterbetrieb Strohmeyer in Charlottenburg, Kanstr. 111, verhängte Sperre ist aufgehoben.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

Deutsches Reich.

Die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Januar.

Zum Bauarbeiterverband ist bis Ende vorigen Jahres keine fortlaufende Arbeitslosenstatistik geführt worden. Wenn die Arbeitslosen gezählt wurden, so geschah es im ganzen Reihe an Stichtagen, von deren Ergebnis auf die übrige Zeit Schlussfolgerungen gezogen werden mußten.

Der Streik auf der Grube Hostenbach-Saarbrücken ist nunmehr zur Tat geworden.

Die Unternehmern wenden eine neue Taktik an. Durch Zurücknahme der Kündigung der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und der Unorganisierten verließen sie, einen Keil in die Bewegung hineinzutreiben.

Zum Kampf in der Solinger Waffenbranche.

Die Unternehmern wenden eine neue Taktik an. Durch Zurücknahme der Kündigung der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und der Unorganisierten verließen sie, einen Keil in die Bewegung hineinzutreiben.

Der erste Schritt der Reiskultur. Der Fortschritt ist nicht anzuhalten. Die ungarischen Staatsbahnen haben sich auf Grund bedrückender Verhältnisse entschlossen, nach Art der Schlafwagen richtige Kinoswagen in die Jüge einzustellen.

Der erste Schritt der Reiskultur. Der Fortschritt ist nicht anzuhalten. Die ungarischen Staatsbahnen haben sich auf Grund bedrückender Verhältnisse entschlossen, nach Art der Schlafwagen richtige Kinoswagen in die Jüge einzustellen.

Der erste Schritt der Reiskultur. Der Fortschritt ist nicht anzuhalten. Die ungarischen Staatsbahnen haben sich auf Grund bedrückender Verhältnisse entschlossen, nach Art der Schlafwagen richtige Kinoswagen in die Jüge einzustellen.

Der erste Schritt der Reiskultur. Der Fortschritt ist nicht anzuhalten. Die ungarischen Staatsbahnen haben sich auf Grund bedrückender Verhältnisse entschlossen, nach Art der Schlafwagen richtige Kinoswagen in die Jüge einzustellen.

Der erste Schritt der Reiskultur. Der Fortschritt ist nicht anzuhalten. Die ungarischen Staatsbahnen haben sich auf Grund bedrückender Verhältnisse entschlossen, nach Art der Schlafwagen richtige Kinoswagen in die Jüge einzustellen.

Der erste Schritt der Reiskultur. Der Fortschritt ist nicht anzuhalten. Die ungarischen Staatsbahnen haben sich auf Grund bedrückender Verhältnisse entschlossen, nach Art der Schlafwagen richtige Kinoswagen in die Jüge einzustellen.

Humor und Satire.

Die Kronprinzessinnen. Sieh da, sieh da: am preussischen Hof erblickt man einen Wusenswolf.

Die kleine Jote, lieb und nett, wird blank poliert für das Parkett — und, was der Gallier schidert, gemuldet.

es sich um Waffenarbeiter handelt. Sie verlangen in den Inferaten Fahrradarbeiter, wollen aber in Wirklichkeit die Besetzten in der Waffenbranche als Streikbrecher haben.

Beendeter Streik in der Stuttgarter Herrenkonfektion.

Am 18. März wurde der seit dem 2. Januar dauernde Streik der in der Stuttgarter Herrenkonfektion beschäftigten Schneider, Schneider und Näherinnen beendet.

Das Resultat dieser äußerst schwierigen Verhandlungen wurde in einer Versammlung der Streikenden mit 219 gegen 110 Stimmen die bei 10 Stimmhaltungen angenommen.

Damit ist auch der Streik bei der Firma Ostertag in Göppingen erledigt, weil diese Firma als Mitglied des Unternehmerverbandes die Zugeständnisse anerkannt hat.

Die Brauereiarbeiter in Dresden haben in stark besuchter Versammlung beschlossen, den für die Verbandsbrauereien bestehenden Tarifvertrag zu kündigen.

Die Agitationsmethode der Christen.

Der Verwaltungsrath Stuttgart des Deutschen Transportarbeiterverbandes gebührt auch 400 Straßenbahnarbeiter als Mitglieder an.

„Neu Arbeiter und Angehörigen der Straßenbahn und der Gemeinde, welche im Zentralverband christlicher Gemeindearbeiter und Straßenbahnarbeiter Mitglied sind und noch beitragen, sind materiell viel besser daran, als wenn sie beim sozialdemokratischen Transportarbeiterverband, wo auch die Punkleute und ähnliche Arbeiterkategorien organisiert sind, angehören würden.“

Auch fühlt man sich beträchtlich wohl im reinlichen Solintiro! — Der Dichter schwingt im Gmüth 's Hüth!

Und auch die Tonkunst ist allhier: da hinten trommelt am Klavier für viele Pinks-Pinks Paul Lunde.

Und alles ist im Ordensfrad... Nur leider fehlt der Kunstgeschmack — Nun, man behält sich ohne beim Sohne, Sohne, Sohne — beim Sohne.

Theobald Tiger.

Notizen.

Vorträge. Ueber Wanderungen in Spitzbergen halten heute abend 8 1/2 Uhr in der „Victoria-Brauerei“, Altpoststraße 111/112, Kapitän Rißcher und Dr. Wedemeyer einen Vortrag mit Lichtbildern.

Das Theater der 5000, das der Reichsdirektor Carrasani in Dresden erbauen ließ, läßt sich nicht halten.

Amundsens Nordpolfahrt verschoben? Amundsen, der gestern von Berlin zurückgekehrt ist, erklärt in einem Interview „Kistenposten“, daß er seine Nordpolfahrt wegen des Zustandes der „Fram“, seines Expeditionsschiffes, vielleicht noch um ein Jahr hinausschieben müsse.

Ein neues Mittel gegen Warzen hat Dr. Szontogh in Budapest gefunden. Es besteht in der Verwendung der Hautstelle mit einem einfachen Gummistiftchen, das wochenlang liegen bleibt und alle drei bis vier Tage erneuert wird.

Ein flammenloser Sprengstoff. Aus Florenz erfährt die „Stampa“, daß es einem jungen, kaum zwanzigjährigen Chemiker, Guido Frei, gelungen sein soll, ein Sprengmittel zu erfinden, das ohne flammendercheinung explodiert.

Formärlisches. In Deutschland lauten Kabinettsordres von 1870 aktiv aus dem dankelsten Dunkel auf und in Oesterreich mocht man ähnliche Kunde. Dem Schulreformer Dr. Synneden hat man in Wien einen Vortrag über seine pädagogischen Ideen verboten „aus Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung“, und das Verbot stützte sich auf eine „Spektakelverordnung“, die aus dem Jahre der schwarzensten Ketterischen Reaktion 1870 stammt.

Zu der Behauptung, die Straßenbahner seien im christlichen Straßenbahnerverband materiell besser daran als im Deutschen Transportarbeiterverband, sei nur kurz bemerkt, daß der christliche Arbeiterverband weiß, daß er hier Wahrheit und Dichtung in arger Weise vermischt.

Für die Agitationsmethode der Christen ist es aber sehr bezeichnend, daß sie behaupten, die Straßenbahner seien im christlichen Straßenbahnerverband deshalb besser daran, weil ihm keine Führer und ähnliche Arbeiterkategorien angehören! Derselbe Christ, der heute den Straßenbahner sagt, sei ein Stück für sie, daß sie nicht dem Transportarbeiterverband angehören, kann die nützlich Organisation nur aus, der erklärt morgen den Transportarbeitern und schwört Stein und Bein darauf, daß ihre Interessen nirgends besser vertreten und gewahrt werden als im christlichen Transportarbeiterverband. Wie traurig muß es doch um eine Organisationsrichtung bestellt sein, die, um Mitglieder zu bekommen, an die niedersten Instinkte im Menschen appellieren und einen Teil der Arbeiterschaft gegen den anderen aufhetzen und verächtlich machen. Ehrlich ist ein solches Vorgehen nicht, aber sehr christlich und jesuitisch. Der Zweck heiligt das Mittel. Den Mitgliedern und Funktionären des Deutschen Transportarbeiterverbandes wird diese Leistung im Kampfe gegen die Christen gute Dienste leisten. Sie ist geeignet, diesen die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen und verdient bedauern die weiteste Verbreitung.

Ausland.

Lohnbewegung der österreichischen Post- und Telegraphenangestellten.

Das Beispiel der französischen Post- und Telegraphenarbeiter, die ihre Lohnwünsche mit Erfolg bei der Regierung durchzusetzen wußten, scheint nunmehr auch in Oesterreich Schule zu machen. Die Beamten der staatlichen Telephon- und Telegraphenbetriebe beabsichtigen nämlich ebenfalls, in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie fordern eine angemessene Erhöhung ihrer Bezüge und Einreihung in den staatlichen Beamtenrang. Sollte die Regierung nicht geneigt sein, ihren Wünschen nachzukommen, so sind sie entschlossen, in die positive Resistenz einzutreten. Dadurch würde der Telegraphen- und Telephonbetrieb in Oesterreich schwere Störungen erleiden.

Aus der Partei.

Gemeindevorstand.

In Langenbielau im Eulengebirge wurden nicht nur die schon in unserem Besitz befindlichen drei Mandate mit überwältigender Majorität behauptet, sondern noch ein viertes dazu gewonnen. Damit verschwindet der letzte bürgerliche Vertreter aus der dritten Abteilung des Gemeindeparslaments.

In Staudorf und Wärsdorf im Riesengebirge wurde in der dritten Abteilung je ein Genosse gewählt.

Trotz der Verschlechterung des Gemeindevorstands, wie sie die sächsische Landgemeindeordnung im äußersten Fall zuläßt, siegte bei der Gemeindevorstandswahl in Hirschfelde der Lagerhalter Genosse Seifert in der Klasse der höchstbesteuerten Unansässigen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte "Zuhälter".

Am Juni 1913 wurden die Genossen Franke und Behr von der "Meinigen Zeitung" in Köln wegen Beleidigung eines nachts als gewalttätiger Mensch (Hauptmann), der im Deutzer Landfriedensprozess eine unfehlbare Rolle gespielt hatte, von der Kölner Strafkammer zu hohen Strafen verurteilt. Franke erhielt sechs Wochen Gefängnis, Behr 900 Mark Geldstrafe. Ihre Revision wurde am Mittwoch vom Reichsgericht verworfen. Selbst der Reichsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils, soweit es gegen Behr gefällt sei, da die Begründung unhaltbar sei. Er erklärte sogar, daß über die Verantwortlichkeit der Beurteilung der beiden Redakteure an sich vielleicht Zweifel bestehen könnten, was freilich das Reichsgericht nicht nachprüfen habe. Das Reichsgericht verwarf die Revision, weil es die Pflicht der Beleidigung in beiden Fällen für festgestellt hielt, obwohl es sich nur um die mit einigen Schlussfolgerungen verfehene Wiedergabe einiger vom Landgericht selbst als wahrheitsgetreu anerkannter Gerichtsberichte handelte.

Wegen Hauptmann ist inzwischen ein neues Verfahren wegen Zuhälterei eingeleitet worden. Da er nicht mehr aufzufinden ist, hat dieselbe Staatsanwaltschaft, die sechs mal öffentliche Anklage wegen Beleidigung dieses Subjektes gegen die "Meinigen Zeitung" erhob und auch stets eine Verurteilung erzielte, einen Steckbrief hinter ihm erlassen! Und es fordert zu interessanten Vergleichen heraus, daß dieselbe III. Kölner Strafkammer, die die "Börse" dieses Menschen so hoch einschätzte, einige Monate später, freilich unter einem anderen Vorsitzenden, den Genossen Sollmann wegen Beleidigung der höchsten staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Spitzen zu 500 M. Geldstrafe verurteilte.

Zur Rettung des gefährdeten Militarismus werden in Oberfeld große Anstrengungen gemacht. Der hinter verschlossenen Türen geführte Prozess gegen Rinnen und Wittenbaum wegen der Broschüre "Wer will unter die Soldaten?" ist kaum beendet, so wird dort eine neue Staatsaktion eingeleitet. Donnerstag vormittag wurde in der Redaktion der "Elberfelder Freien Presse" und dann in der Wohnung des Verantwortlichen gebauscht nach der Anlagenschrift gegen Rinnen und Wittenbaum. Unser Oberfelder Vorzeiblatt hatte nämlich am 16. März aus dieser Schrift die sechs Anlagensätze veröffentlicht. Dies war die Ursache der Hausdurchsuchung. Gefunden wurde selbstverständlich nichts.

Stadtverordnetenversammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 19. März 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzender Wichele eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Dem Vorschlag zum Neubau einer Gemeindeparkschule nebst einem Depot für die Parkverwaltung an der Dänziger Straße stimmt die Versammlung ohne Debatte zu.

Ohne Diskussion tritt auch die Versammlung einem Ausschussantrag bei, der sich mit der Umgestaltung des Dönhofsplatzes befaßt.

Der Vernehrung der Waisendeputation um eine Stelle, die durch eine Frau besetzt werden soll, hat der für den Antrag Düring eingeschickte Ausschuss zugestimmt. Nach dem Antrag sollten der Deputation zwei Frauen hinzutreten. Von dem Stadtv. Cassel ist beantragt: Den Magistrat zu ersuchen, unter Abänderung der bestehenden Organisation die Waisendeputation durch eine besondere selbständige Abteilung der Armenverwaltung verwalten zu lassen, und zwar derart, daß auch Frauen als stimmberechtigte Mitglieder dieser neuen Organisation gewählt werden können. Die Versammlung ersucht ferner, der Magistrat wolle zur Verwaltung der Fürsorgewesen Frauen als nicht stimmberechtigte Mitglieder hinzuziehen.

Von dem Sozialdemokraten wird beantragt, drei Stellen für Frauen neu zu schaffen.

Referent des Ausschusses ist der Antragsteller Stadtv. Düring (Fr. Fr.).

Stadtv. Cassel (A. L.): Wir sind einig in dem Wunsche, daß die leitende Behörde unserer Waisendeputation gerade so wie die Armenverwaltung auch Frauen zu Waisendeputierten zählt. Wir lehnen aber den Ausschussantrag ab, da wir ihn für unvereinbar mit den

Gesetzen halten. Den Grundgedanke, daß die Bürgerdeputierten aus den "Einwohnern" entnommen werden sollen, wie er für die Armenverwaltung gilt, können wir nicht auf die Waisendeputation ausdehnen, da die zu ihr gehörigen Bürgerdeputierten nach der Städteordnung stammfähige Bürger sein müssen. Mit dieser Negation wollen wir uns aber um der Sache willen nicht begnügen; daher unser Antrag, der das gewollte Ziel ohne Schwierigkeiten erreichen läßt. Auch die Fürsorgeangelegenheiten können dann von Frauen mitberaten werden. Auf dem Wege unseres Antrags allein wäre ein positives Ergebnis zu erzielen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Für uns ist die Zulassung von Frauen zur Waisendeputation etwas Selbstverständliches. Auch Herr Cassel und seine Freunde wünschen diese Zulassung, aber sie wollen sie in einer Weise regeln, die der Stellung der Frau nicht entspricht, ja etwas Entwürdigendes hat. Wir möchten von vornherein ganze Arbeit machen, formal juristische Erwägungen, die wir noch dazu nicht einmal für richtig halten, können uns nicht irremachen. Die Waisendeputation ist schon vorhanden gewesen, bevor es ein Fürsorgegesetz gab, ebenso wie die Armenverwaltung schon bestand, bevor das Unterstützungswohngesetz erging. Auch die Waisendeputation erledigt Armenangelegenheiten; daher ist die Zugabe von Frauen rechtlich ohne weiteres zugelassen. Sollte der Magistrat sich auf den Standpunkt des Kollegen Cassel stellen, dann ist für die Annahme seines Antrags immer noch Zeit. Die Mehrheit des Ausschusses hat gerade ebenso gründlich überlegt wie der Beheimatet Cassel. Beide Anträge würden übrigens einer geordneten Mitarbeit der Frauen nicht voll gerecht werden; wir wollen sie den Frauen sofort erwidern, und daher beantragen wir die Schaffung von drei neuen Plätzen für Frauen, und zwar stellen wir dieses Amendement sowohl zum Ausschussantrag wie zum Antrag Cassel. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Wöhning: Auch der Magistrat wünscht die Teilnahme von Frauen an der Waisendeputation und in der Fürsorgeverwaltung. Er kann aber auf den Boden des Ausschussantrages nicht treten, denn die Waisendeputation ist ausdrücklich auf Grund der Städteordnung 1904 und 1906 geschaffen worden unter "Ausschließung" von der Armenverwaltung; sie ist eine selbständige Verwaltungsdeputation, die durch Gemeindevorstand existiert, und sie hat auch nicht nur Angelegenheiten zu erledigen, die in den Bereich der Armenverwaltung gehören. Der Antrag Cassel ist im Magistrat nicht auf juristische, aber auf verwaltungstechnische Bedenken gestützt; man sieht die formelle Spaltung der Waisendeputation für durchaus unerwünscht an, es wird zurzeit daher nichts übrig bleiben, als Frauen mit nur beratender Stimme zuzuziehen.

Stadtv. Cassel: Der Vorschlag des Kollegen Dr. Rosenfeld gegen mich, als hätte ich den Vorschlag der Ausschussmehrheit als nicht überlegt bezeichnet, war gänzlich bezogen. Daß der Magistrat aus unserm Antrag ablehnt, bedauere ich sehr; die Zugabe von Frauen ohne Stimmberechtigung halten wir nicht für ausreichend. Die entgegenstehenden Verwaltungsschwierigkeiten können nicht ins Gewicht fallen.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Etwas ungewöhnlich ist es doch, daß der Magistrat auch schon über ein Amendement sich schlüssig gemacht hat, das erst heute beantragt wird. Nehmen wir beide Anträge an, dann hat der Magistrat die Auswahl.

In der Abstimmung wird das Amendement der Sozialdemokraten, die Zahl der Frauen auf drei festzusetzen, gegen die Stimmen der Alten Linken angenommen, und mit dieser Modifikation der Ausschussantrag. Der Antrag Cassel gelangt mit der gleichen Abänderung ebenfalls zur Annahme.

Für Bauausführungen in den städtischen Gaswerken und am Gasrohrnetz sowie für Neubeschaffungen werden 2463 000 M. gefordert, wovon 1 Million dem Etat 1914 entnommen werden sollen. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Auch den an den höheren Lehranstalten vertretungsweise beschäftigten anstellungsfähigen Kandidaten des höheren Lehramts wird die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht durch Gewährung der Ansprüche aus § 100 der Reichsversicherungsordnung (Krankenhilfe oder Anspruch auf den 1/3fachen Betrag des Krankengeldes) ausgestellt.

Dem Versammlungsbeschlusse, die Beiträge für den Hauptverein "Anderhört" zu Berlin für 1914 von 20 000 auf 27 000 (Ratt auf 24 000) M. zu erhöhen, hat der Magistrat die Zustimmung verweigert; er hält eine Erhöhung um 4000 M. nach wie vor für ausreichend und sagt evtl. einen Zuschuß aus dem von der Stiftungsdeputation verwalteten Straßenbahnfonds zu.

Die Versammlung nimmt davon Kenntnis. Bis zum 1. April 1914 muß Bestimmung darüber getroffen sein, ob der Stadt die V. G. W. zum Taxwert oder zum Buchwert übergeben werden sollen. Der Magistrat will sie zum Buchwert übergeben haben. Endgültige Entscheidung über die Uebernahme der Werke durch die Stadt wird damit noch nicht getroffen.

Die Versammlung nimmt den Magistratsantrag ohne Debatte an.

Die Beratung des Stadthushaltsetats für 1914

wird hierauf auf Grund der Anträge des Staatsausschusses fortgesetzt.

Ueber die Stats für die

Krankenhäuser und die Heilstätte in Tsch

referiert Stadtv. Dr. Landau (A. L.). Beim Rudolf-Virchow-Krankenhaus soll die Zahl der Assistenten um 2 auf 38 erhöht werden. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt und eine Nachtragsvorlage dem Ausschusse zugehen lassen.

Von dem Stadtv. Sonnenfeld (A. L.) und Dr. Isaac (A. L.) wird die Streichung der beiden für ambulatoire Behandlung Geschlechtskranker bestimmten Assistenten beantragt. Dagegen soll der Magistrat ersucht werden, in gemischter Deputation zu beraten, ob die Einrichtung einer Poliklinik zur ambulatoiren Behandlung Geschlechtskranker geboten ist.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Rämmerer hat eine Erhöhung der Verpflegungssätze in Aussicht gestellt. Eine solche Maßnahme spricht jeder Sozialpolitiker Dohn; es wird dann eine Menge hilflosbedürftiger Kranke in Krankenhäuser nicht aufsuchen, sondern die Krankheiten weiter mit sich herumtrödeln. Besonders auch der Mittelstand würde darunter zu leiden haben; wo bleibt also die von Ihnen immer so sehr betonte Mittelstandspolitik? In einem unserer Krankenhäuser soll der Selbstkostenfaktor 7 M. betragen, meinte der Rämmerer; die Stadt erhöhe aber nur 3 M. Das heißt doch mit Zahlen jonglieren, denn bei diesem Satz handelt es sich speziell um das Kinderkrankenhaus, wo überdies der allergrößte Teil der Patienten aus Kosten der Stadt verpflegt wird; also würde man hier bloß aus einer Tasse in die andere gießen. In unsere Krankenhäuser entwickeln sich auch immer mehr zu wissenschaftlichen Heilanstalten. Wir warnen also vor einer Erhöhung der Verpflegungssätze, wie sie auch die Deputation einstimmig abgelehnt hat. Die Stadt hat ein großes Interesse daran, daß ihre erkrankten Mitbürger schneller wieder leistungsfähig, konsumsfähig und steuerkräftig werden. Das geschieht aber durch die Erleichterung der Aufnahme bei billigen Sätzen. — In der sogenannten Reformkommission für die Krankenhäuser haben auch wir eifrig mitgearbeitet gesucht; aber diese "Reform"kommission will sparen, knapsen und knauern um jeden Preis. Das geigen die zahlreichen Beschwerden der Kranken und Beamten darüber, daß die Speisen in Quantität und Qualität geringer geworden sind. Die Verpflegungskostenansätze der Verwaltungsdirektoren, die doch durchweg auch sparsame Herren sind, haben auf Veranlassung des Rämmerers durch den Magistrat eine erhebliche Herabsetzung, um 10 Pfennig und mehr pro Tag, erfahren; eine Aufnahme macht nur das Krankenhaus Nooit, wo der Satz von 1,65 auf 1,06 M. erhöht worden ist. Die Ärzteschaft steht heute auf dem Standpunkt: "Wer gut ernährt, heilt gut"; da geht es also nicht an, gerade bei der Verpflegung zu knausern. Der Reformkommission müßte auch ein Arzt angehören.

Stadtv. Seiberg: Fragen über das Essen sind stets laut geworden, so lange es Krankenhäuser gibt. Es ist keineswegs beachtlich, das Essen zu verschlechtern. Nur der erste Tisch ist herab-

gesetzt; es wird ferner versucht, allgemein etwas weniger Fleisch zu geben, und auch da leiten uns nur ärztliche Autoritäten. Der Reformkommission gehören auch Ärzte an.

Stadtv. Dr. Wehl: Als Mitglieder, soweit ich weiß, nicht. Die Hauptperson ist der Revisor. Von den übrigen Erklärungen des Magistratsvertrichters nehme ich Akt.

Stadtv. Dr. Strahmann: Der Revisor hat gar keine Vorschläge zu machen, sondern nur die Kommission.

Bürgermeister Dr. Reide befragt letzteres noch besonders.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.) äußert sich über die Frage der Einstellung der beiden neuen Assistenten. Der Magistratsvorschlag habe in den Verzeifreien Beunruhigung hervorgerufen. Die Frage sollte in aller Ruhe in gemischter Deputation erwoogen werden.

Stadtv. Dr. Isaac (A. L.) befreitet ebenfalls das Bedürfnis dieses Ambulatoriums, für das man die Parallele der staatlichen, ausschließlich Unterrichtszwecken dienenden Poliklinik nicht heranziehen dürfe.

Stadtv. Dr. Lazarus (Fr. Fr.) tritt im Gegensatz zu den Vortrednern für die geplante ambulatoire Behandlung lebhaft ein. Sie sei im Interesse der wirksamen Bekämpfung der Syphilis ganz unentbehrlich.

Stadtv. Dr. Weber: Die medizinischen Gutachten sprechen sich durchweg für die Einrichtung aus. Der Magistrat hat danach die Einstellung der beiden Assistenten beschloffen. Ob die Assistentenzahl im Virchow-Krankenhaus überlastet ist, wird noch nachgeprüft werden, da ein Teil der Assistenten auch noch im Rettungswesen Nachdienst leisten hat. Die ambulatoire Behandlung ist eine Notwendigkeit; in Frage kommen lediglich die Armenkranken. — Redner geht auf die Streitfrage der Behandlung mit Salvarsan und anderen Mitteln näher ein, um auch von diesem Gesichtspunkte die ambulatoire Praxis als unentbehrlich darzutun.

Stadtv. Dr. Wehl: Wir können den Antrag in beiden Teilen ab. Es kann nur im Interesse der Kranken liegen, wenn derselbe Kranke nach derselben Methode von Anfang bis zu Ende behandelt, eine einheitliche Behandlung durchgeführt wird. Das ist nur auf dem Wege der ambulatoiren Behandlung zu erreichen, wie sie ja übrigens schon seit 1908 beim Virchow-Krankenhaus besteht. Gegen eine so tödliche Krankheit wie die Syphilis kann gar nicht genug angeklumpt werden. — Es handelt sich bei dem Rettungswachendienst der Assistenten, der heute in der "Voss. Zig." etwas denunziatorisch erwähnt wurde, um gelegentliche, ausnahmweise Vertretungen, noch dazu in der Zeit der Verurlaubung von Assistenten.

Bürgermeister Dr. Reide: Es ist nicht beabsichtigt, die ambulatoire Behandlung auszudehnen; sie soll in beschränktem Rahmen bleiben wie bisher. Gernüchelt könnte ja die Verbilligung ausgesprochen, die Befegung der Stellen aber unversetzt ausgeführt werden, bis die Frage geklärt ist.

Stadtv. Sonnenfeld polemisiert gegen Dr. Wehl, der wieder seinem Ideal, der Verstadtdigung des ganzen ärztlichen Dienstes nachgetreibe habe. Die Bestellung dieser beiden Assistenten sei der erste Schritt auf einem sehr gefährlichen Wege, an dessen Ende der Ruin des Krankenhauses liege.

Stadtv. Dr. Landau (A. L.): Die Frage ist völlig spruchreif. Der Armenarzt kann ja die Behandlung gar nicht durchführen, dazu ist sie viel zu kompliziert, zeitraubend und kostspielig. Selbst vom materiellen Standpunkt des Arztes aus ist die Behauptung unfinnig, daß es sich hier um eine Konkurrenz handelt. Mit einer Poliklinik hat die Frage gar nichts zu tun.

Stadtv. Dr. Ritter (Fr. Fr.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag Sonnenfeld-Isaac.

Stadtv. Dr. Isaac fordert, daß die Allgemeinheit der Ärzte in den Stand gesetzt werde, den Kampf gegen die Syphilis so zu führen, wie ihn die beiden Assistenten führen sollen.

Stadtv. Sonnenfeld hält den Vorschlag, daß ein Referent als Diskussionsredner auftritt, in einer so wichtigen Frage für äußerst ungewöhnlich, ruft damit aber lebhaften Widerspruch hervor. Er weist dann noch auf den in einer Petition des Berliner Ärztevereins gegen die Einrichtung erhobenen Protest hin, in der die Ärzte nicht nur eine Winderung ihres Einkommens, sondern auch ihres Ansehens erkliden.

Damit schließt diese Debatte. Ueber den Antrag Sonnenfeld-Isaac, der jetzt dahin geändert ist, den Magistrat zu ersuchen, die Einstellung der beiden Assistenten auszusprechen, wird namentlich abgestimmt. Das Ergebnis ist die Ablehnung mit 57 gegen 33 Stimmen. Der Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation wird abgelehnt.

Die Stats der Krankenhäuser werden genehmigt.

Referent für die

Statuts,

sowie für die folgenden Spezialstats: Märkisches Museum, Stadtbibliothek, Volksbibliothek und Lesebibliothek, Schiller der Magistratsmitglieder, Personalbesoldungen, Ruhegehälter, Witwengelder und Unterhaltungen, Statistisches Amt, Verwaltung der Bureaugebäude und Bureau, Geschäftsbedürfnisse und Projektkosten ist Stadtv. Bruns (Soz.).

Im Hochbauetat ist von dem Neubau der Stadtbibliothek "u n d des Oberbürgermeisterhauses" die Rede. Von Ausschuss wegen sind diese drei Worte gestrichen, "da der Versammlung von einem solchen Hause überhaupt nichts bekannt ist". — Im Tiefbauetat sind die Antiegebeiträge für Straßentragwerke von 520 000 auf 620 000 M. erhöht, dagegen die Ausgaben für Instandhaltung des Straßenpflasters um 25 000 M. auf die vorjährige Höhe von 2 035 000 M., die Ausgaben für Reparaturen am Kanalisationsrohrnetz von 89 000 auf 75 000 M. herabgesetzt worden.

Der Bücheranschaffungsstat für die Stadtbibliothek soll aus Gemeindeparslamentsmitteln um 6000 M. erhöht und auf 86 000 M. gebracht werden. — Dem Stadtv. Dr. Michaelis will der Staatsausschuss eine persönliche pensionsfähige Gehaltszulage von 3000 M. bewilligen. — Für die Sparkasse soll ein besonderer Direktor mit 8000 M. Gehalt, steigend bis 10 000 M., bestellt werden. — Die ständigen Bureauangestellten sollen nach einem Dienstalter von 12 Jahren die Amtsbezeichnung "Sekretariatsassistenten" erhalten.

Stadtv. Galland (A. L.) knüpft beim Etat der Volksbibliothek an eine vom Vorkomitee ausgehende Kritik über die Benutzung und die Benutzung der Bibliothek vom Magistrat zu erbitten.

Bürgermeister Dr. Reide sagt Erfüllung des Wunsches zu. Auf Anregung des Stadtv. Sonnenfeld befragt der Bürgermeister, daß mit der Regelung der Krankenerkrankungspflicht für die im Wege des Privatdienstvertrages angestellten städtischen Bediensteten eine Verantheiligung in den Bezügen nicht eintreten soll.

Auf eine bezügliche Anfrage des Stadtv. Rosenow stellt Oberbürgermeister Wernuth richtig, daß an die Ausarbeitung der Befoldungsausschussvorlage alsdann gegangen werden soll, daß aber damit nicht gesagt sei, daß unter allen Umständen schon vor der Aufstellung des nächsten Stats eine Vorlage gemacht werden wird.

Stadtv. Dr. Cohn (Soz.): Unter sanftem Zwange hat der Magistrat im vorigen Jahre Bilder von einer großen Anzahl männlicher und weiblicher Beamten, bis herunter zu den bescheidenen Angestellten der Badeanstalten und dergl., herstellen lassen. Ueber die Schaffung eines solchen Verzeichnisses als Vorrat für in den beteiligten Kreisen berechnete Mißbilligung entstanden. Schon früher ist Streit darüber gewesen, ob die Polizei berechnigt ist, ein solches "Verzeichniß" als Vorrat" anzulegen; jedenfalls kann aber eine städtische Verwaltung nicht ohne weiteres ihre sämtlichen Beamten derart bezeichnen. Es wird seitens der Beamten auch noch darüber geklagt, daß die Photographien lässig aufbewahrt werden. Das Photographieren der Nummernbürger Dafflinge ist vom Magistrat schließlich ausgegeben worden; wo bleibt da die Konsequenz? Uebrigens: was den unteren Rassenbeamten recht ist, sollte den oberen Beamten einschließlich des Rämmerers billig sein. Man müßte doch auch, wenn die Sache Zweck haben soll, die Photographie alle halbe Jahre erneuern. Ober will man auch noch zur

Dankloskopie greifen? Wir ersuchen um die Nichtverwendung der Mittel zu Geschäftsbüchlein für diese der Beamten nicht würdige Manipulation.

Kammerer Bf: Die Verwaltung hat sich hier das Recht empfohlen kaufmännische Verfahren zum Nutzen genommen. Die Würde der Beamten wird dadurch nicht tangiert. Kein Beamter wird gezwungen, sich photographieren zu lassen; nur bleibt derjenige, der sich nicht photographieren lassen will, nicht in derselben Kassenabteilung. (Hört! hört!)

Stadt Dr. Cohn: Der Kammerer hat lediglich meine Behauptung bestätigt. Ich war so höflich, von „sanftem Zwang“ zu sprechen; im politischen Sprachgebrauch nennt man das Terrorismus.

Die angeführten Etats werden durchweg nach den Ausschussanträgen festgesetzt.

Stadt Dr. Ritter (Fr. Fr.) berichtet über die Aufwendungen für gemeinnützige Zwecke, sowie über den Kunstfonds, den Repräsentationsfonds, das Dispositionskontingensquantum (von jetzt ab „Vorbehaltsmittel“ betitelt), Unterhaltungen auf Verfügung des Magistrats usw.

Stadt Dr. Wehl: Das Zentralkomitee für die Bekämpfung der Schwindsucht, des Alkoholismus und des Krebses hat im Januar an uns den Antrag um Erhöhung des städtischen Zuschusses von 50 000 M. gelangen lassen. Einerseits ist dem Komitee eine Subvention von 25 000 M. entgangen, die es bisher von anderer Seite bezog; andererseits hört man, daß auch von der Landesversicherungsanstalt Berlin die Bekämpfung der Tuberkulose in Angriff genommen werden soll. Der Etat sieht wieder nur 50 000 M. vor.

Stadtmedizinalrat Dr. Weber: In nächster Zeit wird wegen Zusammenwirkens dieses Zentralkomitees mit der Landesversicherungsanstalt zur Bekämpfung der Tuberkulose eine Konferenz stattfinden.

Im übrigen werden auch diese Etatteile nach den Ausschussanträgen verabschiedet und folgende Resolution angenommen: Den Magistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob nicht dem Verein für Ferienkolonien ein angemessener Zuschuß zu seinen Ausgaben gewährt werden könne.

Um 10½ Uhr wird die Staatsberatung und die Sitzung abgebrochen. Die Beratung des Etats soll in einer Extra Sitzung am Dienstag fortgesetzt werden.

Aus Industrie und Handel.

Die gescheiterte Welthandels-Gesellschaft.

Die vom „Zentralverband Deutscher Industrieller“ (der Organisation der Schwerindustrie) eifrig betriebene Gründung einer Welthandels-Gesellschaft ist bekanntlich vor kurzem gescheitert. Ueber die Gründe dieses Scheiterns mußte man bisher nur, daß die Fertigfabrikindustrie, deren Organisation (der Bund der Industriellen) in das Schlepptau des Zentralverbandes genommen werden sollte, in letzter Stunde ein Haar in der Suppe des Zentralverbandes fand, wenn auch der Syndikus des Bundes Dr. Stresemann eifrig für das Auslösen agitierte. Der Handelsverein macht nun in dem oben erschienenen zweiten Hefestück seines Organes „Deutscher Außenhandel“ nähere Angaben über Einzelheiten des Projekts, die des Interesses nicht entbehren.

Schon die finanzielle Seite der geplanten Welthandelsorganisation zeigt, welche Bedeutung der Gründung für die Industrie zugekommen wäre. Die jährlichen Betriebskosten waren auf 7—8 000 000 M. geschätzt worden, — sicher eher zu wenig als zu viel, wenn man bedenkt, daß die Gesellschaft private Handelsfachverbände und Exportisten, deutsche Zeitungen und journalistische Bureaus usw. in einer ganzen Reihe von Auslandsstaaten schaffen wollte und daß allein für vier leitende Persönlichkeiten (darunter drei mit nur nebenamtlicher Tätigkeit) 125 000 M. Gehalt ausbezahlt war. Diese Riesensumme von mehr als ¼ Millionen Mark sollte alljährlich neu aufgebracht werden. Die Beschaffung dieser Mittel hält der Handelsvereinsverein für außerordentlich schwierig. Seine Hauptkritik richtet sich aber gegen die beabsichtigte Tendenz der Welthandels-Gesellschaft:

Dazu kam nun weiter, daß die Gesellschaft sich aufbauen sollte auf den bestehenden deutsch- ausländischen Wirtschaftsvereinen, die ihre Selbstständigkeit verlieren und zu Unterabteilungen der Gesellschaft herabsinken sollten. Damit verlor diese Vereine ja fast diejenige spezifische Eigenart, die ihnen überhaupt erst ihre Selbstberechtigung neben der Ueberzahl sonst existierender wirtschaftlicher Körperschaften verleiht: ihren internationalen Charakter. Wie könnten diese Vereine denn künftig noch auf Beteiligung der ausländischen Körperschaften, Vertrauensmänner usw. an ihren Arbeiten, Aufrechterhaltung ihrer engen Beziehungen zu ausländischen Gesandtschaften, Konsulaten, Präsidien usw. in Deutschland Unterstützung und Beihilfe ausländischer Kaufleute an unseren deutschen Interessen weiter rechnen, wenn sie nur noch Fachauschüsse einer einseitig deutschen Exportorganisation geworden wären; noch dazu unter maßgebender Leitung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, der seit seinem Besehen Vorsitz über einer hochschutzbilligen Abschließungspolitik und Schutztruppe des deutschen Agrarieriums gewesen ist.

Aber neben diesen beiden Momenten trat nun weiter immer deutlicher zutage, daß der Zentralverband Deutscher Industrieller das Projekt dazu mißbrauchen wollte, um die ihm allmählich entgehende wirtschaftspolitische Hegemonie in Deutschland endgültig wiederherzustellen.

Auch der neugegründete Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband sollte sich mit Hand und Fuß der erst später zu gründenden Welthandelsstelle verschreiben und nur als deren Unterabteilung fungieren, falls man auf die Mitwirkung des Zentralverbandes rechnen wollte.

Das Uebergewicht des Zentralverbandes ergab sich deutlich aus dem Organisationsplan:

Mit Emphase erklärten zwar die Vertreter des Zentralverbandes, sie hätten sich zu einer völlig paritätischen Leitung bereit erklärt, sofern die Mitglieder des Verwaltungsausschusses zu gleichen Teilen vom Zentralverband und vom Bund der Industriellen ernannt, bzw. kooptiert werden sollten. Demgegenüber wurde zunächst hervorgehoben, daß es keine Parität sei, wenn man die Leitung auf zwei Organisationen beschränke und alle anderen genauen Interessensvertretungen einfach ignoriere, u. a. die Organisationen des Handels — bei einer Welthandels-Gesellschaft! — überhaupt unberücksichtigt lasse. Indessen auch die sogenannte Parität zwischen Bund und Zentralverband erwies sich als durchsichtiger Trick. Denn die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sollten auf Lebenszeit gewählt werden, bei ihrem Tode aber nicht etwa eine Repräsentation durch die Organisation, deren Vertreter verstorben war, sondern Wahl eines Ersatzmannes durch die Mitgliederversammlung erfolgen. In letzterer sollten aber erstens überhaupt nur Mitglieder mit wenigstens 300 M. Beitrag stimmberechtigt sein, und zweitens Stimmentumultierung nach der Beitragshöhe bis zu Hundert Stimmen auf ein Mitglied stattfinden. Das bedeutete praktisch nicht mehr und nicht weniger, als daß schon beim ersten Todesfall die Zentralverbandsgruppe die Mehrheit im Verwaltungsausschuss erhalten und nach wenigen Jahren ihn völlig beherrscht hätte.

Das konnte nun zunächst noch relativ harmlos erscheinen, da ja erklärt worden war, die Welthandels-Gesellschaft sollte handelspolitisch vollständig abstinente sein. Aber auch dies erwies sich schließlich als eine Finte:

Ausfuhrpolitik und Einfuhrpolitik sind ja absolut nicht voneinander zu trennen, sondern im Gegenteil eng miteinander verknüpft. Und wie es in Wirklichkeit damit bestellt war, kam zutage, als es gelang, eines Exemplars des Satzungsentwurfs habhaft zu werden. Da stellte sich heraus, daß nachträglich in diesem schon die „Sammlung von Material für die neuen Handelsverträge“ als Teil des Arbeitsgebietes eingeschmuggelt worden war. Nun war das gewaltige Interesse des Zentralverbandes an der Gründung klar verständlich. Das Bündnis war wirklich sein Ausgedacht: Zunächst hatte man Bund und Zentralverband eng zusammenschweißen und die dem Zentralverband höchst ungewohnten deutsch- ausländischen Wirtschaftsvereine — über deren gemeinschaftliche Tätigkeit Herr Schweighofer (der Syndikus des Zentralverbandes) erst unlängst noch so eindringliche Worte gefunden hatte — durch völlige Unselbständigmachung aktionsunfähig machen wollen. Dann sollten mit Hilfe der „gemeinnützigen Ziele“ die gewaltigen Geldmittel ausgebracht werden, deren geschickte Verwendung die beteiligten Körperschaften eng an die Gesellschaft fesseln mußte. Dann sollte sich allmählich herausstellen, daß die Handels- und Zollpolitik von der Arbeit der Gesellschaft nicht zu trennen war und Schritt für Schritt in ihr Arbeitsgebiet mit einbezogen werden mußte. Und gleichzeitig würde — ganz unmerklich, aber unweigerlich — die Leitung der Gesellschaft ganz und gar in die Hände der Zentralverbandsindustriellen übergehen. So wäre diesem für das handelspolitische Komitee die wirtschaftspolitische Führung in Deutschland gesichert und seine Gegnerschaft lahmgelegt gewesen. Waren aber die neuen Handelsverträge erst unter Dach und Fach, dann mochten die für einige Jahre festgelegten großen Beiträge getrost versiegen und die „gemeinnützige“ Organisation zur Unbedeutendheit herabsinken; dann hatte er ja sein zollpolitisches Schäschen ins Trockene gebracht.

Der Widerstand zahlreicher Vertreter von Handel und Industrie gegen diese Umstrukturierung hat zur völligen Aufgabe des Plans geführt. Nur die im Zentralverband führende Gruppe der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie hat ihre eigene Auslandsgesellschaft gegründet. Der Zentralverband hält sich weiter dem Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverein fern und droht, er würde in Amerika auf eigene Faust vorgehen; dann würde man ja sehen, welcher der beiden Teile der härtere sei.

Nahrungsprofite. Die Stodawerke, Aktien-Gesellschaft, der österreichische Krupp, erhöhten ihren Reingewinn im Jahre 1913 von 8,89 auf 7,08 Millionen Kronen. Die Dividende wird von 14 Proz. auf 15 Proz. heraufgesetzt.

Soziales.

Die Nahrungsmittelkontrolle in Preußen.

Der von der Abteilung für das Gesundheitswesen des preussischen Ministeriums des Innern herausgegebene Bericht über die Tätigkeit der Nahrungsmitteluntersuchungsämter für das Jahr 1911 ist zwar etwas spät erschienen, nämlich erst im Dezember 1912, er enthält aber manche auch heute noch beachtenswerte Mitteilungen.

Die Einnahme der zu untersuchenden Nahrungsmittelproben erfolgte bisher meist durch Polizeibeamte in Uniform. Aus diesem Umstande hatte das Resultat der mit diesen Proben vorgenommenen Untersuchungen oft nur einen bedingten Wert, indem schone Verkäufer nicht ganz einwandfreie Waren den Augen dieser Beamten wohl zu verbergen wußten. Das gibt auch der Bericht aus dem Regierungsbezirk Rönneburg zu, der zugleich mitteilt, daß auf den Dienstversammlungen der Gendarmen, zu denen auch vielfach kommunale Polizeibeamte zugezogen wurden, zunächst unter Besprechung zahlreicher Fälle aus der Praxis auf die Wichtigkeit der Nahrungsmittelkontrolle hingewiesen, die einschlägigen Gesetzesbestimmungen besprochen und Anweisungen über deren Handhabung gegeben wurden. Die zum Schutze des Nahrungsmittelmarktes erlassenen Gesetzesbestimmungen waren den meisten Beamten wenig bekannt; nur die älteren Wachtmeister wußten etwas Bescheid damit; aber auch sie waren über das Reich der polizeilichen Verfügungen dabei keineswegs im Klaren. Im Anschluß an die Vorträge suchte der Vorsteher des Untersuchungsamtes mit den Beamten zahlreiche Nahrungsmittelgeschäfte auf und zeigte ihnen, wie bei einer sorgemäßigen Auswahl der Proben vorzugehen sei, und daß in erster Linie auf Sauberkeit und Ordnung in den Verkaufsräumen zu achten sei.

Weiter führt der Bericht aus, daß überall, wo solche Kurse stattfanden, ihnen ein erfreulicher Erfolg nachgerühmt wird, der in einer zweckmäßigen Auswahl der eingesandten Proben und einem höheren Prozentsatz an Beanstandungen zum Ausdruck kam. Dann machte er noch darauf aufmerksam, daß die Kontrolle ohne Zweifel noch wirksamer sein würde, wenn die mehrere Untersuchungsämter warm befürworteten, häufiger Gehemtsnahmen von Proben erfolgen würden.

Auch in den Volksschulen in Rottbus und Halberstadt werden Kurse für Probenentnahme von Nahrungsmitteln abgehalten. (Das wäre einmal eine Tätigkeit von Polizeibeamten, gegen die man nichts einzuwenden hätte.)

Bei Wurst wurden Mehlsätze von 8,1 bis 15,28 Proz. festgestellt. Trotzdem der Nachweis dieser Fälschung bei den Untersuchungen leicht geführt werden kann, und trotzdem die Gerichte wiederholt entschieden haben, daß das Heilhalten mehlsätziger Wurst (s. A. als Semmelfleisch) auch beim Aushängen eines den Mehlsatzes in der Wurst angehenden Klafales im Laden strafbar ist, versuchen die Schlächter immer wieder, mehlsätzige Wurst ohne diese Angabe in den Handel zu bringen. Eine Zusammenstellung diesbezüglicher Urteile des Kammergerichts und der Landgerichte in Pommern und Posen bestätigt das. Daneben wird als Bindemittel schon gebrauchtes Fleisch verwendet, und zwar scheinend regelmäßig bei Bereitung von Brüh- und Kochwürsten. Solche Fälschungen wurden wiederholt festgestellt. So verarbeitete ein Fleischer im Bezirk Frankfurt a. O. Wurst, die schon jahrelang gehalten hatte, unter Zusatz von verdorbenem Pöselfleisch von neuem zu Wurst. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Schlächtermeister, der täglich die Berliner Markthallen besucht, bemerkt das dort nicht mehr verkäufliche zum Teil schon verdorbene Fleisch zu solcher Fabrikation. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurde ein Metzger, der jahrelang aus Köln bezogene Geschlechtsstücke von Schweinen zu Wurst verarbeitete, zu 1 Monat Gefängnis und 1000 M. verurteilt. — Die künftige Färbung der Wurst geschieht jetzt nicht mehr mit Anilin, sondern mit rosa Paprika, das der Wurst ein frisches Aussehen gibt. Als Konservierungsmittel wurde mehrfach Borax festgestellt. Einige Metzger scheinen in der Verwendung solcher Zusätze sehr weißbärgig zu sein. Bei Hacksfleisch kommt immer noch ein unzulässiges, sogenanntes Fleischkonservierungsmittel „Pronatal“ vor. — Aus Russland in Rippen bezogene Eier wurden vielfach als frische Eier verkauft. In Westmünde mußten 42 mal eingeführte Fische endgültig ver-

worfen werden, meist größere Fische, s. B. solche von 12 Zentnern, die für menschlichen Genuß als ungeeignet, und zerstampft an Fischmehlfabriken zu Viehfutter verkauft wurden. Auch Bäckereifisch mußte vielfach verhandelt werden, so in den Regierungsbezirken Minden, Kassel und Straßburg.

Milch wurde infolge des Futtermangels vielfach weniger gewonnen und durch Wasserzusatz verlängert, obgleich es leicht gelang, diese Verfälschung zu konstatieren. Im Regierungsbezirk Düsseldorf zeigte sie durchschnittlich 10—25 Proz. Wasserzusatz, doch kamen auch solche von 35 bis 60 Proz. vor. Sie wurde oft geldlich gefärbt. Dringend notwendig wäre die Einführung fester Grundzüge für die Beschaffenheit der Milch. In Hannover wurde für Schmelze-Milch von noch nicht 2,7 Proz. Fettgehalt geliefert. Auch in Halle mußte ähnliche Kindermilch beanstandet werden. In der Provinz Brandenburg wurde in Milch Zusatz von Formalin konstatiert. Auch Milch von an Mäusenkeuse kranken Kühen wurde zu Markte gebracht, ohne daß sie vorher im Pasteurisationsapparat erhitzt worden wäre. Nur in einigen Kellereien wurden geeignete Pasteurisationsapparate in Betrieb gefunden. Im Kreise Düsseldorf wurden in einer Kellerei die Kellereigeräte von der Frau des Verwalters zum Waschen von Hauswäsche benutzt.

Die Milchknappheit führte vielfach auch zu Butterfälschungen, z. B. zu ungewöhnlichem Wassergehalt; so wurde im Bezirk Oepeln bis 37,4 Proz. und im Bezirk Kassel bis 40 Proz. Wassergehalt in derselben festgestellt. Im Bezirk Minden wurde fälschliche Butter als teure Kellereibutter verkauft. Ebenso alte ranzige Strahbutter. Vielfach wurde sie auch mit Margarine vermischt. Mäse zeigte mehrfach zu geringem Fettgehalt. In Baderien kamen keine Verfälschungen, aber um so häufiger Schmutzerien mit Milchen und Staub vor. Im Bezirk Kassel wurde ein Streumehl verwendet, das aus 70 Proz. Gips und 30 Proz. Holzmehl bestand. In Buttergebäck wurde oft Margarine oder altes ranziges Fett verwendet.

Obst und Gemüse in Konservenbüchsen mußten oft, weil verdorben, beanstandet werden. Apfelsaft enthielt bis 70 Proz. Stärkefäule. Olivenöl war viel mit Sesamöl verfälscht. In Hamburg wurde eine Kafferglasur angebrochen, die erhebliche Mengen Arsenik enthielt. Gemahlener gerösteter Kaffee war oft mit bis 45 Proz. Lupinenamen verfälscht. „Südmanns Nährsalz-Kaffee“ enthält überhaupt nur Surrogate, aber keinen Kaffee. Phönixkaffee mit Gewürz“ enthielt 76 Proz. geröstetes Getreide. Gemahlene Gewürze, wie Zimmt, Pfeffer, Biment usw. waren vielfach mit wertlosen Surrogaten verfälscht. In Essigproben wurden mehrfach Essigsäuren gefunden. Das Speisefett und Fruchtöl des Straßenhandels wurde vielfach verunstaltet und dazu statt Himbeersaft ein Kunstprodukt verwendet, deshalb ist der Verkauf an Kinder unter 14 Jahren verboten. Honig zeigte im Regierungsbezirk Brandenburg einen Gehalt von 20 bis 30 Proz. Rohrzucker. Im Bezirk Breslau wurde statt italienischer Rotwein Heidelbeerwein verkauft und im Bier vielfach Saccharin festgestellt. Im Kreise Stiel wurde in Essigsäure vielfach ein harter Gehalt von Zinnblei gefunden.

Obgleich diese Ermittlungen zeigen, daß der Verkauf verdorbener und verfälschter Nahrungsmittel und Genussmittel noch ziemlich bedeutend ist, und deshalb eine fortwährende Ueberwachung und Untersuchung der verlässlichen Nahrungs- und Genussmittel noch überall nötig ist, so bestehen doch in einer Reihe von Provinzialkreisen Preußens noch keine Nahrungsmitteluntersuchungsämter.

Jahresberichte landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften.

Wer die Jahresberichte unserer landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sammeln und studieren will, muß große Geduld haben. Ende Dezember 1912 erschienen erst die meisten Berichte für das Jahr 1912 und dann hat man noch lange Schreibereien, bis man endlich einen solchen „Bericht“ erhält. Verschiedene Berufsgenossenschaften geben nur alle zwei Jahre einen Bericht heraus, einige gar keinen, verweisen auf ihre amtlichen Organe. Die übergroße Mehrzahl der Berichte ist aber launig die Druckerzünge wert. Die kleinste Ortskrankenkasse gibt heute einen besseren Bericht heraus, als die Berufsgenossenschaften, deren Leiter doch nicht „der nötigen Fähigkeiten“ zum Amte entbehren, wie man es den armen Kassenbeamten immer nachsagt. Fast unbrauchbar für irgendeinen Vergleich sind die Berichte der vier württembergischen Berufsgenossenschaften, der Anhalter, Röhrender, Meuser usw. Die besten Berichte liefern immer noch die Bayern, die immer noch etwas zu sagen haben, und deren technischen Aufsichtsbearbeiter, bei aller Juristikhaltung in den letzten Jahren, immer noch eine deutliche Sprache reden.

Diesen Berichten ist auch gewöhnlich eine Statistik über die Zahl der verletzten Kleinbauern und deren Angehörigen beigegeben. Man will offenbar damit den Kleinbauern begreiflich machen, welche Kosten die Großgrundbesitzer hier freiwillig für ihre kleinen Kollegen tragen. Gewöhnlich sind es 60 bis 70 Proz. aller Verletzten, die zu den Familien der Kleinbauern selbst zählen. Nur der Bericht der „Ostpreußen“ zeigt offen die ganze Liebe der Agrarier für ihre Kleinbauern, den treuen Stimmen im Wahlkampf, wie folgt:

„Betriebsunternehmer und deren Ehefrauen waren früher zangsversichert, sofern ihr Jahreseinkommen 2000 M. nicht überstieg. Seit dem 1. Januar 1908 ist jedoch die Grenze für die Zwangsversicherung auf 1500 M. herabgesetzt worden. Seit jener Zeit sind Betriebsunternehmer mit einem 1500 M. übersteigenden Einkommen nur gegen Unfall versichert, wenn sie von dem ihnen zustehenden Recht der freiwilligen Versicherung Gebrauch gemacht haben, was nur in sehr geringem Umfange geschehen ist. Infolgedessen sind die Fälle, in denen ein Betriebsunternehmer und deren Ehefrau Entschädigungen zu bewilligen waren, seit dem 1. Januar 1908 weniger zahlreich geworden.“

Um aber den Agrariern entgegenzukommen, die Umsätze möglichst niedrig zu halten, greift auch Vater Staat gerne in seinen Säckel. Die Behörden subventionieren direkt die reichen Berufsgenossenschaften durch Ueberlassung von Geschäftsräumen, Beleuchtung und Heizung sowie Postfreiheit, die man aber den armen Ortskrankenkassen bislang unbedingt verweigert hat. So berichtet „Ostpreußen“:

„Der Staat stellt die Geschäftsräume, die er bis zum Ende des Berichtsjahres überlassen hatte (unbegriffen sind auch die zwei neuen Zimmer), auch für die Folge unentgeltlich zur Verfügung. Die Kosten der Heizung, Reinigung und Beleuchtung dieser vier Räume, welche mit 440 M. veranschlagt sind, hat dagegen vom 1. Januar 1913 ab die Berufsgenossenschaft der Regierung der A. Regierung, welche die Versicherung usw. befragt, zu ersehen. Diese Kosten werden jedoch aus dem vom A. Staatsministerium zur Verfügung gestellten Zuschuß von 440 M. bestritten. (Art. 21 d. Aufst. Ges. z. B. u. O.)“

Der gesamte Schriftverkehr der Berufsgenossenschaft war innerhalb Deutschlands durch Ablösung von Postporto befreit. Die Kosten hatte die Staatskasse übernommen.

„Schließlich berichtet „Schwaben und Neuburg“:

„Unterkranken“ bezieht: „Die Geschäftsräume befanden sich im Regierungsgebäude in 8 Zimmern, welche nebst Beleuchtung und Beleuchtung von der Kgl. Regierung unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Der gesamte Geschäftsverkehr war innerhalb Deutschlands postfrei durch Ablösung und auf die Staatskasse übernommen. Die Kasse- und Rechnungsführung wurde von der Kgl. Kreisstelle für Unterkranken unentgeltlich befragt.“

„Mehr kann man wohl nicht verlangen!“

A. Wertheim

Leipziger Straße Königsstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Frisches Fleisch	Wurstwaren	Butter und Käse	Fische	Obst und Gemüse
Schmorfleisch Pfd. 85 Pf. ohne Knochen 1.00	Zervelat- u. Salamiwurst Pfd. 1.15	Koch- u. Backbutt. Pfd. 1.12, 1.18	Kabeljau ohne Kopf in ganz Fischen Pfd. 15 Pf.	Tomaten Pfd. 30, 35 Pf.
Rinderkamm u. -Brust Pfd. 70 Pf.	Thüringer Salami in Blasen Pfd. 1.50	Tischbutter Pfd. 1.28	Seelachs ohne Kopf in ganz Fischen Pfd. 14 Pf.	Ananas Pfd. 58, 68 Pf.
Querrippe Pfd. 65, Gehacktes 60 Pf.	Rollschinken ca. 6 bis 8 Pfd., Pfd. 1.45	Tischbutter 1/2-Pfund-Pakete 64 Pf.	Schellfisch Pfd. 16 Pf.	Apfelsinen Dutzend 18, 28, 35 Pf.
Kalbsknochen u. Rücken 1.00, geteilt 1.10	Schinkenspeck in Stücken v. 1 1/2 bis 4 Pfd., Pfd. 1.10	Tafelbutter Pfd. 1.34	Rotzungen Pfd. 15 und 22 Pf.	Blut-Orangen Dutzend 25, 35 Pf.
Kalbshamm u. -Bug Pfd. 80 Pf.	Magerer Speck Pfd. 75 Pf., 5 Pfd. 3.60	Tafelbutter 1/2-Pfund-Pakete 67 Pf.	Große Schollen Pfd. 25 Pf.	Ananas-Reinetten 2 Pfd. 35 Pf.
Kalbsbrust Pfd. 80, Spitze (3-4 Pfd.) 95 Pf.	Fetter Speck L. 84 v. 1 Pfd. Pfd. 1.10	Pflaumenmus Pfd. 25 Pf.	Lachs in ganzen Fischen Pfd. 42 Pf.	Italienische Essäpfel 2 Pfd. 35 Pf.
Schulterblatt im Ganz. 4-5 Pfd. Pfd. 60 Pf.	Gek. Pökelfleisch Pfd. 1.10	Schmalz Pfd. 68 Pf.	Zander Pfd. 60 Pf.	Kochäpfel 5 Pfd. 70 Pf.
Lieserl Pfd. 65 Pf., Rückenst. Pfd. 55 Pf.	Aus eigener Wurstfabrik	Echter Emmerhaler Pfd. 1.10	Frische grüne Heringe Pfd. 10 Pf.	Blumenkohl Kopf 7, 10, 15 Pf.
Pökelkamm 75 Pf., Rinderzung 1.20	Rotwurst Pfd. 55 75 Pf.	Schweizerkäse Pfd. 80 Pf.	Lebende Karpfen Pfd. 68, 90, 1 M.	Weisskohl Pfd. 3 Pf.
Pökelbrust Pfd. 90 Pf.	Jagdwurst Pfd. 1 M.	Tilsiter Käse vollfett Pfd. 68 Pf.	Lebende Hechte Pfd. 90 Pf.	Rotkohl Pfd. 5 Pf.
Kassler im Ganzen Pfd. 80 Pf.	Landleberwurst Pfd. 90 Pf.	Limbinger Käse Pfd. 40 Pf.	Lebende Schleie gross Pfd. 1.15	Kopfsalat Stück 10 Pf.
Eckstück Mittelstück Pfd. 75 Pf.	Pastetenleberwurst Pfd. 1.10	Harzer Käse Kiste 100 Stück 1.10	Lebende Plötzen Pfd. 38 Pf.	Malta-Kartoffeln 3 Pfd. 48 Pf.
3-SPfd. Pfd. 75 Pf.	Bauernmettwurst Pfd. 1.15			
	Teewurst Pfd. 1.20			

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann
 der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung
 Größtes Spezialgeschäft dieser Art
 Alexanderstr. 12. - Rosenthaler Str. 53 - Sandberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.
 Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Wäsche, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.
 ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen
 Hartseife.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 Berlin (20 W.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. - Groß-
 apothek, Barnimstr. 33. - Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 20. März 1914.
Palast-Theater. Kino-Variété.
 Anfang 6 Uhr.
Eines Palast am Zoo. Variété.
 Lichtspiele.
 Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Nollendorfer-Theater. Variété.
 Lichtspiele.
 Anfang 7 Uhr.
Kgl. Schanzenhaus. Beer Gont.
Deutsches Opernhaus. Pariser.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Ehrenhaus. Der Liebhaber
 als Arzt. Die Slavische Braut-
 werbung.
Verf. Spiggenie auf Lauris.
Königsgräber Straße. König
 Richard III.
Deutsches. König Heinrich IV.
 (1. Teil.)
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt
 in 40 Tagen.
 Anfang 8 Uhr.
Urania. Hochspannung.
Kammertheater. Bürger Schippel.
Deutsches Künstler-Theater.
 Schirin u. Gertraude.
**Theater an der Weidendammer
 Brücke.** Der müde Theodor.
Trionon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater am Nollendorferplatz.
 Russisches Ballett.
Lehrtheater. Die spanische Fliege.
Schiller O. Die beiden Leonoren.
Schiller Charlottenburg. Die
 Maschinenbauer.
Theater des Weidend. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Wie einst im Mai.
Stines. Jethen Weib.
Thalia. Die Langoprinzeßin.
Heidberg. Der Regimentspapa.
Friedrich-Wilhelms-Theater.
 Fräulein Trullala.
Hotel. Romeo und Julia.
Kaffee. Die alte Webern.
Herrnsfeld. Die von oben und unten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Spalla. Der Stolz der 3. Kom-
 pagnie.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Saffien. Des Löwen Erwachen.
Walhalla. Tangoheber.
Folies Caprice. Café Pingsheim.
 Der Heiratstag. Meyersteins.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volks-Theater. Frau
 Warrens Gewerbe.
 Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Berliner Glaspalast. Im Krug
 zum grünen Kranz.
Eines Nollendorfer-Theater. Variété.
 Lichtspiele.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O. Schiller-
 Theater.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
Schiller-Theater Chariten-
 burg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Glück im Winkel.
Theater in der Königgrätzer Straße
 7 1/2 Uhr:
König Richard III.
Komödienhaus.
 8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
 8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Deutsches Künstlertheater
 Sozietät.
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
 Kasse: Nollendorf 1333.
 Abends 8 Uhr:
Schirin u. Gertraude.
 Sonnabend 8 Uhr: Der Raub
 der Zabinrienen.
Friedr.-Wilhelmst. Theater.
 Anfang 8 Uhr:
Fräulein Trullala.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.
Residenz-Theater
 8 Uhr:
Der Regimentspapa.
ROSE-THEATER
 Rose Brandenburger Str. 132.
Romeo und Julia.
 Szenenspiel in 5 Akten von
 Shakespeare.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonnab. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.
 Abds. 8. u. 11 Uhr: Die Königin d. Detektel.
Reichshallen-Theater
Stettiner Säger
Unsere süßen
Dienstmädel.
 Variété u. Revue
 Anfang 8 Uhr.
 Nächsten
 Sonntag, nachm.
 3 Uhr:
„Manöver-Wine“.

Theater am Nollendorferplatz 5.
 8 Uhr: **Russisches Ballett.**
 Thamar, Geist der Ross, Polowetzker
 Tänze, Kleopatra.
Casino-Theater
 Lotzbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr
 Wason sprechen die Berliner?
 von „Die alte Webern“
 Werder leben die Berliner?
 Heber „Die alte Webern“
 Robin lauten die Berliner?
 Ju „Die alte Webern“
 Sonntag, 4 Uhr: Im Rausch d. Lebens.
Voigt-Theater
 Badstraße 38.
 Freitag, den 20. März 1914:
Das Leben und Lieben einer Sopranistin.
 Rom. u. Oberl. 3 Akte v. Mari-Dassler.
 Aufführung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
 Sonntag, 1. Mittm., 25. März, Benefiz
 f. Eg. Weidlich: Im Rausch d. Lebens.
Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater.
 8 1/2 Uhr: Künstlerfest, veranstaltet
 von den Mitgliedern der Vereinigten
 Berliner Volksbühnen.
Walhalla-Theater.
 Täglich 8 1/2 Uhr: **Tangoheber.**
 Hr. Goffe u. Oberl. u. Lang in 3 Akten
 von E. Irban. Musik u. Hugo Dieck

URANIA
 Taubenstraße 40/48.
 8 Uhr:
 Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
Metropol-Theater.
 Abends präzis 7 Uhr 55:
**Die Reise um die Erde
 in 40 Tagen.**
Trionon-Theater.
 Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
 Sonntags 3 Uhr: Die Siebe wacht.

Zirkus Alb. Schumann.
 Heute Freitag, den 20. März,
 abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
 Auftr. der gesamten März-Attrakt.
 Um 9 1/2 Uhr:
 Das große Ausstattungsstück
 in 7 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
 Besonders hervorzuheben:
 1. Das Verbrechen am
 Tunnel. 2. Station Lin-
 colnshire. Verladung
 des Favoriten.
 Zum Schluß
Flucht d. Rennbesucher
 bei strömendem Regen.

Theater a. d. Weidendammerbrücke
 8 Uhr: **Der müde Theodor.**
Aufflös. d. Zirkus Busch a. 31. März.
Zirkus Busch.
 Heute Freitag, den 20. März,
 abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
 u. a.: **Mad. Garnier** mit
 ihrem sensationellen Sprung aus
 der Zirkuskuppel. **Die Bale**
Troupe, Kunsttrabfahrer. **The**
Revels, größte Medtuner.
 Zum Schluß:
„Pompeji“.
 Orig. Ausstattung-Gantomime d.
 Zirkus Busch in 5 glänzenden Akt.
 Sonntag, nachmitt. 3 1/2 Uhr: 1. Akt
 frei. Auf vielseitigen Wunsch die
 Hauptakte d. Kunst-Band. Pompeji.

Gesangver. Kreuzberger Harmonie
 M. d. D. A.-S.-B. - Chorleiter Franz Bothe.
**Sonntag, den 22. März, im großen Saal der
 Neuen Welt, Hasenheide 108-114:**
Frühjahrskonzert
 unter Mitwirkung
 des Konzertängers **Georg Funk** und des **Berliner
 Konzerthaus-Orchesters** - Dir. **Franz von Bion**
 40 Musiker.
 Eröffnung 5 1/2 Uhr. - Anfang präzis 6 1/2 Uhr.
PROGRAMME
 (im Vorverkauf 60 Pf.) sind zu erhalten bei **Hersch**, Zigarren-
 handlung, Engelauer 15; **Pingel**, Rest. Böckstr. 7; **Steudel**,
 Rest. Jahnstr. 19; **Rabs**, Rest. Fichtestr. 23, sowie bei
 sämtlichen aktiven Mitgliedern. 58/8

„Clou“ :: Berliner ::
 Konzerthaus
 Mauerstraße 22 - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirigent:
Franz v. Bion.
 Musikkorps des 1. Garde-Regiments. Dirigent: **Obern. Saarz.**
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
 Wochentagen: Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
Montag, den 23. März 1914, abends 8 Uhr:
Doppel-Konzert
 des auf 60 Künstler verstärkten
Blüthner-Orchesters
 und des
Namenlos (A.-S.-B.)
 Gesangsvereins
 Chor- u. Orchesterdirigent: **Emil Thilo.**
 Programm u. a.: Wagner - Brahms - Liszt - Grieg.
Entree 30 Pf.

Berlin-Wilmersdorf
 am Fehrbelliner Pl.
 Ecke Mannheimer und
 Brandenburgische Straße
 Haltest. d. elektr. Straßenb.
 - Nur kurze Zeit -
Zirkus
Barum-
Schau.
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:
 Das grandiose Programm
 mit 22 Weltattraktionen.
 Morgen Sonntag, 21. März:
brillante
2 Vorstellungen
 nachmittags 4 Uhr,
 abends 8 1/2 Uhr.
 In der Nachmittags-Vor-
 stellung ein **ungekürz-**
tes Abend-Programm
 zu klein. Preis f. Erwachsene
 u. Kinder unter 12 Jahren.

Admiralpalast.
 Eis-Arena.
 Täglich:
Die lustige Puppe.
 Großes Ballett auf dem Eis.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Passage - Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
 Der größte Mensch, der je
 gelebt! 160 mm größer als
 Machow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

WINTERGARTEN
 765
Olga Desmond
 und eine Auswahl
 hervorragender Kunstkräfte!
 - Rauchen gestattet! -
Apollo-Theater.
 Tel.: Lützow 2767.
 8 Uhr. Zum 91. Male: 8 Uhr.
Der Stolz d. 3. Kompagnie
 mit
Hartstein.
 Rauchen ohne Pause!
 Rauchen gestattet!

Folies Caprice.
 Zum 50. Male:
Café Pingsheim
Der Heiratstag
Meyersteins

Gala-Lichtspiele
 Schöneberg
 Hauptstraße 48.
 Die
Geburt d. Marseillaise
 (Das Kriegslied der Rheinarmee)
 illustriert durch melodramatischen Ge-
 sang der bekannten Künstlerin Julie
 bei Gapp-Lings in den Hauptrollen:
Wanda Treumann und
Viggo Larsen.

Parteiangelegenheiten.

Jugendsektion des 5. Kreises. Am Sonntag, den 22. März, findet eine Partie nach Potsdam, Schwielowsee, Ferch, Rieghendorf statt.

Reutkalla. Zu der am Sonntag, den 22. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Reutkaller Theater“ stattfindenden Theatervorstellung „Der Kaufmann von Venedig“...

Röpenitz. Morgen Sonnabend, abends 7 Uhr ab, findet von den bekannten Stellen aus für die Stadtverordneten-Ergebniswahl eine Flugblattverbreitung statt.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 21. März, abends 8 Uhr, im Lokale von Otto Baetich, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes.

Hohen-Schönhausen. Vierundzwanzig Mark sind von den Arbeitern der Firma H. Heise, die als Kratzspende für die Märzgefallenen bestimmt waren, an den Elternverein hierüber abgeführt.

Zegel. Zu der am Sonntag, den 22. März, stattfindenden Veranstaltung der Zentralanlagen der Konjunktionsgesellschaft in Lichtenberg, treffen sich die Teilnehmer früh um 8 1/2 Uhr an der Endstation der Strohenbahn.

Königsental, Zepernick, Buch. Morgen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von August Lange, Siemensstraße 9/10: Generalversammlung. Vor Eröffnung: Beitragszahlung.

Für den Bezirk Buch findet am Sonntag früh 8 Uhr vom Lokal Alex Piotrowski eine Flugblattverbreitung zur Gemeindefestwahl statt. Die Stichwahl erfolgt am Dienstag, den 24. März, nachmittags von 6-9 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Die Klatschsucht.

Hast täglich findet man in dem Inseratenteil der Presse ein Inserat, in dem Frau X. die beleidigenden Äußerungen gegen Frau Y. mit Bedauern zurücknimmt und Frau Y. für eine ehrenhafte Frau erklärt. Der Leser, der tiefer in das Leben blickt, ahnt gewiß, wieviel Verdruss, Haß, Groll und Verbitte...

Viele Leute meinen, daß der Klatsch nur in der Kleinstadt und in Dörfern den geeigneten Boden finde, daß in der Stadt und dem ewig stulenden, wechselnden Leben der Großstadt mit ihren riesigen Mietshäusern kaum Zeit und Gelegenheit bliebe, zu klatschen und zu tratschen. Und dennoch blüht die Klatschsucht — frisch und fröhlich — auch in Berlin.

Die tägliche Erfahrung lehrt es. Unzählige Gerichtsfälle haben gezeigt, daß arme, hilflose Kinderchens von Radeneltern mehrere Jahre lang in unmenschlicher Weise geprügelt und maltratiert werden können, ohne daß sich jemand aus der Nachbarschaft einmische.

Wie leicht jemand durch Klatsch nicht nur um seinen guten Ruf, sondern obendrein noch um seine Existenz kommen kann, beweist ein Fall, der vor nicht allzu langer Zeit das Kaufmannsgericht beschäftigte. Die schickliche Kleidung einer Verkäuferin hatte den Verdacht ihrer Kolleginnen erregt, und sie ruhten nicht eher, als bis der Chef davon Kenntnis erhielt, der das betreffende Fräulein sofort entließ, da sie sich — nach seiner Meinung — von ihrem Gehalt nicht so gut kleiden könne.

Wer die vergiftende Tätigkeit solcher elenden Rastermäuler in ihrer ganzen Bedeutung kennen lernen will, der besuche einmal die Verhandlungen vor einem Schöffengericht. Nicht, daß sich der Klatsch etwa auf einzelne Schichten der Bevölkerung beschränkte; er ist in der Hautevolee genau so zu Hause wie in den ärmsten Stadtvierteln.

„Der ist die schlimmste Klatschbabe aus der ganze X-Straße, vor die hat kein Mensch Ruhe, der können Sie mir glauben, Herr Richter,“ sagt eine ältere Frau ganz empört und wirft der Beklagten einen grimmigen Blick zu. Man könnte es fast gar nicht glauben, daß das kleine schwächliche Fräulein, mit dem Vergnügensträubchen auf dem Hute eine solche Giftröhre sein soll. Da rückt aber schon eine stattliche Reihe Jungen auf, fast lauter Frauen, die alle dasselbe Mägelied singen und in manchmal äußerst drohtischen Worten die Beklagte charakterisieren.

einen starken Stich ins Krankhafte. Ganze Häuser hat sie verhebt, alte Freundschaften getrennt und in friedliche Ehen den Keim des Mißtrauens, der Eifersucht gesät. Ihr Verteidiger ist um diese Klientin nicht zu beneiden. Er kämpft für eine verlorene Sache. Der Anwalt beantragt vier Wochen Gefängnis. Es sei einmal eine exemplarische Strafe nötig, um der Angeklagten Achtung vor dem Hausfrieden und dem Familienglück einzelner Personen oder Familien beizubringen.

Der nächste Fall betrifft zwei Geschäftsleute, von denen der eine den anderen der Lebensmittelfälschung beschuldigt hat — aus Konkurrenzneid. Auch hier ergibt sich die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigung. Der Beklagte nimmt dieselbe mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, zahlt eine größere Summe in die Armenkasse und muß obendrein noch eine Ehrenerklärung in einer bestimmten Zeitung veröffentlichen.

In der nächsten Sache hat sich ein Hausverwalter wegen Beleidigung einer alleinstehenden Mieterin aus seinem Hause zu verantworten. Er hatte erfahren, daß zu der betreffenden Dame öfter ein Herr komme und diese Nachricht erschütterte sein sittliches Gleichgewicht, und da er sich nicht nur als Haus-, vielmehr auch als Neuschicksverwalter fühlte, so mußte er eingreifen, mit dem Erfolg, daß er einige Zeit später sich wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Der Herr, der die Dame so oft besucht hat, war ihr — Bruder.

Und die Moral? Man halte strikte daran fest, Privatangelegenheiten als solche zu betrachten, die niemand etwas angehen als die betreffenden Personen selber. Man wende seine Interessen Fragen zu, die von allgemeiner Bedeutung sind; die bilden, erheben und die Klasse fördern. Dem Rastermaule Verachtung!

Besonders im Proletariat muß die Giftblume der Verleumdung möglichst ausgerottet werden, auf daß es einig und kampfbereit des Gegners harre!

Aus der Beratung des Stadthaushaltetat.

Die Stadtverordnetenversammlung fehle gestern die Spezialberatung des Etats fort. Sehr lange wurde bei dem Kapitel Krankenhäuser verweilt, das ja von jeher ein „Schmerzkind“ unserer Stadtverwaltung gewesen ist. In der ersten Lesung des Etats hatte der Kammerer angekündigt, daß der Verpflegungssatz bald wieder mal erhöht werden müsse. Gegen diese Absicht wandte sich gestern Genosse Wenl mit dem Hinweis, daß jede weitere Verpflegungserhöhung besonders den sogenannten „Mittelstand“, die kleinen Gewerbetreibenden, empfindlich treffen werde. Er berührte auch die leidige Verfügtungsfrage, die durch die Tätigkeit der famosen „Reformkommission“ wieder mal „brennend“ geworden ist. Die Stadträte Selberg und Strahmann wollten glauben machen, daß man nicht zu knausern, sondern nur vernünftigeren Ernährungsgrundsätze einzuführen sich bemüht habe. Eine hitzige Debatte entbrannte wegen des Planes einer ambulanten Behandlung von Geschlechtskranken, der zwei besondere Assistenten am Birchow-Krankenhaus erfordert. Zum Sprachrohr der Privatärzte, die sich von einer unerwünschten Konkurrenz bedroht fühlen, machte sich Stadtverordneter Sonnensfeld. Er warnte vor diesem „ersten Schritt auf einem sehr gefährlichen Gebiet“, fand aber keine Mehrheit für seine Vorschläge. Aus dem weiteren Verlauf der Etatberatung sei noch hervorzuheben die Erörterung über die Zwangsphtographierung der Kassenbeamten. Daß es sich dabei tatsächlich um einen Zwang handelt, stellte unser Genosse Cohn fest, der dieses schon im vorigen Jahre geäußerte Verfahren erneut zur Sprache brachte. Kammerer Böß antwortete, man fordere doch sonst immer von der Stadtverwaltung die Verfolgung „kaufmännischer Grundsätze“, hier habe sie mal die Praxis der Banken befolgt. Das sollte kein „Witz“ sein. — In einer für Dienstag angelegten Extratsung wird die Etatberatung fortgesetzt und beendet werden.

Im ersten Teil der gestrigen Sitzung wurde über den aus dem Ausland zurückkommenden Antrag auf Hinzuziehung von Frauen zur Waisendeputation verhandelt und beschlossen. Wie sie möglich sei, darüber wurde noch einmal eingehend debattiert. Daß sie allgemein für notwendig gehalten wird, kam in den gefaßten Beschlüssen zum Ausdruck.

Ein trostreiches Ostergeschenk für die Kleinen.

Die Feiertage sind noch etwas fern, aber wer Kinder hat, legt sich doch die Frage vor: was schenke ich ihnen? Es soll ihnen Freude bereiten, aber so wenig wie möglich kosten. Viel kann man nicht ausgeben, denn die Zeiten sind nicht glänzend. Da trifft es sich herrlich, daß man in einer Berliner Zeitung folgendes Inserat emblet:

Auf Wunsch der Frau Kronprinzessin herausgegeben. Die Kronprinzlichen Kinder in Danzig-Langfuhr. Es prächtige und wohlgeleitene, in Liedrud wiedergegebene Aufnahmen der kronprinzlichen Kinder, von welchen eine von der Frau Kronprinzessin selbst aufgenommen wurde. Das vornehm ausgestattete Werkchen, welches ganz besonders als

Ostergeschenk für die Jugend zu empfehlen ist, wird überall große Freude bereiten. Es kostet nur 1,10 M. postfrei.

Also wer nicht zu tief im Druak ist, der lauft seinen Kindern als Ostergeschenk die elf in Liedrud wiedergegebenen prächtigen und wohlgeleitene Aufnahmen der kronprinzlichen Kinder. Es ist keine Rede, aber es ist doch „iäh“, zu sehen, wie die erlauchten Kinder am Strande buddeln, wie sie auf ihren Bänken reiten und wie sie überhaupt die schönen Sommertage in Danzig-Langfuhr verbringen. Das Album wird überall große Freude bereiten und den schmerzlichen Gedanken vergessen lassen, daß man seine eigenen Kinder nicht einmal für ein paar Tage in eine Sommerfrische schicken kann. Nur demjenigen ist nicht zu helfen, dem ein solches Album in dieser Welt der „gottgewollten“ Gegensätze weder Trost noch Freude bereitet.

Eine günstige Gelegenheit.

Volle Kirchen sind in dem „Sündenbabel“ Berlin etwas Seltenes. Nicht mal ein Pastor eine gefüllte Kirche vor sich, so wird er pflichtgemäß das nach Kräften ausnützen. Konfirmationsfeiern gehören zu den Anlässen, die den Pastoren solche Gelegenheiten bieten. Wenn ein Junge oder ein Mädchen konfirmiert werden soll, dann muß aus der Verwandtschaft und Bekanntschaft „alles, was Kopf und Krugen hat“, dabei sein. Auch so mancher, der sonst den Teufel was nach Kirche und Pastor fragt, will dem Jungen oder dem Mädchen zuliebe nicht wegbleiben. Da wird dann ein Pastor, der seine Sache versteht, diesen ungläubigen Gästen mal ein

bisshen aus Herz zu greifen versuchen. In der Melanchthon-Gemeinde hat der Pastor Steiniger bei einer vor einigen Tagen abgehaltenen Konfirmationsfeier den glücklichen Umstand, daß die Kirche gut besetzt war, noch in anderer Weise auszunutzen sich bemüht. Nach Schluß der Feier empfahl er die am Kirchenausgang aufgestellten Sammelbüchsen dem besonderen Wohlwollen der Teilnehmer an diesem Gottesdienst, indem er mit drastischen Worten, die Verwunderung hervorriefen, ihnen auch an den Selbstbeutel zu greifen versuchte. Er habe, sagte er, soeben 115 Kinder eingepflegt; da hoffe er, nachher in den Sammelbüchsen auch 115 Mark zu finden. Man hat uns leider nicht angeben können, welchem Zweck diesmal die Kollekte dienen sollte. Wenn sie, wie wir vermuten, für die Armen bestimmt war, so ist denen ein möglichst hoher Ertrag gewiß zu gönnen. Selbstverständlich wird auf das Scherlein der vielen Ungläubigen, die an Konfirmationstagen auch mal in die Kirche kommen, ebenso gerechnet wie auf das der paar Gläubigen, die der Pastor als liebe Stammgäste kennt. Die Bedürftigen und Kollektenden der Melanchthongemeinde werden, wie man zu sagen pflegt, ihrem Schöpfer danken, daß es auch dort noch Leute gibt, die ihre Kinder, sogar gegen ihre eigene Ueberzeugung, konfirmieren lassen. Bei solcher Gelegenheit kommt mit Hilfe der Ungläubigen, die gegen ihre Ueberzeugung mit in die Kirche gehen und sich als „Stiaffage“ hergeben, wenigstens wieder mal ein bißchen Geld in den Armenjüdel der Kirche.

Telephonbesitzer, Vorsicht! Eine Berliner G. m. b. H., die sich „Aeriform“-Telephon-Desinfektions-Gesellschaft nennt, operiert zurzeit in folgender Weise:

Sie bittet in der bekannten Art, ihren Vertreter zu dem Herrn Telephonbesitzer schicken zu dürfen. Der Vertreter kommt. Er redet viel, lange und gut. Besonders, wenn „nur“ die Frau des Telephonbesitzers zu Hause ist. Der Vertreter weiß die Worte so geschickt zu setzen, daß der Eindruck erweckt wird, zur Desinfektion des Telephons werde am Apparat eine überaus kostspielige Vorrichtung angebracht! Er ruht nicht, bis er seinen Auftrag weg hat. Vor allem aber die berühmte Unterschrift! Am liebsten gleich für 3 (drei) Jahre. Mindestens aber für 1 Jahr! Monatlich wird zweimal „desinfiziert“. Das kostet 1 M. jeden Monat. Der Vertreter erntet also seinen Auftrag von 36, mindestens aber 12 M.! Zumal wenn „nur“ die Frau zu Hause war.

Der „Desinfektor“ kommt. Er nimmt ein Köppchen und reibt eine Priße „Aeriform“ ans Sprach- und Hörrohr des Telephons. Kostenpunkt 50 Pf., „reeller“ Wert: 1 Pf.

Der glückliche Telephonbesitzer schreibt der fingen G. m. b. H. in Berlin W., daß er sich betrogen fühlt. Als Antwort erhält er einen Brief, der nicht mit Rosenöl, nicht einmal mit „Aeriform“, geschrieben ist. Die G. m. b. H. spielt sich auf und droht mit Klage. Alle Unternehmungen, bei denen etwas faul ist, pflegen sich aufzuspielen und mit Klage zu drohen! Kengstliche Gemüter lassen sich einschüchtern und zahlen weiter — zahlen — zahlen! Die „Aeriform“-G. m. b. H. aber blüht, gedeiht und „desinfiziert“... Telephonbesitzer, Vorsicht!

Ein blutiges Ehedrama.

In der Hause Brannenstraße 103 spielte sich gestern morgen ein blutiges Ehedrama ab. Der 40 Jahre alte Arbeiter August Brandt feuerte auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau drei Revolverkugeln ab und jagte sich dann mehrere Kugeln in den Kopf.

Aus verschiedenen Gründen lebten die Eheleute von einander getrennt. Der Mann versuchte wiederholt, sich seiner Frau wieder zu nähern, wurde aber abgewiesen. Kürzlich nahm ihn die Polizei schon einmal in Schutzhaft. Aber Brandt ging nach seiner Entlassung wieder nach der Wohnung seiner Frau. Gestern morgen ereignete sich das Unglück. Um 8 Uhr früh klopfte er an die Tür der Wohnung. Das kleine Kind öffnete. Er trat sofort auf seine Frau zu und verlangte von ihr drohend zum letzten Male eine Wiedervereinigung. Als die Frau auch jetzt ablehnend antwortete, zog er einen Revolver aus der Tasche und feuerte drei Schüsse auf sie ab. Eine Kugel drang der Frau in den Kopf, eine zweite in die Brust und die dritte in den Unterleib. Dann richtete er die Waffe gegen seine rechte Schläfe und drückte zweimal ab. Mann und Frau brachen besinnungslos zusammen. Die Schwester der Frau hatte das Unglück, daß sie sehr schnell abhielte, nicht verhindern können. Sie holte einen Arzt und die Polizei herbei. Nach Anlegung von Notverbänden wurden die beiden lebensgefährlich verletzten Eheleute weggebracht. Die Frau nach der königlichen Klinik, der Mann als Polizeigefangener nach der Charité.

Die Leiche eines wenige Tage alten Knaben wurde in dem Hause Alt-Stralau 70 von einem Maler, der in einer leerstehenden Wohnung Malerarbeiten zu verrichten hatte, aufgefunden. Als er in einem der Zimmer die Decke löschte, sah er auf dem Ofen eine in Lumpen gehüllte Kindesleiche, die bereits seit dem 26. Februar auf dem Ofen gelegen hatte. Die Ermittlungen ergaben, daß das Dienstmädchen B. heimlich einem Kinde das Leben geschenkt und dann den Säugling erdrosselt hatte. Als die Herrschaft dann unmittelbar darauf aus der Wohnung herauszog, verdeckte es die Leiche auf dem Ofen. Das junge Mädchen wurde verhaftet.

Die Polendemonstrationen in der St. Paulus-Kirche haben jetzt zu zwei Verhaftungen geführt. Die Verhafteten sind der Damenschneider Kaczmarek und der Malermeister Slomski, die an der Demonstration beteiligt waren. In polnischen Kreisen fällt besonders die Verhaftung des Malermeisters Slomski auf, der gar keinem polnischen Verein angehört und seine Arbeit in deutscher Sprache für die Kommunikation hat vorbereiten lassen.

„Die Küche im Rai“ nennt sich eine Kochkunst-Ausstellung, die von den ersten Vereinigungen der Berliner Verursachende vom 6. bis 17. Rai im „Clou“ abgehalten wird. Die Veranstaltung wird insofern noch ganz neuen Prinzipien durchgeföhrt werden, als man dem Publikum nicht nur Schaustücke vorführen, sondern ihm auch im weitesten Umfang Gelegenheit geben wird, die angebotenen Speisen sofort zu proben bezw. käuflich zu erwerben.

Bei der städtischen Badeanstalt an der Schillingbrücke ist am Montag das zwecks Umbaus geschlossene Schwimmbad wieder dem Verkehr übergeben worden. Es steht nunmehr auch in dieser Anstalt, ebenso wie in der Anstalt Gerichtstraße, sowohl für die männliche, wie auch für die weibliche Bevölkerung je ein besonderes Schwimmbad ununterbrochen während des ganzen Tages zur Verfügung.

Wer ist die Tote? Die Leiche eines jungen Mädchens von etwa 17-20 Jahren wurde gestern bei Spandau in der Havel gelandet. Sie hat nach ihrem Aussehen schon längere Zeit im Wasser gelegen. Die unbenannte Tote ist ungefähr 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug ein grünes Jackett mit gelben Knöpfen, einen schwarzen Rock, eine weiß-blau punktierte Bluse mit blau-roten punktierten Vorste, schwarze Schürzlöhle und weiße Wäsche ohne Rechen. Zwei Taschentücher, die man bei der Leiche fand, sind C. G. gezeichnet. Außerdem fand man in den Taschen ihrer Kleider eine U. L. G. 4 gezeichnete Matrosenkleide des Schiffes S. M. Rheinland und eine Blechdose mit einer Perlmutterkassette.

Der Gesangverein Kreuzberger Harmonie hält am Sonntag, den 22. März, in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide sein erstes Frühjahrskonzert unter Mitwirkung des Berliner Konzertorchesters (Dir.: Franz Wion) ab. Eröffnung 5 Uhr. Das Programm kostet im Vorverkauf 60 Pf.

Ein arbeitslos gewordener Tischler verlor am Mittwochabend auf dem Bahnhofsplatz in der Hasenheide sein Portemonnaie mit 24 M. Inhalt. Der Finder wird um Abgabe gebeten an Paul Leid, Briegner Straße 9.

Vorortnachrichten.

Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und geheime Stadtverordnetenwahl.

Die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg hat den Beschluss gefasst, den Magistrat zu ersuchen, gemeinsam mit ihr bei den beiden Häusern des Landtages um Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen zu petitionieren. Der Magistrat ist diesem Beschluss beigetreten und hat in einer längeren Eingabe an das Abgeordnetenhaus und Herrenhaus um die Aufhebung des Hausbesitzerprivilegs und um Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen gebeten.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung erledigte diesmal die Beschlüsse im Sitzungssaal. Allein bei der Beratung der Rechnungsabgrenzung für das Jahr 1911 kam es zu einer heftigen Diskussion. Der Berichterstatter Schulz hatte vor allen Dingen bemängelt, dass eine Kontrolle der Einnahmen bei der nachträglichen Prüfung unmöglich sei, da nur die Einnahmen gebucht werden, die tatsächlich erfolgt sind. Der Magistrat wird ersucht, in Zukunft größere Sorgfalt darauf zu verwenden und alles, was die Stadt an Einnahmen zu erwarten hat, auch als Einkommensposten anzuführen. Er wünschte, dass die Stadt für abhandlungsgelommene Garderobe in den Schulen vollen Ersatz leisten möge. Außerdem werden die zweiten Lesungen der Vorlagen über die nötigen Entlohnungen am Rechner und am Schreibkellner nach dem Vorschlag des Magistrats und des Finanzsausschusses angenommen. Ein Zuschuss von 3000 M. in drei Jahresraten für die Olympiade wird ohne Debatte erledigt. Bei der zweiten Lesung des Etats für 1914 schlug namens der freien Fraktion Stadtverordneter Drose vor, die Grundwertsteuer von 2,5 bzw. 5 pro Tausend auf 2,4 bzw. 4,8 pro Tausend zu ermäßigen und den dadurch entstehenden Ausfall zu decken, indem die Asphaltierung der Lüpfeldorfer Straße auf das nächste Rechnungsjahr verschoben wird. Da die liberale Fraktion sowie der Magistrat diesem Kompromiss zur Erleichterung der armen Grundbesitzer zustimmten, wurde darauf der Etat für 1914 en bloc angenommen. Damit ist die Erhöhung des Steuerzuschlags auf 110 Proz. perfekt geworden. Ueber die Petition betr. Aufrechterhaltung der städtischen Fleischhalle ging man bei der Gelegenheit zur Tagesordnung über, weil, wie der Vorsteher mit gebotener Stimme mitteilte, die Absicht auf Aufhebung der Fleischhalle bei niemandem besteht.

Lichterfelde.

Die zwischen dem Genossen Wenzel und dem Kandidaten der Beamtenvereinigung erforderliche Stichwahl findet am Mittwoch, den 25. März, von 8-8 Uhr, in den Lichterfelder Festhallen statt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, die kurze Spanne Zeit zur intensivsten Agitation auszunutzen. Am Wahltag selbst müssen alle verfügbaren Kräfte des Ortes um 8 Uhr bei Wahrensdorfer, Baekstraße, zum Schleppdienst sich einfinden, um die vorhandenen Rekruten heranzuziehen. Bei der jetzigen Situation ist der Sieg unseres Kandidaten durchaus möglich, wenn die Parteigenossen und Genossinnen energisch in den Wahlkampf eintreten.

Kalkberge, Ruderdorf, Tassdorf.

Wie die öffentliche Wahl die bürgerlichen Kandidaten vor dem Durchfall schützt.

Wie sehr die öffentliche Wahl die in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis stehenden Arbeiter und Beamten zu willenlosen Werkzeugen der Hochherren erniedrigt, zeigte die in diesen Tagen stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen oben genannter Orte. Für Kalkberge war die Wahl am 8. März um 8 Uhr angesetzt. Die Angst, die Sozialdemokratie könnte einen der ihren in das Gemeindeparlament entsenden und damit die Ruhe und Eintracht der bürgerlichen Vertreter in ihren Sitzungen stören, brachte ein ganzes Heer von Vergleuten auf die Beine. Nicht aus innerer Ueberzeugung gingen diese Leute zur Wahl, um gegen die Interessen ihrer Klasse zu votieren, sondern unter dem Zwang und der Aufsicht der Herren Steuer- und Obersteiger. Galt es doch, einen Obermeister Klingler, Mitglied des Vorstandes der Fortschrittspartei Niederbarnims, zu wählen. Unter diesen Umständen war es kein Wunder, dass auf diesen 186 Stimmen entfielen, während für unseren Kandidaten nur 43 Stimmen abgegeben wurden. Wie sehr die Vergleute diesmal zur Stimmabgabe gepreht wurden, beweist die Tatsache, dass bei der Wahl vor zwei Jahren der bürgerliche Kandidat nur 21 Stimmen erhielt. Damals hatte dieser Herr allerdings keinen Gegenkandidaten.

In der Gemeinde Ruderdorf fand die Wahl Sonntagmorgen um 9 Uhr statt. Hier galt es, dem Recht die Ehre zu geben und die Partei des abgelagerten Gemeindevorstehers Klemens herauszuwählen. Auch hier wurden die Vergleute benutzt, der neuen Richtung zum Siege zu verhelfen. Auf unseren Kandidaten entfielen 45 Stimmen. Am gleichen Tage wurde auch in Tassdorf gewählt. Hier waren es keine Vergleuten, die ihre wirtschaftliche Macht auch in politische Macht umsetzen zu können glaubten, sondern der allmächtige Besitzer der Zementfabrik, Arbeiter, Glanzarbeiter, Meister, Kantineninhaber, Insassen der Klettschloßern, alles wurde an den Wahltag gebracht, um den Meister Gonschorek gegen den vom Bürgerverein aufgestellten Kandidaten Bräsemeister herauszuwählen. Hinter den Arbeitern, die herangeschleppt wurden, stand jedesmal ein Vorarbeiter, der die Stimmabgabe kontrollierte. Schlimmer kann nirgends, selbst in Ostpreußen, die freie Willensbestimmung der Wähler beeinflusst werden, wie das hier geschehen ist.

Ober-Schöneweide.

Die letzte Gemeindevertreterwahl galt der Beratung des Etats. Da mit den bisherigen Steuerhöhen die erforderlichen Mittel nicht aufzubringen waren, mussten neue Einnahmequellen erschlossen werden. Die Staatskommission glaubte mit Recht von einer Erhöhung des Einkommenssteuerzuschlags absehen zu müssen und den Rechtsbedarf im wesentlichen der am Orte ansässigen Großindustrie in Form einer Erhöhung der Sätze der besonderen Gewerbesteuer auszuwerfen. Nebenher war eine Erhöhung des Schulgeldes für das Realschulhaus sowie der Hundesteuer in Vorschlag gebracht. Die Einführung einer Filialsteuer hat bereits die Zustimmung der letzten Sitzung erhalten. Herr Direktor Peters von der AGG, machte der Vertretung gleich eingangs der Beratung den Vorwurf, dass die leichtfertig Ausgabenposten erhöhe, nur weil die Industrie ja die Kosten

zahlte; er vertieg sich zu der Deutung, als Minderheit bei der Aufsichtsbekanntmachung über ein solches Beginnen zu erheben. Für die sozialdemokratische Fraktion legte Genosse Grundow entscheidende Verwahrung gegen diese Annahme ein; die Staatsanwaltschaft stellt nur das Mindeste dessen dar, was eine Industriegemeinde in bezug auf öffentliche Wohlfahrts- und Gesundheitspflege zu leisten habe. Wenn im Staatsanwaltschaftsbericht die Mittel für den Bau einer Gemeindefesthalle erscheinen, so nähme die Fraktion vorläufig nur Abstand von einem dahingehenden Antrag, weil die Vorlage eines solchen Projektes ihr für die nächste Zeit ungefragt sei. Wegen der Stimmen der 1. Klasse fanden dann die Positionen für die Dotierung des Pensions- und Pflichtenfonds wesentliche Erhöhung, ebenso die Position für Steuerzuschläge, welche infolge der Einsprüche der Großindustrie in nächster Zeit in besonders großem Maße zu erwarten sind. Einen weiteren Anlauf nahm die erste Klasse durch Herrn Peters gegen den Vorschlag der Staatskommission, den Einnahmeposten von 27 000 M. aus den zu erwartenden Ueberschüssen des Vorjahres zu streichen; der besoldete Schöffe Dr. Kühn und Genosse Grundow bekämpften lebhaft eine solche ungesunde Finanzgebarung; auch hierin wurde die 1. Klasse überstimmt. Ein Antrag des Vaterländischen Frauenvereins um Erhöhung der Beihilfe für seinen Kinderhort gab dem Genossen Schwarzburger Gelegenheit, diese Art der Privatwohlthätigkeit einer Kritik zu unterziehen und die hierfür bei der Mehrheit bestehende Bereitwilligkeit in Parallele zu stellen mit der Tatsache, dass man der Treptow-Servicemänner nur gegen 10 M. mehr bewilligen wollte. Den ablehnenden Standpunkt unserer Genossen zur Erhöhung des Schulgeldes begründete Genosse Grundow mit dem Hinweis darauf, dass man den Klassencharakter der höheren Schule nicht noch vergrößern soll, zumal ja auch weniger bemittelte Eltern ihre Kinder dieser Schule zuführen; das Ziel einer Normierung mühe es sein, dieselbe zum Allgemein- oder aller zu machen. Die besondere Gewerbesteuer fand nach den Vorschlägen eine Erweiterung, und die Hundesteuer wurde von 20 auf 30 M. erhöht. Der Antrag unserer Fraktion auf Aufhebung der Besteuerung der Einkommen bis zu 900 M. wurde abgelehnt, ebenso der vom Genossen J. Metz begründete Antrag auf Abschaffung der Biersteuer. Die Anregung des Genossen Grundow, für Errichtung der 2. Apotheke die Initiative zu ergreifen, wurde dahin beantwortet, dass bereits das Erforderliche veranlasst sei. Beim Friedhofsausschuss wurde zur Kenntnis gebracht, dass die durch Anträge unserer Genossen veranlasste Abänderung der Friedhofsanordnung genehmigt sei. Das Projekt der Errichtung einer Volkshochschule größeren Stiles ist wegen der ca. 700 000 M. betragenden Kosten einstweilen zurückgestellt. Da in der Frage der besseren Entschädigung für die Schulreinigung die Anregungen unserer Genossen keine Zustimmung fanden, stellten dieselben für die nächste Zeit dahingehende Anträge in Aussicht. Bei der Gesamtbestimmung stimmte mit unseren Genossen die vergrößerte 1. Klasse gegen den Etat, so dass derselbe nur mit 14 gegen 11 Stimmen zur Annahme gelangte. Das Ergebnis löste große Heiterkeit aus, bei regelrechter Besetzung wäre die Ablehnung des Etats erfolgt. Man sieht, dass auch die Kreise, welche sonst über die negative Politik der Partei fern, so etwas fertigbringen, wenn die Politik ihren Geldsachinteressen zuwiderläuft.

Neuföhren.

Am Sonntag, den 22. März, findet in den Gelfor-Nachtspielen, Vergl. 151/152, eine Amovorkstellung für Kinder statt. Zur Ausführung gelangt das Schauspiel „Wilhelm Tell“, eine Naturaufnahme und ein humoristischer Akt. Der Eintritt ist nur Kindern gestattet, der Eintrittspreis beträgt 10 Pf. Billets sind in den unten angegebenen Stellen zu haben. Anfang Punkt 12 Uhr.

Mittwoch, den 25. März, wird die Märchenvorstellung vom Sonntag wiederholt. Zur Aufführung gelangt das mit Beifall angenommene Märchen: „Warum der Frühling kommen musste“. Da am Sonntag wieder Hunderte von Kindern unledig wurden, ohne Einlös zu bekommen, empfiehlt es sich, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen. Saalöffnung 5 Uhr, Anfang 8 Uhr. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf. Billets sind zu haben im Sekretariat, Redakt. 8; Expedition Rohr, Siegfriedstr. 28; Restaurant Vork, Hermannstr. 49; Restaurant Brill, Böhmische Straße 44; Ledermann, Richardstr. 63; Rietsch, Wittenbruchstr. 86; Gutenschön, Welfenstr. 5; Voormann, Liederstr. 15; Schneider, Weisstr. 64; und bei den Bezirksspielleitern und -leiterinnen.

Volkstümliche Vorträge. Die im Programm für das Winterhalbjahr 1913/14 verankelten Vortragsabende etwährenden Vorträge durch das Institut für Meerestunde finden nicht statt. Für Dienstag, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, ist Herr R. Girde, Lehrer am Kaiser-Friedrich-Realschulhaus, zu einem Vortrag in der Aula der Realschule, Bobbinstraße, über seine „Reise nach Island“ verpflichtet worden. Durch eine Reihe von 100 Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen wird der ganze Weg von Sletting über Kopenhagen, Edinburgh, die Felsen der Färöer und Westmännerinseln nach Island veranschaulicht werden. Der Eintritt ist kostenfrei. Kindern sowie Schülern, auch in Begleitung Erwachsener, ist der Zutritt nicht gestattet.

Röpenitz.

Stadtverordnetenwahl. Am Montag, Dienstag und Donnerstag, den 23., 24. und 26. März findet für die dritte Abteilung eine Erziehungswahl statt. Alles Nähere erfahren die Wähler durch die amtlichen Karten, die ihnen vom Magistrat zugestellt werden. Sollte jemand verhindert sein, am Tage der Wahl, an dem er zu wählen hat, sein Wahlrecht auszuüben, so kann er an einem der beiden anderen festgesetzten Tage wählen. Kandidat ist Genosse Otto Rinkel.

Am Sonntag, den 22. d. Mts., veranstaltet der Bezirk Dannewald des Wahlvereins im Lokale von Köhnick, Hirschgärtnerstr. 1, einen Familienabend. Einleitend Vortrag über „Feuerbestattung“. Vortragender: Genosse Dr. Freund-Köpenitz. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein und Tanz. Anfang pünktlich 8 Uhr. Der Eintritt ist frei. Tanz 80 Pf. Gäste willkommen. Da die Einnahme vom Tanz dem Verein „Arbeiterjugendheim“ überwiesen werden soll, wird eine rege Beteiligung erwartet. Während des Vortrages werden für die Kinder im oberen Saale Märchen vorgelesen.

Grünau.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevertreterwahl ist es uns nicht gelungen, das Mandat zu behaupten. Auf unseren Kandidaten fielen 190 Stimmen, während der Gegner 246 Stimmen erhielt. Das war aber nur möglich, dass die zahlreich im Orte wohnenden Beamten zur Wahl herangeschleppt wurden und im staatsfeindlichen Sinne wählen mussten.

Remisendorf.

Die Gemeindevertreterwahlen für die 3. Klasse finden am Sonntag (22. März) und Montag (23. März) statt. Es wählen sämtliche drei Bezirke und zwar der erste Bezirk (umfassend den westlichen Ortsteil, den sogenannten Tegeleer- und Eichbornplan, sowie die Humboldtstraße 24-48 und die Veltener Straße (ausgeschlossen 1 bis 3) sowohl am Sonntag als auch am Montag in der Turnhalle der 2. Gemeindefesthalle, Auguste-Viktoria-Allee 114. Am Sonntag findet die Erziehungswahl statt. Kandidat ist der Genosse Franz Lange. Am Montag ist der in Folge Vernehmung der Gemeindevertreter Neuwählende zu wählen. Unser Kandidat ist der Genosse Heinrich Schulze. Am Sonntag findet ferner die Erziehungswahl im dritten (östlichen) Bezirk statt (Köpenitzstraße mit ihren Seiten- und Nebenstraßen — nähere Straßenangabe ist aus dem am Sonntag zur Verbreitung gelangenden Flugblatt zu erfassen). Diese Wahl findet in der Turnhalle der 4. Gemeindefesthalle am Hausdorferplatz statt. Kandidat ist der Genosse Paul Gursch. Im zweiten (mittleren) Bezirk (Residenz-, Paul- und Hauptstraße mit ihren Seiten- und Nebenstraßen sowie das Schweizerdortel) findet die Wahl am

Montag statt. Genählt wird im Restaurant Sagan, Residenzstr. 124. Kandidat ist der Genosse Paul Seife.

Gewählt wird am Sonntag: nachmittags von 2 bis 7 Uhr, am Montag: nachmittags von 3 bis 8 Uhr.

Genossen, nütze die kurze Zeit zu eifriger Agitation für unsere Kandidaten aus. Keiner darf am Wahltag fehlen. Es kommt auf jede Stimme an.

Neuenhagen (Ostbahn).

Einen herben Verlust hat die Partei des Ortes durch den plötzlichen Tod des Bezirksleiters Gustav Lubatsch erlitten. Vorher, rüftig und scheinbar gesund, leitete er noch unsere Gemeindevorbereitung ein und er wurde auch selbst als Kandidat einstimmig aufgestellt. Zur selben Zeit, als er gewählt wurde, schaffte man ihn ins Krankenhaus, wo er am Mittwoch verschied. Sein aufrichtiges Wesen, gepaart mit kraftvoller Energie, wird den Genossen ein leuchtendes Vorbild bleiben. Ueber die Beerdigung wird noch Näheres bekannt gemacht.

In der Gemeindevertreterwahl am 16. März wurde neben dem Herren Zitterbach und Schmidt Genosse Köseling in den Schulvorstand gewählt.

Alt-Landsberg.

Die Justiz im Dienste der Politik. Ueber dieses Thema referierte in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung Genosse Buchd. Am Schlusse seines mit großem Beifall aufgenommenen Referats forderte der Redner die Versammelten auf, am Freitag, den 20. März, sich an der Stadtverordnetenwahl zu beteiligen und für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Rill einzutreten. Die am Schlusse der Versammlung an die Anwesenden gerichtete Mahnung des Vorstehenden, Genossen Stöger, sich der Organisation anzuschließen und die sozialdemokratische Presse zu abonnieren, hatte den Erfolg, dass sich 8 männliche und 8 weibliche Versammelte zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten und außerdem 4 neue „Vorwärts“-abonnenten gewonnen wurden.

Pankow.

Die Gemeindevertretung befasste sich am Dienstag mit der Beratung des Etats für 1914. Derselbe balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 3770 000 M. In einem etwa einstufigen einleitenden Referat wies Bürgermeister Kühr zunächst darauf hin, dass es trotz äußerster Sparsamkeit nicht gelungen sei, den Etat zu balancieren, ohne der Vertretung eine Steuererhöhung vorzuschlagen zu müssen. Hierbei aber habe der kollegialische Gemeindevorstand sich unter keinen Umständen dazu entschließen können, eine weitere Erhöhung des zurzeit 120 Proz. betragenden Kommunalzuschlages zu empfehlen. Vielmehr glaube er die Aufbringung des noch zu bedeckenden Fehlbetrages von 134 750 M. durch eine Erhöhung der Grundwertsteuer von gegenwärtig 3 pro Tausend für bebauete und 6 pro Tausend für unbebaute Grundstücke auf 3 1/2 resp. 7 pro Tausend als den einzigen geeigneten und zweckmäßigen Ausweg vorzuschlagen zu sollen. Eine Erhöhung des Gemeindefestzuschlages mühte etwa 90 Proz. betragen und würde zu etwa 1/2 den Einwohnern Pankows zur Last fallen, während die Erhöhung der Grundwertsteuer nach den obwaltenden Verhältnissen nur von etwa 1/2 zu tragen wäre, ganz abgesehen von den vielen Nachteilen, die eine Erhöhung des Kommunalzuschlages für die Gemeinde sowohl wie auch für den Grundbesitz selbst zur Folge haben mühte. Besonders eingehend befasste sich dann der Bürgermeister mit der Belastung der Gemeinde durch die Schulen. In Prozenten von der Gemeindefeststeuer ausgerechnet erfordern die Gemeindefestschulen 86,24 Proz., das Realschulhaus 22,17 Proz., die Oberschule 12,15 Proz., das Lyzeum 10,65 Proz. Unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Schulbesetzung zählt nach einer vom Gemeindevorstand aufgestellten Berechnung die Gemeinde für das einzelne Schulkind bei den höheren Lehranstalten im Durchschnitt 105,33 M., bei den Gemeindefestschulen 108,13 M. Trotz der hohen Aufwendungen für die Gemeindefestschulen sei dauerlicherweise die Klassenfrequenz immer noch ungesund hoch, welchem Mangel nach Möglichkeit abzuhelfen die Schulverwaltung ernstlich bestrebt sei. Bei dieser Gelegenheit gab Herr Kühr bekannt, dass den Wünschen nach Einführung der achtklassigen Schule in naher Zukunft insoweit Rechnung getragen werde, als auf Beschluss der höheren Schulbehörde für die Volksschulen die siebenstufige Schule mit einer Oberstufe allgemein zur Einführung kommen soll. Die Schuldeputation hat im Einverständnis mit dem Gemeindevorstand beschlossen, diesen neuen Lehrplan schon mit dem 1. April d. J. in Pankow einzuführen. Es werden zunächst drei Oberklassen an der 2. und 4. Schule geschaffen, denen zu Michaelis weitere folgen sollen. Der Bürgermeister streifte dann noch bei der speziellen Besprechung der Steuern auch die Quäbarkreissteuer. Trotz der lebhaften Befassung und der zahlreichen Petitionen seitens der Interessenten sei der Gemeindevorstand für eine gänzliche Befreiung derselben nicht zu haben. Es sei aber schon für die nächste Sitzung eine Vorlage vorgegeben, die sich mit einer Milderung sowie mit Befreiung von Gärten dieser Steuer befassen werde.

In der nun einsetzenden Generaldebatte trat zunächst der bürgerliche Vertreter Herr Ringel entschieden für Befreiung der Lustbarkeitssteuer ein und versuchte durch allerlei unangebrachte Streichungen und sonderbare Vorschläge die ausfallenden 17 000 M. wieder hereinzubringen. Herr Niemann befürwortete ebenfalls eine wesentliche Milderung der Lustbarkeitssteuer. Bürgermeister Kühr betonte Herrn Ringel gegenüber nochmals, dass der Gemeindevorstand zu einer Befreiung der Lustbarkeitssteuer niemals seine Hand bieten werde und trat der Anschauung entgegen, als ob gelegentlich der Staatsberatung einfach die Aufhebung der Steuer beschlossene wäre. Das könne nur auf dem vorgeschriebenen recht langwierigen Wege geschehen, und bis zur Entscheidung sei der Gemeindevorstand die Steuer zu erheben verpflichtet. Von unserem Redner wurde unser negativer Standpunkt dieser Steuer gegenüber betont und die Vorschläge des Herrn Ringel, namentlich bezüglich Einführung einer Filial- und Omnibussteuer, als indiskutabel zurückgewiesen. Am übrigen sei ja nach den Ausführungen des Bürgermeisters auch der Gemeindevorstand von der Notwendigkeit einer Reform der Lustbarkeitssteuer überzeugt und werde die demnächst zu erwartende Vorlage Gelegenheit geben, die ganze Materie nochmals gründlich nachzuprüfen. Nachdem noch eine ganze Reihe Redner das Wort genommen und die mannigfachen Vorschläge und Anregungen zwecks Befreiung der Lustbarkeitssteuer wie Vermeidung der Erhöhung der Grundwertsteuer gemacht worden waren, wurde in die Spezialberatung eingetreten.

Vorsigtalweide.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurden die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie mit einer überwältigenden Majorität gewählt. Sie erhielten zusammen 761 Stimmen, während es die Bürgerlichen nur auf 74 brachten.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichshagen. Heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Friedrichstr. 67. Stadtberatung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Gerichtszeitung.

Ein Malermeister als Dieb.

Neulich ein Bäckermeister, kurz darauf ein Schlächtermeister, gestern ein Malermeister vom Gericht als Dieb verurteilt.

Wegen Diebstahls von Brettern wurde gestern der Malermeister Paul Buschke vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III

aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte war von einer am Kurpfälzertor in Charlottenburg wohnenden Frau Kirchberg angenommen worden, in deren Wohnung Kasserarbeiten auszuführen. Er war schon mehrere Tage damit beschäftigt, als ihm Frau S. sagte, daß an einem in ihrem Schlafzimmer stehenden Schreibrüch das Schloß nicht in Ordnung sei. Er erklärte sich bereit, zu ergründen, welcher Grund für das Nichtfunktionieren des Schloßes vorläge. Er entdeckte dann in dem Kasten des Tisches eine Kassetten mit mehreren Kartons, die kostbare Schmuckgegenstände enthielten und ließ schleunigst zwei solcher Kartons in seiner Tasche verschwinden. Er hatte sich somit in den Besitz eines Brillantenringes im Werte von 3000 M. und mehrerer goldener Broschen und Nadeln im Werte von 1200 M. gesetzt. Der Verlust ist von Frau S. erst mehrere Tage nach Beendigung der Kasserarbeiten bemerkt, die Preislosen sind aber bis heute nicht wieder zur Stelle geschafft worden. Der Angeklagte behauptete, daß als die Polizeibeamten eines Morgens bei ihm anklopften, um Hausdurchsuchung abzuhalten, er kurz entschlossen das Koffer zum Fenster hinaus- und die übrigen Goldsachen in die mit schmutzigem Wasser gefüllte Waschkübel geworfen habe und dieser Teil der Diebesbeute wohl unbemerkt mit ausgegossen sein müsse. Das Gericht glaubte ihm dieses handgreifliche Märchen nicht und da der Angeklagte schon erheblich verdächtig ist, verurteilte es ihn zu einem Jahre Gefängnis.

Wenn Du einen Kommissar mal siehst, Sergeant, so sollst Du stets ihn grüßen.

Die hochnotwendige Frage, ob Kriminalsergeanten stets einen Polizeikommissar grüßen müssen, bejahte das Oberverwaltungsgericht in nachfolgend geschilderter Streiffrage. In Altona war als Hilfskriminalkommissar ein Herr F. im städtischen Polizeidienst eine Zeitlang beschäftigt. Inzwischen ist er ausgeschieden. Zu diesem Herrn fühlten sich die städtischen Kriminalsergeanten nicht besonders hingezogen. Der Kriminalsergeant Baumann verweigerte ihm den Gruß. Als er deshalb vernommen wurde, gab er zu, ihn absichtlich nicht gegrüßt zu haben. Er könne F. nicht die erforderliche Achtung entgegenbringen, weil dieser sich in der Öffentlichkeit nicht so benehme, wie es einem Kriminalkommissar zuzufolge. F. verneinte viel mit weiblichen Personen aus besonderen Straßen. Baumann wollte ihn auch weiter nicht grüßen. — Bestgestellt wurde, daß F. allerdings mit weiblichen Personen Verkehr hatte. Der Regierungspräsident zu Schleswig nahm Baumann wegen der fortgesetzten Verweigerung des Grußes gegenüber einem Vorgesetzten in eine Disziplinarordnungsstrafe von 50 Mark. Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde, worauf B. beim Oberverwaltungsgericht klagte. Zugleich mit der Sache B. wurde eine Sache des Kriminalsergeanten Sievert verhandelt, der ebenfalls wegen Verweigerung des Grußes dem F. gegenüber in eine Ordnungsstrafe von 50 M. genommen worden war.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klagen beider Kriminalsergeanten mit folgender Begründung ab: Es ergebe sich zunächst aus den Akten, daß der Magistrat den F. als Hilfs-Kriminalkommissar angestellt beschlossen hatte, daß dies die Genehmigung des Regierungspräsidenten damals erhielt, und daß der Kriminalinspektor es den Unterbeamten bekanntgegeben habe. Danach sei als feststehend anzusehen, daß F. Beamter und Vorgesetzter der Kriminalsergeanten war, sowie daß diese, und damit auch die Kläger, Kenntnis davon gehabt hätten. Sie hätten ihn somit grüßen müssen. Was die Kläger weiter einwendeten, könne ihr Verhalten nicht rechtfertigen. Die Ansicht des Klägers B., er hätte nicht grüßen brauchen, weil nach seiner Ansicht F. einen nicht würdigen Lebenswandel führe, sei unzutreffend. Es wäre B. allerdings unbenommen gewesen, Anzeige zu erstatten, wenn er der Meinung war, F. führe einen Lebenswandel, der einem Polizeikommissar nicht zuzufolge. Selbst Richter spielen dürfte er aber nicht. Und was Sievert angeht, so hätte er sich beschweren können, wenn F. seine Grüße nicht erwiderte. Selber dürfte er aber dem Vorgesetzten den Gruß nicht verweigern. — Keinesfalls könne es den Klägern zur Entschuldigung dienen, wenn, wie angegeben sei, unter sämtlichen Kriminalsergeanten eine Vereinbarung bestanden hätte, nach der die Kläger die Frage, ob F. Beamter sei und ob er gegrüßt werden müsse, zur Entscheidung zu bringen hätten. Ein solches Komplott der Unterbeamten wäre vielmehr absolut verwerflich, sei der Beamten nicht würdig und widerspreche aller Disziplin. — Falls sie Bedenken hätten, müßten sie sie beim Kriminalinspektor oder bei der Polizeiverwaltung anbringen.

Na, nun ist der Staat wieder einmal gerettet: die Unterbeamten sind belehrt, daß sie ein „Komplott bilden“, wenn sie über den Gruß eine andere als eine höchst subalterne Ansicht haben. Die Belehrung kostet 50 Mf. Wird die Belehrung doch den einen oder anderen Beamten zu der Ansicht führen, daß das Recht auf Gleichberechtigung als Bürger ihm vorzuziehen ist und daß sie gegen ihre einzige Befreierin ankämpfen, wenn sie die Arbeiterklasse nicht unterstützen?

Spiel und Sport.

Radfahrer.

Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“. Mitgliedschaft Berlin. Tourenplan zum Sonntag, den 22. März. **Agitationstour:** Start früh 1/2 Uhr (Steuerhaus, Tempelhofer Feld). Die Unterkommissionenmitglieder aller Abteilungen müssen erscheinen. 1. Abt.: Tempelhofer, Wilhelmshagen. Start: 1 1/2 Uhr; Kilometer 58. 2. Abt.: Wilmshagen, Troppens. Start: 1 1/2 Uhr; Kilometer 52. 3. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 4. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 5. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 6. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 7. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 8. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 9. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 10. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 11. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. 12. Abt.: Radm. 1/2 Uhr; Kilometer 52. **Reinickendorf.** Pflichttour zu Anders, Reinickendorf-Platz. Die Mitglieder müssen erscheinen. Start: 1. Abt. 1 Uhr bei Lünning. **Tempo-Daumhakenweg.** Allen Freund, Völkenswerder. Start: 1 Uhr Tempo, früher Stimmeln.

Charlottenburg. Eröffnungstour Tempel, Fährhof. Start: 1 Uhr Volkshaus, Köpenick. **Schöneberg.** Familienfeier vom Sportplatz. Start: Abends 6 Uhr Neue Rathausküche, Linnel. **Neukölln.** Völkenswerder, Allen Freund. Start: 1 Uhr, Neue Welt, Köpenick. **Ober-Schöneberg.** Sonntag, 22. März: Frühlingsspektakel. Start 1 Uhr, Restaurant Th. Schäffer, Siemensstr. 28. **Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“.** Sonntag, den 22. März, früh 8 Uhr, nach Niederlehme (Röhrenweg), 30 km. Anfahrtsort Bahnhof Neukölln. Radm. 1 Uhr: Köpenick (Schloß). Anfahrtsort Saganer Tempel.

Turner. **Turnverein „Fichte“.** Sonntag, den 22. März 1914. 8. Männer-Abteilung: Spandau, Forthaus, Dambrück. Vorfahrt, Rauen. Treffpunkt 7 Uhr Alexanderplatz, Berolina. Abt. 7. 13. Männer-Abteilung: Oranienburg, Lehnitz, Summt, Hennsdorf. Treffpunkt 8 1/2 Uhr Stettiner Bahnhof. 15. Männer-Abteilung: Lützow nach Tegel, Dersdorf (durch den Ringel), Schönow, Wilmshagen, Summt, Völkenswerder. Treffpunkt 6 1/2 Uhr Stettiner Bahnhof. **Sportklub „Zettin“.** Sonntag, den 22. März, findet auf dem Umbria-Sportplatz Neukölln, Grenzallee, ein großes Sportfest statt, bestehend aus Marsch- und Langstreckenläufen, Staffetten, Stabhoch- und Freijohdspringen, Kugelstoßen, Diskus- und Speerwerfen. Feiner treffen sich nach Sportklub Roßki und S. i. B. 94, sowie die 4. und 5. Frauenabteilung in sportlichen Wettläufen. Den Schluß der Veranstaltung bilden ein Hockeyspiel zwischen Fichte X und III. Männerabteilung, sowie ein Fußballspiel Siedler-Fichte III. Im Interesse der Förderung des Sports in der Arbeiterklasse erlauben wir um rege Unterstützung der Veranstaltung. Beginn pünktlich 2 Uhr. Fahrverbindungen 20, 22, 45, 47, 48, I und V, Autoomnibus IV.

Fußball. **Schöneberg.** Die 1. Jugendmannschaft des Arbeiter-Turnvereins spielt Sonntag vorm. 1/21 Uhr gegen Siedler 1913 auf dem Spielplatz an der Blauen Höhe. — Die 1. Männermannschaft nach 4 Uhr gegen Fichte II auf dem Tempelhofer Feld. Die Turnabende des Arbeiter-Turnvereins finden jetzt jeden Montag und Freitag in den Neuen Rathausküchen, Reinicker Str. 8, und jeden Dienstag und Freitag in Rappelsdorf, W. Dammstr. 18, statt. Gäste willkommen. — Arbeiter- und Arbeiterinnen, welche sich an einer Osterwanderung beteiligen wollen, können Näheres an den Turnabenden erfahren.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. I. Sonntag, den 22. März: Studienfahrt nach Brandenburg a. O. Abfahrt 6 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof. — Rundgang durch Brandenburg, Festlandmerkmale sind in unserer Jubiläumstour (Waldsch, Stalger Str. 22, und Geon Weisnadi, Grünitz, 21, zu haben. II. Nach der Jungfernhöhe, Sauerstadt, Daischhof, Gartenfelde, Saubrunn, Tegel. Treffpunkt bis 9 Uhr am Bahnhof Jungfernhöhe. Fahrgelegenheit Straßenbahnlinien 18, 54, 164. Gäste willkommen. **Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.** Am Sonntag, den 22. März, werden folgende Touren unternommen: **Ortsgruppe Berlin.** Briesen, Madlher See, Alter Ringwall, Halensfelde. Abt. Schleißer Bahnhof 6 30 Uhr vorm. Jahrgeld 3 M. Führer R. Wille. **Dahmsdorf-Rühnsdorf, Sudow, Märkische Schweiz, Röhlsdorf.** Abt. Bbl. Friedrichstraße 6 30 Uhr vorm. Jahrgeld 2 25 M. (Sonntagstour.) Führer Friedrich. **Rehbrücke, Bergholz, Wilmshagen, Wilmshagen, Wilmshagen.** Abt. Wilmshagen 8 07 Uhr vorm. Jahrgeld 1 30 M. Führer Godefeldt. **Erster, Grünfelde, Röhlsdorf, Röhlsdorf.** Abt. Schleißer Bahnhof 6 30 Uhr vorm. Jahrgeld 1 15 M. **Prohman, Bergfelde, Völkenswerder.** Treffpunkt 1 30 Uhr nachm. Stett. Vorortbbl. Jahrgeld 55 Pf. Führer Krevlin. **Ortsgruppe Neukölln:** Aufstellung der Photographischen Abteilung im Jugendheim II, Rogatstraße 15. Besichtigung von 2-1/2, 10 Uhr. Zutritt frei. **Andem, Rahlow.** Treffpunkt 7 Uhr Vbl. Neukölln. Jahrgeld 40 Pf. Führer Rintus. **Ortsgruppe Steglitz:** Schwante, A. Sabrows, Grabow, Oranienburg. Abt. Vbl. Wilmshagen 6 30 Uhr vorm. Stettiner Vbl. 6 48 Uhr vorm. (Kreuzmeyer Bahn). Jahrgeld 1 85 M. Führer Wüller. **Ortsgruppe Friedrichshagen-Köpenick:** Grob-Dehnen, Vriesow, Hölgerner See, Grob-Dehnen. Abfahrt vom Schloßplatz mit der Straßenbahn 6 05 Uhr, Königs-Bushausen 7 38 Uhr. Gäste willkommen. **Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“.** Ortsgruppe Berlin. (Mitgl. d. Zentr.-Kom. für Sport u. Körperpflege). Sonnabend, 21. März, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Klubhaus, Obmstr. 2: Oberbürgerliche Kirmes. Siehe heutige Annonce. — Sonntag, den 22. März, keine Touren. **Ortsgruppe Köpenick.** Sonntag, den 22. März, findet folgende Partie statt: Röhlsdorf, Röhlsdorf, Röhlsdorf, Schloß, Straßberg. Abt. 6 1/2 Uhr Vbl. Köpenick.

Schwimmer. **Arbeiter-Schwimmerbund (Kreis I).** Das letzte Kreis-Wasserballspiel in dieser Serie zwischen Neukölln-Berlin II am Mittwoch, 18. März, endete nach hartem Spiel mit 3 zu 1 Tore für Berlin II. Die nächste Kreis-Schwimmerturnier findet am Sonnabend, 21. März, 7 Uhr, in der Schwimmhalle, 64 statt. **Der Berliner Schwimmklub „Freiheit“** hält am Sonntag, den 22. März, nachmittags 3 Uhr, ein Schauwettbewerb verbunden mit Reigenvorführungen ab.

Arbeiter-Touristenbund, Kolonne Groß-Berlin. Lehraabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin. 1. Abt. Montag, den 23. März, Kommandantenstr. 62, Beders Juchale. Berlin. 2. Abt. Montag, den 23. März, Eminenzstr. 42, Gesellschaftshaus. **Schöneberg.** Donnerstag, den 26. März, Vorderstr. 9 bei Dandel. **Lichtenberg.** Donnerstag, den 26. März, Scharnweberstr. 60 bei Widenhagen. **Neukölln.** Freitag, den 20. März, Weidstr. 6 (Idealpassage). **Charlottenburg.** Freitag, den 20. März, im Restaurant Bernide, Wilmshagen, Oder-Seitenhalmstraße.

Arbeiter-Touristenbund, Kreis Brandenburg. Köpenick. Dienstag, den 24. März, Schönfelder Straße 5 bei Skippelhof. **Ober-Schöneberg.** Montag, den 23. März, Siemensstr. 12 bei Schulz. **Alt-Glienitz.** Dienstag, den 24. März, Köpenicker Straße 45 bei Baß. **Friedrichshagen.** Donnerstag, den 26. März, Friedrichstraße 60, 2. Hof. **Nowawes.** Dienstag, den 24. März, in der Fortbildungsschule.

Eingegangene Druckschriften. Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 25. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Folgen. — Deutscher Grimmerungen. Von A. Kausch. — Rosen und Führer im Grimmerungen. Von R. Koldt. — Die Entwicklung der ober-schlesischen Eisenindustrie. Von Jos. Argen (Völkensdorf). — Soldaten-mitteilungen und Sozialdemokratie. Von Ludwig Mann. — Ein Landarbeiterdrama. Von Franz Diederich. — Literarische Rundschau. Aus dem

Grabe eines schuldlosen Revolutionärs. Von W. B. Ludwig Reßen, Kreuz und quer durch den Balkan. Von C. Paris. **Die „Neue Zeit“** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. **Von der „Gleichheit“** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 13 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Dritte Internationaler Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnenorganisationen. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. XIV. Von Anna Bloß. — Was eine Frau kann. — Der Saint-Simonismus und die Frauenrechtsbewegung. Von Franz Diederich. — Zur Krankenversicherung der Hausangestellten. III. Von F. Kl. — Unter Internationaler Frauenkongress: 1. In Deutschland, 2. In Österreich, 3. In Dänemark, 4. In Schweden, 5. In Holland, 6. In Frankreich, 7. In Russland. Sympathie-telegramme. **Die „Gleichheit“** erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2.00 M. **Vom „Wahren Jacob“** ist soeben die 7. Nummer des 31. Jahrgangs, 16 Seiten stark, erschienen. **Der Preis der Nummer** ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. B. Dieß, Rahlow, m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Wunderstraße 69**, vom 10. bis 12. März, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder hat den Briefkasten bestimmten Anträge ist nicht erwidert. Anträgen, denen keine Abnommentätigkeit beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Wichtige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. **20. 24. 21.** 1. Die Veranstaltung in Wilmshagen ist zulässig. 2. Grundsätzlich Sie das Amtsgericht um Überleitung der Sache. — **17. M. 2.** Die Rechtslage ist zweifelhaft. Sie seien von einer Klage ab. — **M. 2. 47.** Die Arbeitgeber sind zur Zahlung des Beitragsanteils von einem Drittel verpflichtet. — **R. O. 10.** Ja, wenn das Einkommen 900 Mark jährlich übersteigt. — **P. 8. 1881.** 1. Nur dann, wenn Sie Ausländer sind, haben Sie die deutsche Reichsangehörigkeit erworben, so können Sie sich weiter verfahren. 2. Sie bleiben bis zum Ablauf des Vertrages für die Miete haftbar. — **G. R. 76.** Es besteht ein Anspruch auf Unfallrente, wenn der Unfall im Betriebe passiert ist. — **S. R. 1.** Die Widmung könnte erfolgen. Der Vermieter hätte aber ein Vorbestimmungsrecht. — **Vorgaben 10.** 1. Rein. Sie können sich bei dem Versicherungsamt beschweren. 2. Rein. — **W. M. 12.** 1. Rein. 2. Nach Ihrer Darstellung haben Sie sich nicht strafbar gemacht. 3. Sie können gegen den Währungsbeschluss Erinnerung bei dem Amtsgericht einlegen. — **G. 9. 99.** Nach Ihrer Darstellung sind Sie nicht zahlungspflichtig. — **G. 105.** Dagegen läßt sich nichts tun. Stellen Sie Ihr Verlangen an die andere Stubenwand. — **M. W. 34.** Namens der Kinder kann Anspruch auf ihren gesetzlichen Anteil ohne Abzug erhoben werden. — **G. R. 21.** Ja. — **S. 17.** Die Klage erscheint unzulässig. — **C. R. 34.** Rein. — **M. P. 84.** Ein Anspruch auf Rückzahlung besteht nicht. — **P. G. 54.** 1. Die Reineprüfung muß abgelehnt werden. 2. Es genügt, wenn der Werführer die Prüfung abgelehnt hat. — **M. 16.** Kann nur nach Einreichung in den Niederschlag beantragt werden. — **J. P. 10.** Die Scheidung erscheint durchführbar. Wenn Ihnen das Armenamt bewilligt wird, haben Sie die Kosten nicht zu tragen. Wegen der Abreise fragen Sie beim Einwohnermeldeamt an. — **G. P. 100.** Wenn der Nachlass 500 Mark übersteigt. — **G. 8.** Inneres Erbschaften ja. — **M. 87.** 1. Na. 2. Rein. 3. Der genannte Geldbetrag ist nur dann unpfändbar, wenn Borräte an Nahrungs-, Feuerungs- und Beheizungsmittel nicht für vier Wochen vorhanden sind. — **G. 42.** Die Zwangsversteigerung kann nur innerhalb 30 Jahren veranlagt werden. — **C. 7. 333.** Ihre Darstellung reicht nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — **Streit.** Ihr Vorgänger hat Anspruch auf Erhaltung des Wertes der Bäume. Ihm gehört auch der Lattenraum, den er, falls Sie sich über den Erwerb nicht mit ihm einigen, entfernen kann. — **R. W. 70.** Die Klage bleibt bis zur Urteilsfällung anhängig. Falls ein neuer Termin noch nicht anberaumt ist, können Sie einen solchen beim Gericht beantragen. — **G. 7. 150.** Ja, eine Lohnföhrung braucht Ihre Mutter sich aber nicht gefallen zu lassen. — **W. M. 25.** Sie können bereits anderweit erteilte Auskünfte in zutreffend. — **Veiter, Königgräber Straße.** Die dreijährige Minderjährigkeit gilt als vereinbart und ist deshalb maßgebend. — **W. 2. 77.** Die erstpolizeiliche Genehmigung, auch in Charlottenburg, müssen Sie nachsuchen. — **G. M. 128.** 1. Ja. 2. Die Frage ist zweifelhaft, inwiefern raten wir zu einer Beschwerde beim Versicherungsamt. — **M. 8. 1977.** Was Verlangen Ihrer Schwiegermutter sind Sie zur Herausgabe des Wanda verpflichtet. — **G. R. 44.** Nur dann, wenn und soweit Sie mehr wie 28,50 M. wöchentlich verdienen. — **M. G. Steinmetzstr. 76, Neukölln.** 1. Dagegen läßt sich nichts tun. 2. Sie haben Anspruch auf Herausgabe der Ihnen eigen-tümlich gehörigen Sachen. Sie können eventuell Klage erheben. — **1881.** 1. Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, liegt ein Betrag im Sinne des Gesetzes nicht vor. Sie können einen Zahlungsbefehl beantragen. 2. Sie können Ihre Forderung von 15 M. noch geltend machen. — **G. R. 46.** Senden Sie uns den Vertrag unter Wiederholung Ihrer Anfrage ein. Wir werden Ihnen dann brieflich antworten. — **W. 2. 1888.** Sie können Strafamt auf dem Polizeirevier oder auf dem Polizeipräsidium stellen. — **Kanone 1000.** Rein. — **G. G. 34.** 1. Inneres Erbschaften ja. 2. Rein. — **M. R. 20.** 1. Rein. 2. Der Unterhaltungsanspruch geht nach einjähriger Dauer verloren. — **R. R. 25.** Ja.

Witterungsbericht vom 19. März 1914.

Stationen	Barometerstand am 19. März	Windrichtung	Windstärke	Temperatur am 19. März	Stationen	Barometerstand am 19. März	Windrichtung	Windstärke	Temperatur am 19. März
Swinemünde	754	ED	4	4	Saparanda	768	D	2	halb bb
Hamburg	758	ED	3	3	Betersburg	757	DD	2	Schnee
Berlin	758	ED	3	3	Schlitz	742	ED	5	wolflig
Frankfurt a. M.	759	ED	3	3	Usterben	741	ED	3	halb bb
München	759	ED	3	3	Paris	750	ED	3	bedeckt
Wien	755	ED	2	2					

Wetterprognose für Freitag, den 20. März 1914.

Wolflig, nachts kühl, am Tage ziemlich mild mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.


Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 18. 3.	am 17. 3.	Wasserstand	am 18. 3.	am 17. 3.
Remel, Mühl	453	+47	Saale, Groditz	380	+50
Vregel, Ankerburg	297	+2	Qabel, Spandau	142	0
Reichel, Thorn	310	+2	Kabrenow	131	-1
Oder, Rastow	285	+58	Spree, Sternberg	142	+12
Kroffen	299	+2	Beetzow, Beetzow	133	+3
Frankfurt	266	-2	Beetzow, Rindow	227	+71
Wartze, Scharn	252	+4	Rindow, Rindow	247	+13
Wartze, Landsberg	200	+10	Rindow, Rindow	247	+13
Reche, Borsdam	90	0	Rindow, Rindow	247	+13
Eibe, Leimeritz	220	+18	Rindow, Rindow	247	+13
Dresden	118	-5	Rindow, Rindow	247	+13
Barby	441	-9	Rindow, Rindow	247	+13
Magdeburg	390	-2	Rindow, Rindow	247	+13

+) bedeutet Hoch. — Null. — *) Unterbege.

Warning!

Es sind Bouillon-Würfel im Handel, deren Verpackung derjenigen von Maggi's Bouillon-Würfel täuschend nachgeahmt ist. — Wer sicher sein will, Maggi's Bouillon-Würfel zu erhalten, verlange ausdrücklich diese und achte auf den Namen „Maggi“ sowie die Schutzmarke  Kreuzstern.

Maggi-Gesellschaft.

Todes-Anzeigen

Allen Bekannten und Freunden geben wir hiermit die Nachricht, daß unser Kollege

Gustav Lubatsch

angestellter der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, am Mittwoch, den 18. d. M., gestorben ist. Der Verstorbene war uns stets ein Freund und guter Kollege. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 115/2

Die Angestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin.

Ortskrankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Am Mittwoch, den 18. d. M., verstarb unser Erster Vorsitzender, Herr

Gustav Lubatsch.

Lange Jahre hat derselbe mit großer Hingabe sein Ehrenamt verwaltet. Wir bedauern schmerzlich, daß ihn der unerbittliche Tod im besten Mannesalter aus unserer Mitte gerissen hat und werden seiner stets in Ehren gedenken. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Der Vorstand.

H. v. Alh. Polzin, 2. Vorsitzender, Rob. Krüger, Schriftführer.

Den Kollegen zur Nachricht, daß am 18. März unser Kollege

Gustav Lubatsch

nach schwerer Krankheit verstorben ist. 114/20 Der Verstorbene war stets ein eifriger Förderer unserer Bestrebungen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erwartet

Die Agitationskommission der Bau- u. Geldschrankschlosser.

Verband der Bureauangestellten. Ortsgruppe Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

Gustav Lubatsch

(Angestellter des Metallarbeiter-Verbandes) verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Petersburger Viertel. Bez. 359. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer

Friedrich Balke

Häger Str. 58, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Am 18. März starb unser Mitglied, der Maurer

Friedrich Balke

(Bezirk Osten II). **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises. Straauer Viertel. Bez. 327. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer

Gustav Hamlack

Revaler Str. 3, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Am Dienstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, verstarb mein lieber Mann und unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann

Hugo Philipsohn

im fast vollendeten 52. Lebensjahre. 129/8 Im Namen der Anverwandten **Wwe. Gertrud Philipsohn.** Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, im hiesigen Krematorium, Gerichtstraße, statt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen. Bezirk Groß-Berlin.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am Dienstag unser Kollege

Hugo Philipsohn

verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Einäscherung erfolgt am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtstraße 37/38. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem, schwerem Leben starb heute unser langjähriger Stadtverordneter, Herr

Hugo Philipsohn.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen selten fleißigen, pflichttreuen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets hoch in Ehren halten werden. 129/8 Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtstraße, statt. **Meyer & Messow Nachf.**

Unser langjähriger lieber Kollege

Herr **Hugo Philipsohn**

wurde uns plötzlich durch den Tod entzogen. Trauernd stehen wir an der Bahre dieses vorbildlich fleißigen und tüchtigen Mannes, dessen wir stets in Liebe und Freundschaft gedenken werden. Die Reisenden und das Personal der Firma

Meyer & Messow Nachfolger.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises. Bezirk 818a.

Am Dienstag, den 17. März, verstarb unsere Genossin

Frau Laura Finster

Reizener Str. 32. **Ehre ihrem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., mittags 12 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem städtischen Friedhofe, in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

V. a. G. Berlin, Bezirk 13. Am 17. März verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kalkulant

Johannes Runge

Gullist. 3. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Kgl. Charité nach dem St. Johannis-Kirchhof in Pläthen-See statt. Um rege Beteiligung bittet. Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden meines unvergesslichen Mannes, unseres Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Wärschers **Karl Schüler** lagern hiermit allen unseren tiefgefühlten Dank. 132/4 Im Namen der Hinterbliebenen **Wwe. Anna Schüler und Kinder.** Berlin, 18. März 1914.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Wilh. Wartenberg

am 18. März im Alter von 65 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Montag, den 23. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in der Seestraße aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Für die zahlreiche Beteiligung und den reichen Blumenschmuck bei der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Bruders, Cousins und Schwagers

Artur Domgall

lagern wir seinem lieben Freund Paul Domgall, 30, und dem Wahlvereine des 6. Kreises, Bezirk 670, sowie den anwesenden Verwandten, Bekannten und Klub-, Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank. 122/4 **Martha Teichmann geb. Domgall, Richard Domgall, Bernhard Teichhäuser.** Leipzig.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Berta Hein

sage ich allen Freunden und Genossen meinen herzlichsten Dank. **Ernst Hein nebst Kindern und Eltern.** 116/4

Frau **Berleb-Institut** A. Borchardt, Friedrichstr. 115, Oranienburg, Tel. No. 10054, berl. Ad. Ermolings, Gehrenstraße in verschied. Preislage, bis z. eleganten. Genre. Sehr große Ausm. Maß. Preise.

Frankfurter Herren-Moden

Gediegene Maß-Anfertigung! Guter Sitz garantiert!

Anzug oder Paletot zu Einheitspreisen 35, 42, 48,-

Am **Alexanderplatz** Einn. Prenzlauer Str. 32

Henkel's Bleich-Soda

für alle Küchengeräte

Möbel auch auf Teilzahlung - obwohl kein Kredithaus - **Otto Piehl** Berlin N, Brunnenstraße 120

Bedeutendstes Magazin im Norden! 60 000 □-Fuß Ausstellung allein Brunnenstraße 120 Weitere Läger im Fabrikgebäude

1 Stube	1 Schlafzimmer	1 Stube
1 Küche	262 50 M.	1 Schlafzimmer
1 Stube	1 Küche	378 50 M.

1 nussb. Vertiko	34,-	1 nussb. Vertiko	50,-
1 nussb. Spiegel	16,-	1 Spiel-Platid	24,-
1 nussb. Spiegel	20,-	1 Diwan	16,-
4 nussb. Stühle	18,-	1 Sesseltisch	60,-
1 Ausziehische	35,-	4 Walzenstühle	70,-
1 Kleiderschrank	35,-	2 Bettstellen	64,-
1 Bettstelle m. Matratze	50,-	1 Kleiderschrank	20,-
1 Diwan	50,-	1 Kleiderische	52,50
1 komplette Küche	40,50		

In jedem beliebigen Anstrich zu haben:

Küche	1 Büfett	1 Kücheneinrahmen
„Gertrud“	1 Tisch	1 Handtuchhalter
75,50 M.	2 Stühle	1 Kohlenkasten

Polster-Möbel mit langfristiger Garantie! **Umhausofa** m. Plüsch, Mokette 52 bis 78 M. **Schlafsofa** mit Stuhl und Bettkasten 75 bis 120 M. **Garnituren** von 100 bis 350 M.

Moderne Wohnzimmer von 250 M. **Elegante Schlafzimmer** von 350 M. **Moderne Herrenzimmer** von 445 M. **Speisezimmer** von 625 M. **Brautleuten Vorzugspreise!**

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Neuenhagen. Mittwoch, den 18. d. M., verstarb nach kurzem Krankenlager unser Bezirksleiter

Gustav Lubatsch

im Alter von 48 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 5 Uhr von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Gustav Lubatsch

am 18. März gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zu Berlin. Der Erste Vorsitzende unserer

Herr **Gustav Lubatsch**

ist am Mittwoch, den 18. d. M., verstorben. Während seiner langjährigen Amtsverwaltung war er uns stets ein milder und gerechter Vorgesetzter. Sein früher Tod erfüllt uns mit unersättlicher Trauer. **Sein Andenken wird in uns fortleben!** Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 270/7 Die Angestellten der Schlosser-Krankenkasse.

Gesangverein „Männerchor Ost“ (R. d. D. u. S.-B.) Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Sangesbruder, der Arbeiter

Max Johlke

am 17. März verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. März, nachmittags 7 1/2 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Am Mittwoch, den 18. März, verstarb unser Sangesbruder

Gustav Lubatsch.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 58/17 Die Sänger treffen sich bei Mühlensbed am Friedhof. Um zahlreiche Beteiligung bittet. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stadtmann

Gustav Adam

am 18. d. M. im Alter von 57 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Seestraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Max Johlke

am 17. d. Mts. im Alter von 34 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. **Ehre ihrem Andenken!** Um rege Beteiligung ersucht. Die Bezirksverwaltung.

Reichstag.

236. Sitzung. Donnerstag, den 19. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Solz.

Präsident Raempf

bittet um die Ermächtigung, dem braunschweigischen Herzogspaar zur Geburt seines Sohnes die Glückwünsche des Reichstages zu übermitteln. (Bravo!)

Darauf wird in der Beratung des

Etats für das Ostafrikanische Schutzgebiet fortgeführt.

Abg. Erzberger (Z.):

Von meinen Behauptungen über die Behandlung der Eingeborenen auf den Plantagen habe ich nicht zurückzunehmen; speziell ist es richtig, daß die Regier auf den Plantagen systematisch um ihren Lohn betrogen werden. Diese Feststellungen sind dem amtlichen Material, das die Regierung uns unterbreitet hat, entnommen. Ein „alter Afrikaner“ sagt: „Im Reichstage ist die Sozialdemokratie und das Zentrum ausschlaggebend. Insofern heißt es in der Kolonialpolitik: Humanität und Arbeiterschutz. Dernburg und Rechenberg haben nach ihrem politischen Tod in der Kolonialpolitik gesiegt.“ Wir sind stolz darauf, daß in der Kolonialpolitik Humanität und Arbeiterschutz gelbt werden soll, und wie werden die Behandlung der Regier trotz der großen Proteste aus Ostafrika hier geißeln und darauf dringen, daß die Leute gut behandelt werden. In erdrückender Weise liegt amtliches Material vor, das beweist, daß das heute nicht der Fall ist. Daß trotzdem erregte Proteste aus den Kolonien kommen und hier kritiklos verbreitet werden, in denen das Gegenteil behauptet wird, liegt daran, wie feinerzeit auch der Staatssekretär Dernburg betont hat, daß die Pflanzler an die Eingeborenen Anforderungen stellen, die mit den Geboten des Christentums und der Humanität unvereinbar sind. Sie fordern, daß jede selbständige Betätigung der Eingeborenen unmöglich gemacht wird, damit dort kein selbständiger Bauernstand aufkomme. Dernburg hat auch betont, daß diese protestierenden Pflanzler nicht Interesse am Aufblühen der Kolonie haben, sondern lediglich Spekulationen sind. Hiergegen mögen die Pflanzler protestieren, nicht aber gegen mich, wenn ich dies amtliche Material benutze. — Nun etwas anderes.

Der bekannte Preußenbundgeneral,

der sich erlaubt hat, dem Reichstage als von einer gemischten Gesellschaft zu sprechen, von einer Rote von Menschen, die in die Kommandogewalt des Kaisers eingegriffen hätte, hat als Major und stellvertretender Gouverneur von Ostafrika einen Hunderlass und einen Gruberlass erlassen. In dem letzteren wird angeordnet, daß sämtliche Vögel der Europäer und die beim Gouverneur angelegten Schwarzen jeden Europäer zu grüßen hätten, so wohl im Vorbeigehen als auch, wenn sie irgendwo sitzen oder liegen; im letzteren Fall haben sie aufzustehen und eine stramme Haltung anzunehmen. (Heiterkeit.) Heißt nur: Hand an Hofen! (Erneute Heiterkeit.) Weiter heißt es: Sämtliche Forstigen in Daresalam, Inder, Subanese usw. haben den Gouverneur und den stellvertretenden Gouverneur zu grüßen. Einen Herrn, der erst vor wenigen Tagen nach Daresalam gekommen war und Herr Major v. Brochem nicht kannte, fuhr dieser mit den Worten an: „Sie unterschämter Flegel, warum grüßen Sie nicht; ich bin der stellvertretende Gouverneur, ich stehe hier an Stelle des Kaisers.“ Auf die Erwiderung des Herrn, er habe Herrn v. Brochem nicht gekannt, antwortete dieser: „Sie sind ein geborener Flegel; ich werde auch beibringen, die Obrigkeit zu grüßen, ihr Flegel.“ Er hat wohl geplatzt, ein Reichstagsabgeordneter wäre nach Daresalam gekommen. (Heiterkeit.) Auch für die Matrosen der Marine scheint der Erlaß zu gelten; als die Matrosen der „Röbe“ in Daresalam an Land gegangen waren, wurden sie vom Herrn v. Brochem mit den Worten angefahren: „Ihr Schweine, könnt ihr denn nicht grüßen.“ Gegen diesen Erlaß vom 23. November 1898 sind im folgenden Jahre von zwei Mächten diplomatische Vorstellungen in Berlin erhoben worden, was ja sehr erklärlich ist. Ich frage daher, ob der Erlaß noch besteht oder ob er zurückgenommen worden ist. Als von Berlin aus Herr v. Brochem zur Rechenschaft gezogen werden sollte, hat er sich den Schlüssel des Bezirksamts geben lassen, um durch eine Aende rung die Schuld für den Erlaß auf einen anderen abzuwälzen. (Lebhafter Hörl! Hörl!) Geschehen ist Herrn v. Brochem nichts, er ist vielmehr später im auswärtigen Dienst verwendet worden und hat es bis zum Generalleutnant gebracht. Das geht freilich den Staatssekretär nichts an, ihn frage ich nur: Hat der Erlaß heute noch Gültigkeit oder ist er formell zurückgezogen worden? Sollte es nicht der Fall sein, so kann ich ihn nur bitten, den Erlaß so bald als möglich zurückzuziehen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Solz:

Sowohl der Hunderlass wie der Gruberlass des Herrn v. Brochem haben eine Geltung nicht mehr. Beide Erlasse sind auch nicht in die Sammlung der Verordnungen aufgenommen worden. Eine Verlängerung der Dienstperiode in Ostafrika ist unmöglich, nach dreiviertel Jahren läßt die Schwaffensfreudigkeit der Beamten dort bereits nach. (Hörl! Hörl!) Dagegen ist in Ostafrika eine Verlängerung möglich.

Mit der Hausflaverei in Ostafrika liegt es nicht so, wie Herr Abg. Roske es hinstellt. Auf Sklavenraub mit Sklavenhandel stehen schwere Strafen. Das einzige, worum es sich handelt, ist das Tempo der Beseitigung der Hausflaverei. Am meisten hat zur Ausrottung der Hausflaverei beigetragen die Neuerung, daß der Uebergang eines Sklaven von einem Herrn zu einem anderen durch den Bezirksamtmann beurkundet werden muß. Die Urkunde muß Feststellungen darüber enthalten, daß der Sklave mit dem neuen Herrn einverstanden ist. Daß der neue Herr in demselben Bezirk wohnt, daß die Familie des Hausflaven durch den Uebergang nicht auseinander gerissen wird und daß der neue Herr ein Eingeborener ist; er darf also kein Inder oder Krader sein. Ein solches Dokument enthält Herr Roske. Diese Beurkundung durch den Bezirksamtmann ist aber gerade ein Zeichen humaner und weiser Politik im Sinne des Schutzes der wirtschaftlich Schwachen. — Was den Termin der Aufhebung der Hausflaverei anlangt, so habe ich mir überlegt, ob nicht eine Brücke möglich ist zwischen den Anschauungen des Reichstages und der Denkschrift. Ich bin bereit, dem Gouverneur folgende Vorschläge zu machen — die Verantwortung hat er schließlich selbst zu tragen. Ich will ihm vorschlagen: Im Jahre 1920 wird eine Verordnung getroffen, nach der irgend eine Klage auf Wiederherstellung, Anerkennung oder Beibehaltung eines Sklavenverhältnisses nicht mehr vor irgend einem Gericht des Schutzgebietes zugelassen wird. Um die Herren der Sklaven schablos zu halten, wird eine Klage zugelassen des Herrn gegen den früheren Sklaven nicht aus dem Sklavenverhältnis, sondern dem Verhältnis einer erfolgten Leistung. Drittens soll festgelegt werden, wie hoch der Verkaufspreis eines Sklaven ist. Dieser soll sobald wie möglich bekannt gemacht werden, damit 1920 in den Köpfen der Eingeborenen als feste Tatsache besteht, daß der Preis so und so hoch ist. Ich glaube, diese Brücke können Sie betreten.

Abg. Reinath (nail):

Die Abschaffung der allgemeinohnten Einrichtung der Hausflaverei auf einen festen Termin könnte leicht zu Unruhen

föhren. Einen solchen Aufruhr heraufzubeschwören, haben wir kein Interesse. Ich bin damit einverstanden, daß der Staatssekretär nicht von hier aus einseitig die Hausflaverei aufheben, sondern die Verantwortung dem Gouverneur überlassen will. — Die Vollendung der Bahn zum Tanganjika wird hoffentlich ein Markstein in der Entwicklung des ostafrikanischen Schutzgebietes sein.

Abg. Bruchhoff (Rp.):

Es scheint sich ein Mangel an guten Lehrkräften in unseren Kolonien vorzubereiten. Der Wechsel der Kräfte ist ziemlich bedeutend. Das hängt zusammen mit den Gehaltsverhältnissen der Lehrer. Das Gehalt entspricht dem, was das kleinste Dorf in Preußen zahlt. Ungerecht ist auch, daß der Kreischulinspektor 2000 M. weniger Gehalt bezieht als die Oberlehrer. Die Forderungen der Lehrer werden abgelehnt mit der Motivierung, es sei noch niemals Mangel an Lehrern gewesen. Es geht doch aber nicht an, daß man die Kulturarbeit der Lehrer bezahlt nach dem rein geschäftlichen Grundsatze von Angebot und Nachfrage. Die Hauptsache ist die Schaffung eines sechsten Lehrerstandes in den Kolonien. (Bravo! links.)

Abg. Roske (Soj.):

Ueber die Beschimpfungen des Reichstages durch den Ueberpreußen v. Brochem noch viel Worte verlieren, hieße dieser unangenehmsten Art von Maulheldentum zu viel Ehre antun. (Sehr gut!) Mit dem Abg. Erzberger bin ich auch darin einverstanden, daß die Protestationen der Pflanzler auf uns keinen Eindruck machen können. Es sind eher zu wenig als zu viel Worte erhoben worden, um das Maß von Ausbeutung der Eingeborenen zu brandmarken, das leider in Ostafrika vorhanden ist. Wir brauchen ja nur auf das amtliche Material der Denkschrift zu verweisen, wo angegeben ist, daß auf den Plantagen vielfach voll durchgearbeitete Lagen den Arbeitern weggestrichen werden, oder daß ihnen trotz zehntägiger Arbeit nur halbe Lagen, von einem Pflanzler sogar nur sechs Lagen angerechnet worden sind, (Hörl! Hörl!) bei den Sozialdemokraten.) Statt zu protestieren, mögen die Herren Pflanzler dahin wirken, daß die gerügten Missethäter sobald als möglich verschwinden. (Zustimmung.)

Zur Schlußfrage wird der Reichstag in den kommenden Jahren noch viel mehr zu sprechen haben, als bisher. In Ost- und Südwestafrika sind ja erhebliche Beträge zur besseren Erziehung der Kinder der Weihen eingestellt, das Schulwesen für die Eingeborenen oder liegt außerordentlich daneben. Die Missionen der verschiedenen Konfessionen haben auf diesem Gebiete Bedeutendes geleistet, Regierungsschulen aber können wir ihnen so gut wie gar nicht gegenüberstellen. Für die Anträge, den Missionen zu diesem Zweck größere Mittel zu bewilligen, haben wir gestimmt, weil wir eine andere Möglichkeit zur Förderung des Schulwesens nicht sehen; ich möchte aber mit allem Nachdruck dem Staatssekretär bitten, im nächsten Jahre in die Etats aller Schutzgebiete erhebliche Beträge zur

Hebung des Schulwesens der Eingeborenen durch Regierungsschulen einzusetzen. Bei den Missionsschulen fehlt die notwendige Einheitlichkeit, und die Streitigkeiten der verschiedenen Missionen können dem Schulwesen nicht förderlich sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Herr Reinath hat die frühere Stellung seiner Freunde zur Hausflaverei desavouiert. Es herrscht recht eigenmächtig, daß er in diesem Zusammenhang von einer Verurteilung der Eingeborenen und einer Aufstandsgefahr spricht. Natürlich wird die Aufhebung der Sklaverei in das wirtschaftliche Leben einer großen Zahl von Leuten schwer eingreifen. Deshalb hat der Reichstag ja für die Verwaltung eine zehnjährige Uebergangsfrist geschaffen. Die Verwaltung kann aber Jahre ins Land gehen lassen, ohne irgend etwas zu tun, damit der Forderung des Reichstages Genüge getan werde. Als ich vor einigen Tagen über den Menschenraub in Afrika sprach, war mir bekannt, daß bestimmte Vorschriften bestehen. Als vor 25 Jahren eine Anzahl von Millionen gefordert wurde, um in Ostafrika vorzugehen, geschah es mit der Begründung, man wolle dem Sklavenhandel zu Leibe gehen. Rogh 25 Jahren aber besteht die Sklaverei noch, und man erklärte sich, man könne sie nicht einmal bis zum Jahre 1920 beseitigen. Diese amtliche Erklärung, daß man bis 1920 und darüber hinaus Menschen wie ein Stück Vieh behandeln wolle, empört mich aufs äußerste, ich empfinde sie als

deutsche Schande.

Was über die Unmöglichkeit der Aufhebung der Sklaverei gesagt wird, ist nicht richtig. Infolge der Entwicklung in Ostafrika steigt der Wert der menschlichen Arbeitskraft und die Folge ist, daß die Sklaven nur noch teurer werden. Man sagt, ein Sklave kann sich für 15 bis 20 Rupien loskaufen. Dabei werden 120 und mehr Rupien für einen Sklaven bezahlt und sie werden, wie schon gesagt, mit der steigenden Entwicklung des Landes noch teurer werden. Für meine Fraktion ist die Frage der Hinausführung der Abschaffung der Hausflaverei über 1920 hinaus vollständig undiskutabel; der Reichstag sollte unzweideutig zum Ausdruck bringen, es sei dringend geboten, Geld zur Verfügung zu stellen, damit dieser Schandfleck von der deutschen Kultur so bald wie möglich weggewischt werde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt.

Eine Resolution der Kommission, monach beim Bau der Eisenbahn im Gebiete von Ruanda und Urundi keinerlei staatlicher Arbeitszwang ausgeübt, für Arbeitsbeschäftigungen gesorgt und eine Wiederholung von Ruanda und Urundi durch Weibe ausgeschlossen werden soll, wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Etats für das südwestafrikanische Schutzgebiet in Verbindung mit dem nachtragsetat betreffend die Diamantenergie.

Abg. Hoch (Soj.):

Die Beratung des Etats in der Kommission hat zu so heftigen Angriffen auf die Kolonialverwaltung geführt, daß ich erwartet hatte, der Staatssekretär würde die erste Gelegenheit benutzen, um auf diese Angriffe zu antworten. Er hätte uns dann erspart, auf die Einzelheiten näher einzugehen. Der Verkauf der Diamanten, die in Deutsch-Südwestafrika gefunden werden, war bekanntlich durch kaiserliche Verordnung dahin geregelt, daß die Förderer verpflichtet waren, auf den eigenen Verkauf der Diamanten zu verzichten und sie einer Verkaufsgesellschaft, der sogenannten Diamantenergie auszuliefern, die den Verkauf unter Aufsicht des Reichs vorzunehmen hatte. Im Laufe der Zeit war verschiedentlich der Vorwurf erhoben worden, daß bei dieser Art des Verkaufs die Interessen der Förderer und des Reichs sehr geschädigt werden. Schließlich sah auch die Verwaltung den berechtigten Kern dieser Vorwürfe ein und hat ein anderes Verfahren eingeschlagen, das der Reichstag gefordert hat. Während früher die Diamanten durch einen Vertrag ausschließlich an eine Gesellschaft dreier Großkapitalisten in Antwerpen ausgeliefert wurden, wurde im vorigen Jahre zum ersten Male die Vergebung der Diamanten öffentlich ausgeschrieben. Aber die Hoffnung, daß nun der Verkauf so geregelt werde, wie es dem guten Recht der beteiligten Kreise entspreche, hat sich nicht erfüllt. Der Kampf zwischen Förderern und Regie ist noch verärgert worden. Das neue Verfahren hat aber jedenfalls bewiesen, daß der Vorwurf der Diamantenergie berechtigt war, daß seit Bestehen der Regie die Diamanten viel zu billig abgegeben worden sind und so die Förderer wie das Reich um viele Millionen geschädigt wurden zugunsten der drei Kapitalisten in Antwerpen. Einzig verantwortlich dafür ist die

Unfähigkeit der Kolonialverwaltung.

Sie hätte die Befugnis bekommen, die Gesellschaft zu bestimmen, die den Verkauf der Diamanten übernahm, und ihre Geschäftsführung zu überwachen. Bei der vorjährigen Ausschreibung ist nun ein

bedeutend höherer Preis erzielt worden, womit bewiesen ist, daß früher das Reich und die Förderer schwer geschädigt worden sind. Die Ausschreibung hat ferner bewiesen, daß es unmöglich so weiter geht, daß von Jahr zu Jahr die Bedingungen für den Absatz von Diamanten neu geregelt werden, daß vielmehr hier eine Regelung für längere Zeit getroffen werden muß. (Sehr richtig! bei den Soj.) Im übrigen hat die öffentliche Ausschreibung nur einen Sinn, wenn sie wirklich öffentlich ist. Die Erfahrungen bei der letzten Ausschreibung haben aber bewiesen, daß diese Voraussetzung nicht vorliegt. Das Antwerpener Syndikat war bereits so stark geworden, daß mit Ausnahme des Syndikats, das in London seinen Sitz hat und früher ausschließlich den Diamantenhandel beherrschte, kein ernsthafter Wettbewerber in Betracht kam. Daher muß in Zukunft ein anderes Verfahren eingeschlagen werden. Das ist auch aus einem anderen Grunde unvermeidlich geworden. Die von dem früheren Staatssekretär als besonders klug gepriesene Maßnahme, daß eine Gesellschaft dem Reich und den Förderern das ganze Risiko abnehmen und die Verpflichtung übernehmen sollte, die ganze Diamantenergie zu einem einmal festgesetzten Preise zu übernehmen, hat sich als unbrauchbar erwiesen. Die Regie hat sich genötigt gesehen, den Herren in Amsterdam die Erleichterung zu gewähren, nicht die ganzen Diamanten abnehmen zu müssen. Das Risiko muß also anders verteilt werden. Daran ist natürlich nicht zu denken, daß der jetzige Diamantenpreis etwa wieder heruntergeschraubt würde; er entspricht durchaus den Marktverhältnissen. Erfolgt nun eine Regelung für längere Zeit, so dürfen die Interessenten bei der Regelung des Verkaufs nicht ausgeschaltet werden. Das war ja der größte Fehler bei dem ursprünglichen Verfahren, daß die Herren von den Großbanken glaubten, alles allein machen zu können. Bei dieser schwierigen Frage, wo jeder Fehler von größter finanzieller Bedeutung ist, müssen Sachleute gehört werden, es müssen also in die Regie hineinkommen in erster Linie die Diamantenergieförderer. Ferner müssen in der Regie vertreten sein die Diamantenhändler, die Schleifereibesitzer und vor allem die Diamantearbeiter. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Diamantearbeiter vor Lohnrückerei geschützt sind, es muß den auf diesem Gebiet bestehenden Tarifen Geltung verschafft werden, und dazu ist es nötig, daß im Aufsichtsrat der Regie auch Vertreter der deutschen Diamantearbeiter sitzen. — Eine der wichtigsten Streitfragen ging dahin, ob es richtig ist, eine gewisse Grenze festzulegen, über die hinaus nicht gefördert werden dürfe. Prinzipiell haben sich die Förderer nicht dagegen erklärt, haben aber mit Recht verlangt, daß der Vorteil dabei nicht allein den drei Großkapitalisten in Antwerpen zugute kommen soll. Die Art, wie die Kolonialverwaltung in dieser Angelegenheit vorgegangen ist, war geeignet, die größte Erbitterung bei den Förderern zu erregen, die die Förderer auch zu unberechtigten Vorwürfen geführt hat. Bei der letzten Vergebung der Diamanten war als Bedingung ausdrücklich festgelegt worden, daß die ganze Menge der produzierten Diamanten abgenommen werden müsse. Aber kaum war der Vertrag mit dem Antwerpener Syndikat fertig, so wurde diesem gestattet, nur einen Teil abzunehmen. Als Entschädigung wurde angeführt, wir könnten unsere Abnehmer nicht Bedingungen auferlegen, die augenscheinlich nicht zu erfüllen sind. Aber diese Darstellung ist durchaus irrig und direkt darauf berechnet,

den Reichstag zu täuschen.

Dem Antwerpener Syndikat wurde das Zugeständnis von vornherein gemacht, und dadurch wurde die öffentliche Ausschreibung zu einer Komödie. Das Kolonialamt hätte, sobald es von diesem illegalen Vorgehen erfuhr, mit einem Donnerwetter dazwischenfahren müssen. Dadurch, daß uns in der Budgetkommission keine Mitteilung darüber gemacht worden ist, daß von der unbedingten Abnahme keine Rede sein könne, fühle ich mich direkt getäuscht. Einem Urteil über das Vorgehen der Verwaltung will ich mich trotzdem vorläufig enthalten und die Erklärung der Regierung abwarten. Die Förderer wollten aber nun nicht darauf eingehen, daß dem Antwerpener Syndikat in dieser Weise ein Millionengeschäft gemacht wurde, sondern bestanden auf den Vertrag. Die Kolonialverwaltung hat daraufhin erklärt, die Regie übernehme den Jinsverlust, der durch die Zurückhaltung von Diamanten in der Regie herbeigeführt werde. Die Förderer seien dadurch nicht geschädigt. Zu diesem Zweck wurde der sogenannte Dispositionsfonds benutzt. In diesem Fonds steht aber kein Wort davon, daß er angemahnt wird, um den Herren in Amsterdam Geschenke zu machen, denn darauf kam es doch hinaus, wenn die Regie den Jinsverlust übernahm, den sie auf Grund des Vertrages zu tragen hatten.

Einen weiteren Angriff muß ich erwähnen, weil der Staatssekretär es nicht für nötig gehalten hat, sich gegen diesen ehrenrührigen Vorwurf zu wehren. Es wird nämlich behauptet, daß die Leitung der Regie in einem zu intimen Verhältnis zu dem Antwerpener Syndikat steht und daß das dazu geführt habe, daß dem Syndikat die Diamanten jahrelang zu einem unverantwortlich billigen Preise abgegeben worden seien. Das ist doch ein so schwerer Vorwurf, daß er offenbar unberechtigt sein muß, aber man kann von der Verwaltung verlangen, daß sie ihn nicht ruhig hinausgehen läßt, ohne Einspruch dagegen zu erheben.

Nach all den gemachten Erfahrungen hätte die Kolonialverwaltung sich nicht dazu hergeben sollen,

nach der Pfeife der Großbanken zu tanzen.

Gegen die Förderer ist sie schonungslos vorgegangen. Der einzige Raum, der im Kolonialamt dem Großkapital entgegengetreten ist und die Wünsche der Förderer und Schleifer berücksichtigt hat, hat gehen müssen oder ist von selbst gegangen. Die Herren, die an seine Stelle getreten sind, sind gewiß unter den schwierigsten Verhältnissen tätig, aber jedenfalls hat sich im abgelaufenen Jahre die Kolonialverwaltung nicht mit Ruhm bedeckt. Sie ist von dem Wege, der im vorigen Jahre eingeschlagen worden ist, immer mehr abgekommen und ist bemüht gewesen, immer mehr einseitig die Interessen der Großbanken zu wahren. Wir hoffen, daß sie im Jahre mehr dem Wohl der Gesamtheit entsprechend handeln wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Solz:

Ich nehme an, daß wenn der Vorredner das Stenogramm meiner Rede liest, er nachher zu mir kommen und sich entschuldigen wird. Im vorigen Jahre habe ich ihm über alles, was er vorgebracht hat, Rede gestanden, habe ihm sogar gedankt für gewisse erwägenswerte Anregungen im Interesse der Schleifer. Auf die heutige Rede werde ich ihm im einzelnen nicht erwidern, da sie Beleidigungen, ja sogar Verleumdungen gegen mich enthält. (Große Lärche bei den Sozialdem.) Er hat behauptet, daß betrügerische Manipulationen in der mir unterstellten Regie vorgekommen sind, trotzdem ich in der Budgetkommission entgegengelegte Erklärungen abgegeben habe. Darauf bezieht sich das harte Wort, das ich gebraucht habe. Ich kann davon nichts zurücknehmen, ehe nicht der Herr Abgeordnete die Beleidigungen zurücknimmt, die er mir entgegengeschleudert hat. (Bravo! rechts.) Ich erkenne an, daß er sich in das schwierige Diamantengeschäft eingearbeitet hat, aber in das der Schleifer, nicht der Förderer. Die Beziehungen, die das Kolonialamt mit dem Herrn Abgeordneten gehabt hat, insbesondere im Interesse der Schleifer, waren doch so, daß ich es für unmöglich gehalten hätte, daß er heute so gegen mich und die Kolonialverwaltung auftritt.

Auf den Diamantenhandel kann ich heute nicht ausführlich eingehen, da wir gerade vor dem Abschluß eines sehr wichtigen Geschäftes sind, an dem auch der Fiskus bedeutenden Anteil hat. In der Budgetkommission habe ich dargelegt, warum es sich handelt. Ferner kommt in Betracht, daß nach dem monatelangen Kampf mit den Förderern jetzt eine Beschöpfung erfolgt ist.

Herr Hoch hat hier offene Türen eingeernt. Es ist bereits beschlossen, daß die Förderer den Löwenanteil in der Regie haben sollen. Die haben auch den Gedanken erwogen, ob wir einen Schleifer hineinnehmen sollen, haben uns aber über die Verdon nicht einigen können, und ich möchte den Förderern, um nicht von neuem den Frieden zu brechen, keine Person aufdrängen. Sie werden selbst sehen, daß ich sehr unter dem Eindruck der gegen mich erhobenen Beleidigung stehe. Ich will deshalb nicht weiter auf die Dinge eingehen, um nicht unsachlich zu werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Erzberger (Z.):

Mit den Einnahmen aus den Diamanten steht und fällt der Etat. Es wäre dringend wünschenswert, daß endlich einmal mit den ewigen Diamantdebatten Schluss gemacht werden könnte. Man sollte über all die falschen Maßnahmen der Vergangenheit jetzt nicht mehr sprechen, wo friedliche Beziehungen zwischen der Verwaltung und den Förderern herbeigeführt worden sind. Ich hoffe, daß die Regelung so erfolgen wird, daß die Einnahmen aus den Diamanten sich weiter so glänzend für das Reich entwickeln wie bisher. Vielleicht bringt Südwestafrika auf diese Weise sogar einmal einen Ueberfluß. Freilich würde ich dem Staatssekretär nicht raten, schon heute einen Geldschrank dafür anzuschaffen. (Heiterkeit.) Der Errichtung der Dvambobahn stimmen meine Freunde zu, aber nur unter der Voraussetzung, daß genügend sanitäre Maßnahmen bei der Heranschaffung von Arbeitern aus subtropischen Gebieten getroffen werden. Der Staatssekretär sollte nicht so sparsam mit der Anstellung von Eingeborenenkommissaren vorgehen, dann werden uns die traurigen Erfahrungen aus Ostafrika in Südwestafrika erspart bleiben. — Aber die Millionen, die wir für Südwestafrika bewilligen, kommen fast ausschließlich den Gesellschaften zugute, die sich aus den Konzessionen entwickelt haben, die in den vier Jahren ohne jede Gegenleistung vom Kolonialamt verliehen worden sind. Die Kommission hat mit der von ihr beschlossenen Forderung des Gesetzes über die Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete dem Staatssekretär eine starke Waffe in die Hand gegeben, mit der er der Erschließung des Landes dienen kann, wenn er sie rücksichtslos gegen die Konzessionsgesellschaften anwendet. Jene Gesellschaften haben diese Gesellschaften nicht verdient, die niemals etwas zur Erschließung des Landes tun wollen, sondern reine Spekulationsgesellschaften sind. Wir müssen dafür sorgen, daß die Millionen, die wir in das Land stecken, nicht einigen großen Spekulationsgesellschaften zugute kommen, sondern daß ein wirtschaftlich freies und unabhängiges Land entsteht. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Solf:

Aus dem Stenogramm der Rede des Abg. Hoch ersehe ich, daß der von mir als „Verleumdung“ bezeichnete Vorfall in hypothetischer Form ausgesprochen ist. Ich hatte aus Ton und Haltung den Eindruck des Positiven. Da aber nicht der subjektive Eindruck, sondern der objektive Wortlaut maßgebend ist, kann ich das Wort „Verleumdung“ nicht ausrecht erhalten.

Abg. Waldstein (Sp.):

Die Diamanten sind wie im Nibelungenheim verborgen; man kann bei den Diamanten auch geradezu von einer Nibelungennot sprechen. Bei der Frage der Diamanten und der Diamantenregie darf jedenfalls nicht gegen das Gesetz verstoßen werden, und die Forderung des Kolonialamtes nach der gänzlichen Uebernahme der Diamantenregie steht nicht im Einklang mit dem Statut der Regie. Das war ein Staatsstreik, der nicht ganz ungefährlich ist, weil in den Kreisen der Kapitalisten die Stimmung um sich greift, daß man mit dem Kolonialamt Geschäfte nicht machen könne, weil man sich auf Recht und Gesetz dabei nicht ganz verlassen könne. — An den Kosten für die Schutztruppe und die Landespolizei hat der Reichstag das Schutzgebiet selbst beteiligt; wir sichern uns dadurch die sachliche Mitwirkung des Landrates bei der Entscheidung über die Größe der Schutztruppe und der Landespolizei. Für die Verwendung der Ueberschüsse zufolge der Diamanten kommen in Frage der Ausbau der wasserwirtschaftlichen Anlagen und des Eisenbahnebes, speziell stimmen wir gern zu der Dvambobahn, nicht nur im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, sondern vor allem auch im Interesse der Eingeborenen. Das müssen auch die Sozialdemokraten anerkennen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

Der Resolution der Kommission, im Norden des südwestafrikanischen Schutzgebietes eine solche Regelung der bergrechtlichen Verhältnisse herbeizuführen, daß eine sachgemäße Erschließung des Landes sich vollziehen kann, stimmen wir zu. Ebenso dem von der Kommission beschlossenen Gesetzentwurf, der die Konzessionsgesellschaften, die Land in der Nähe von Bahnbauten, Strombauten usw. haben, zu Leistungen für diese Anlagen in einem ihrem Interesse an der Anlage entsprechenden Maße heranziehen will. Da den Gesellschaften Abgabefreiheit eingeräumt ist, könnte es scheinen, als ob dieses Gesetz ein Rechtsbruch unter dem Schein der Gesetzlichkeit wäre. Einem solchen würden wir niemals zustimmen. Aber die hier in Anspruch genommenen Leistungen fallen nicht unter den Begriff der Abgaben. Wir wollen in den Kolonien nicht eine Eingeborenenpolitik treiben, auch nicht eine Kapitalistenpolitik, sondern deutsche Kulturpolitik. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Hierauf vertagt sich das Haus. Ein während der Sitzung eingegangener Nachtragsetat für 1913 wird debattelos der Budgetkommission überwiesen.

Abg. Hoch (persönlich):

Ich habe auch nicht hypothetisch eine Verleumdung gegen den Staatssekretär ausgesprochen, sondern habe ausdrücklich betont, daß der erwähnte Vorwurf offenbar unberechtigt sein müsse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe geradezu die offenkundige Ehrenhaftigkeit der Kolonialverwaltung als Beweis dafür angeführt, daß ein solcher Vorwurf gar nicht berechtigt sein könne. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär meinte, er setze voraus, daß ich mich entschuldigen werde. Das hätte ich auch getan, wenn ich aus dem Stenogramm ersehen hätte, daß ich auch nur ein Wort zu viel gesagt habe. Ich hätte dann offen und frei erklärt: ich habe mich geirrt und hätte nicht in verletzender Weise den Vorwurf noch einmal erhoben. Das möge sich der Staatssekretär ad notam nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Abg. Lebebour: Der Staatssekretär schweig!) Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Kurze Anfragen, Fortsetzung der Beratung des Kolonialsetats.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung, Donnerstag, den 19. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Treitenbach.

Die zunächst auf der Tagesordnung stehende Fortsetzung der Beratung des Eisenbahnetats gibt einer großen Anzahl Abgeordneter Gelegenheit, wahlkreispolitische vorzutragen. Schließlich werden die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben bewilligt. Damit ist die zweite Lesung des Eisenbahnetats beendet.

Das Grundteilungs-gesetz.

Bei Beginn der Verhandlung erscheinen die Minister Frhr. von Schorlemer-Lieser, von Dallwitz, Dr. Weseler am Ministertisch.

Zu dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über Teilung Land- oder forstwirtschaftlicher Besitzungen sind vier nationalliberale Anträge, ferner ein fortschrittlicher und ein konservativer Antrag eingegangen.

Der freikonservative Antrag erachtet die Regierung im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes im Erhebungen über größere Zusammenläufe des bäuerlichen Grundbesitzes in den letzten zehn Jahren.

Der erste nationalliberale Antrag erachtet im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes im Zusammenstellung der Verflechtung und der Zusammenziehung des ländlichen Grundbesitzes und der ländlichen Wirtschaftsbetriebe und der Zusammenziehung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten. Die drei übrigen nationalliberalen Anträge enthalten Gesetzentwürfe a) betreffend Anstellung von Landarbeitern und Schaffung von Almenden in den Provinzen Pommern, Ostpreußen und Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover, b) betreffend Schaffung von kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben, c) betreffend Förderung der inneren Kolonisation durch provinzielle An siedelungsgesellschaften in den genannten Provinzen. Für jeden dieser Zwecke soll ein Fonds von 100 Millionen zu Staatsdarlehen bereitgestellt werden.

Der fortschrittliche Antrag enthält einen Gesetzentwurf betreffend Bereitstellung von 800 Millionen Mark zur Gewährung von Staatsdarlehen für innere Kolonisation.

Minister Frhr. v. Schorlemer:

Schon früher habe ich die Ziele und Grenzen der inneren Kolonisation zu skizzieren versucht. Von einer Abschaffung des Großgrundbesitzes kann keine Rede sein. Vielmehr handelt es sich um ein richtiges Verhältnis zwischen Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz. Die von dem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen sollen die Anziehung von Bauern und Arbeitern erleichtern, wo es sich um die Aufteilung größerer Güter handelt. Die zunehmende Entvölkerung des platten Landes, hervorgerufen durch die zunehmende Industrialisierung — wört etwa durch Großgrundbesitz und Bauernlegen — hat die Bestrebungen der inneren Kolonisation ins Leben gerufen. Ebenso der Zug der ländlichen Bevölkerung vom Osten nach dem Westen, wo sich bessere Arbeitsbedingungen bieten. Die Siedlungsgesellschaften, die seit den achtziger Jahren wirken, sind nicht erfolglos gewesen. Die Schwierigkeiten, mit denen diese Siedlungsgesellschaften zu kämpfen haben, sollen durch den vorliegenden Gesetzentwurf beseitigt werden. Da handelt es sich zunächst darum, den gewerbmäßigen Güterhandel, durch den eine unwirtschaftliche Zerstückelung des Bodenbesitzes gefördert wird, zu beschränken. Diesem Zwecke dient die Bestimmung, daß bei einer Zerstückelung des Besitzes die Genehmigung der Regierung eingeholt werden muß. Dadurch wollen wir den Grundstücksbesitzer und die Konkurrenz, die die gewerbmäßigen Händler den Siedlungsgesellschaften machen, aufheben. Auch die unmäßige Steigerung der Bodenpreise kann durch eine solche Maßnahme verhindert werden. Wir haben ein Interesse daran, die Erhaltung des bäuerlichen Besitzes in derselben Hand mehr wie bisher zu unterhalten. Jede Zerstückelung von Gütern, die den vom Staate geförderten Siedlungsgesellschaften entgegengesetzt ist, vor allem in Westpreußen und Posen, soll beseitigt werden. (Abg. Wolf Hoffmann: Hört! hört!) In Bayern ist es bereits gelungen, den Güterhandel und die gewerbmäßige Verrentung der Güter erheblich zurückzudrängen, durch ähnliche Maßnahmen, wie wir sie jetzt vorschlagen. Zu diesen Maßnahmen gehört besonders das Vorkaufsrecht, das die Bestimmung hat, den Landbedarf für die innere Kolonisation sicherzustellen. Gewiß hat es Bedenken, in die privaten Rechtsverhältnisse einzugreifen, aber hier muß es geschehen, da nur das Vorkaufsrecht eine wirksame innere Kolonisation ermöglicht. Es schädigt weder den Besitzer, der sich ja bereits seines Besitzes entäußert hat, noch den Käufer, der im voraus mit diesem Recht rechnen kann. (Lautes Lachen links.) Das Vorkaufsrecht ist keine Erfindung von mir. In Bayern ist es bereits eingeführt und von Rationalökonomern, die der rechten Seite dieses Hauses angehören, anerkannt worden. Dieser Gesetzentwurf, schwerwiegend und bedeutungsvoll wie er ist, wird vielleicht nicht Ihre vorbehaltlose Zustimmung erhalten, aber Sie werden bereit sein, die Vorschläge der Regierung einer Kommission zu übergeben, die zusammen mit der Staatsregierung daraus ein Gesetz gestaltet, das sich als brauchbar erweist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Kries (L.):

Ich beantrage, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 25 Mitgliedern zu überweisen. Die grundsätzlichen Ziele der Regierung werden keine Gegner finden. Gegenüber der nationalen Bedeutung, die dem vorliegenden Gesetzentwurf zukommt, darf der Streit der Parteien keine Rolle spielen. (Sehr wahr!) Durch die Zurückführung der Bevölkerung auf das platte Land haben wir die Kraft und die Gesundheit unseres Volkstums. Bisher war alles vergeblich, was die Siedlungsgesellschaften geleistet haben. Die Staatskontrolle über die gewerbmäßige Güterzerstückelung genehmigen wir. Das Gesetz kann die Grundstückspreise von ihrer ungehörigen Höhe herabdrücken. Wegen das Vorkaufsrecht haben wir grundsätzliche Bedenken, da es einen starken Eingriff in das Privateigentumsrecht bedeutet. Es kann selbst durch die Interessen der inneren Kolonisation nicht gerechtfertigt werden. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ist der Redner eingehende Kritik an den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs. Der fortschrittliche Antrag würde zu viele neue Beamte fordern. Das Gesetz soll eine Bestimmung enthalten, die verhindert, daß bestehende gute Zustände durch falsche kolonisationspolitische Maßnahmen verschlechtert werden. Trotz aller unserer Bedenken wird sich die Mehrheit des Hauses zu einem für unser Vaterland heilsamen Gesetze zusammenfinden. (Lebhafter Beifall rechts.)

In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird der Vorschlag des Präsidenten, morgen schon um 10 Uhr zu beginnen, abgelehnt.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Reichs-Befoldungsordnung in der Budgetkommission.

Die Beratung der Befoldungs-novelle wurde am Donnerstag bei § 1 fortgesetzt. Die in einem Kompromißantrage der bürgerlichen Parteien geforderte Gehaltserhöhung für höhere Postbeamte stieß auf entschiedenen Widerstand bei der Regierung, die kategorisch erklärte, daß sie sich auf Wünsche, die über die Vorlage hinausgehen, grundsätzlich nicht einlassen könne. Die Parteien beharrten jedoch auf ihrer Forderung und eine Mehrheit stimmte ihr zu. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung, da sie ihre Haltung zur Befoldungsvorlage abhängig machen von der Stellung der Mehrheitsparteien zu § 5 der Vorlage. Die übrigen Forderungen des Kompromißantrages, sowie die §§ 2 und 3 der Vorlage wurden ohne erhebliche Debatte bewilligt.

Bei § 4 der Vorlage entstand eine längere Auseinandersetzung über die Reuegelung der Gehaltsfrage von Deck-offizieren. Die vorgeschlagenen Aufbesserungen, die recht ansehnlich sind und den Etat mit einer Mehrausgabe von über 1 1/2 Millionen Mark belasten, wurden mit dem starken Interesse begründet, daß die Marineverwaltung an der Erhaltung eines guten Deckoffizierpersonals hat. Im Zusammenhange mit § 4 wurde auch § 7 der Vorlage erledigt.

Im Gegensatz zu diesen reichlichen Zuwendungen nimmt sich die Zulage, die den Reichseisenbahnbeamten gewährt werden soll, ungemein klaglich aus; sie schrumpft bis auf ganze 20 M. pro Jahr zusammen und bleibt auch dann noch klein. Denn nach § 5 der Vorlage soll der seit 40 Jahren gewohnte nicht-pensionsfähige Zuschuß insoweit in Wegfall kommen, als die durch die Befoldungswelle erhöhten Gehaltsätze die bisher geltenden Sätze in den einzelnen Gehaltsstufen übersteigen. Der Effekt dieser Bestimmung würde für Unterbeamte einzig darin bestehen, daß 20 M. nicht-pensionsfähiger Zuschuß in eine pensionsfähige

Zulage verwandelt werden. — Genosse Weill begründete die im Antrag der Sozialdemokraten verlangte Streichung des § 5. Ein Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien forderte Streichung des bisherigen Zuschusses für die nach dem 1. März 1914 angestellten, Verbehalten für die vor diesem Termin angestellten Beamten, jedoch mit der Maßgabe, daß künftige Aufbesserungen um ein Drittel gekürzt werden. Die Regierung begründete ihr Vorgehen mit der Notwendigkeit, die früher gewährten Zuschüsse abzubauen; es wurde ihr aber von verschiedenen Seiten bedeutet, daß es unbillig sei, damit bei den untersten Beamtenklassen zu beginnen. Ein Vertreter der Sozialdemokratie erinnerte daran, daß bei Bewährung des Zuschusses alle Parteien einig gewesen seien in der Ueberzeugung, daß der Zuschuß berechtigten Bedürfnissen entspreche und nicht wieder entzogen werden dürfe. Mit 13 gegen 12 Stimmen wurde schließlich § 5 abgelehnt. Der Rest der Vorlage wurde sodann in erster Lesung beendet.

Der Kampf um die Jugend.

Zur bevorstehenden Schulentlassung.

Wenn heute noch bei einem leider recht erheblichen Teile der organisierten Arbeiterschaft eine merkwürdige Gleichgültigkeit gegenüber der Jugendbewegung zu bemerken ist, so zeugt das von außerordentlich bedauerlicher Kurzsichtigkeit und einer verhängnisvollen Verkennung der Bedeutung unserer Jugendbewegung.

Es ist eine durchaus irrtümliche, indes nicht selten anzutreffende Auffassung, zu glauben, die Frage der Einordnung Jugendlicher in die allgemeine Bewegung als gewissermaßen vorbereitenden Teil werde über ein interessantes Treibhausexperiment hinaus keine praktische Bedeutung erlangen. Wie wenig es sich jedoch um ein künstliches Gebilde handelt, beweist zur Genüge die unerbittliche Förderung der bürgerlichen Jugendbewegung durch die herrschende Klasse und deren ausführendes Organ, die Regierung.

Und in der Tat müssen wir uns gewöhnen, den Kampf um die Seele der Jugend als das Ergebnis einer folgerichtigen historischen Entwicklung zu betrachten. Nichts wäre für die Zukunft der Arbeiterklasse verhängnisvoller, als hier einen ähnlichen Gleichmut zu wiederholen, dessen unangenehme Folgewirkung von der gelben Bewegung her uns allen nur zu bekannt sein dürfte. Bei Licht besehen ist aber gerade dieses gelbe Gewächs Vater der bürgerlichen Jugendbewegung. Diese gelben Verbände sind indes dem Unternehmertum längst nicht mehr Selbstzweck, vielmehr ein zwar recht unangenehmer, jedoch zur Niederhaltung der Gesamtarbeiterschaft augenblicklich noch unumgänglicher Notbehelf. Die Organisation der „Wirtschaftsfriedlichen“ ist für das Unternehmertum eine an sich ziemlich kostspielige Sache, die zudem nicht einmal Gewähr für unbedingte Zuverlässigkeit bietet; denn bei dem gelblichen Terror ist es natürlich unmöglich, die reguläre Ware von der Konterbande zu sondern. — Nun hat sich aber neben den sechshundert Elementen gelber Couleur eine Elite-truppe gebildet, deren ausschließliche Aufgabe es ist, von Ort zu Ort ziehend, jeden auch noch so berechtigten Streik mit Mitteln rohester Gewalt unmöglich zu machen. — So sehr auch im Einzelnen der Erfolg solcher Aktionen von der herrschenden Klasse begrüßt werden mag, jeder Unternehmer weiß genau, daß durch zu häufige Inanspruchnahme dieser „nationalen Mitarbeiter“ die schönste Anarchie in seinen Betrieb getragen wird und der „Herr-im-Hause-Standpunkt“ gegenüber dem Auftreten dieser „Friedlichen“ sich eine recht erhebliche Einschränkung gefallen lassen muß. Hinzu kommt noch die nahende Erschöpfung des Reservoirs, aus dem die gelbe Bewegung bisher gespeist worden ist. Grund genug, sich nach dauerndem und vor allem zuverlässigerem Ersatz umzusehen. — Deshalb die gegenwärtig geradezu epidemisch auftretende Liebe aller an Erhaltung des Bestehenden interessierten Kreise zur heranwachsenden Jugend. Denn in der Beeinflussung der Jugend, die bestehende Ordnung als die beste anzuerkennen, steht die herrschende Klasse eine der letzten Möglichkeiten, sich Macht und Besitzstand noch auf absehbare Zeit zu sichern. In ganz klarer Weise tut sich somit kund: allen schmückenden Beiwerk entkleidet, ist das Ringen um den Besitz des proletarischen Nachwuchs nachster politischer und wirtschaftlicher Machtkampf. Gewiß wird hiermit nichts Neues ausgesprochen, aber es kann nicht oft und eindringlich genug auf die Gefahr hingewiesen werden, die der Arbeiterschaft von dieser Seite droht. Spötteln über das Grimborium und den Fiskus, der die bürgerliche Jugendbewegung charakterisiert, ist leicht und bequem. Schwerer ist es schon annehmbare Vorschläge zu machen, geeignet, unsere Bewegung zu der ihrer geschichtlichen Sendung entsprechenden Bedeutung zu verhelfen.

Mit sicherem Instinkt und ständlichem Erfolge haben Gründer und Leiter der Jungdeutschland-Organisationen eine Eigenkraft zu nützen gewußt, die mehr oder minder Erbteil jedes Menschen: den persönlichen Egoismus. — Durch Entnahme der Ausstattung aus der Requisitionskammer des dreimal heiligen Militarismus ist man bestrebt, diesen ererbten Trieb in der raffiniertesten Weise zu steigern. Die Lust zum Soldatenpiel ist die Leimrute. Durch den Geist der Subordination sollen unter der Maske harmlosen Spiels selbständige Regungen frühzeitig erstickt werden, um so nach und nach in der heranwachsenden Generation eine geistig und körperlich verflachte Masse heranzuzüchten, deren Wohl und Wehe ganz in die Hand des sogenannten „Vrottern“ gelegt ist. — Angesichts dieses trivialen Attentats auf die Zukunft des arbeitenden Volkes wirkt die in weiten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft noch vorhandene Teilnahmslosigkeit um so erstaunlicher. Stünde nur die Jugend des Bürgerturns in Frage, wäre jedes Wort maßig. Aber das Gros der bürgerlichen Vereine rekrutiert sich ja gerade aus Proletarierkindern.

Es muß deshalb mit aller notwendigen Schärfe betont werden, daß Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, die ihren Kindern die Teilnahme an Verbindungen gestatten, deren Tendenz eine unüberlembare arbeitserfindliche ist, geradezu ein Verbrechen begehen, nicht nur an ihrer Klasse, sondern auch an sich selbst und ihrer Familie. — Unzweifelhaft liegt diesem Tun ein gut Teil jener Gedankenlosigkeit zugrunde, die eine erhebliche Anzahl sonst kirchenfeindlicher Arbeiter ihre Kinder taufen und einsegnen läßt, um, wie man so schön sagt, sie in ihrem Fortkommen nicht zu hindern. Daß aber durch solch inkonsequentes Verhalten Tausenden von Kindern, deren Eltern ihrer Ueberzeugung in konsequenter Weise Rechnung tragen, das Leben, besonders in der Schule, bitter-sauer gemacht wird, sei nur nebenher erwähnt. — In ähnlicher Weise mag bei manchem sonst aufgeklärten Elternpaar der Glaube obwalten, die militärischen Spielereien der Pfadfinder und gleichgerichteten Organisationen könnten geeignet sein, ihrem Sohne den Militärdienst leichter zu machen und ihn so vor den gefährdeten Mißhandlungen zu schützen. — Nun, wer die Jahre hindurch die militärischen Mißhandlungen verfolgt hat, dem ist sicher die Tatsache nicht entgangen, daß die Opfer der Nothlinge um großen Teil geistig minderwertig oder aber solche Menschen sind, denen das Selbstbewußtsein durch Schule, Kirche und auch Elternhaus schon in frühesten Jugend ausgetrieben worden ist. Die gesamte bürgerliche Jugendbewegung ist aber auf den Autoritätsglauben eingestellt und dieser, in konsequenter Ueberführung, züchtet den Kadavergehörigkeit und liefert so den Soldatenkindern das Material für ihre Verfallsitäten. Es tritt somit genau das Gegenteil dessen ein, was naive Eltern gemüht erhoffen. Wenn es daher

eruft ist mit dem Kampfe gegen den Menschengeiz und Menschen-
eure brutal zertretenden Kadavergehorjam, der halbe seine
Kinder fern von der nationalen Jugendbewegung, die aus unseren
Söhnen ein Volk von Kriegsknechten machen möchte.

Kun noch einige Bemerkungen zu den Fragen, wie unsere Jugend-
bewegung am wirksamsten gefördert werden kann und wer zur Mitarbeit
befähigt ist. — Bereits oben wurde bemerkt, wie die Drahtzieher des
Jugenddeutschlandbundes bestrebt sind, den Egoismus des einzelnen zur
Verankerung ihrer Macht zu benutzen. Der persönliche Ehrgeiz ist
der Todfeind der Solidarität. Da wir nun in einem Klassenstaat
leben und Klassengefehen unterworfen sind, liegt nichts näher, als
dem persönlichen den Egoismus der Klasse entgegen-
zustellen. Nicht so sehr das Einzelindividuum, als vielmehr der
Angehörige einer bestimmten Klasse ist das Objekt unserer Verber-
arbeit. — Unausgesprochen muß in allen die Jugend betreffenden Ver-
anstaltungen, mögen es nun Einzelvorträge, Kurse, Führungen, Wande-
rungen usw. sein, sichtbar zum Ausdruck gebracht werden: Sieh her, all
diese Hülle des Notwendigen und Nützlichen, des Erhabenen und Schönen
wird dir nicht vorenthalten als Persönlichkeit, nein, du mußt es ent-
schreiben, weil dich der Zufall der Geburt in die Mitte der Armut
verschlug.

Mit Eifer und pädagogischem Geschick durchgeführt, wird ein
solches Vorgehen den jugendlichen Arbeiter als Erwachsenen folgen-
richtig in die Reihen derer führen, die im solidarischen Zusammen-
schluß die einzige Möglichkeit erkannt haben, der Menschheit ein
besseres Los zu erkämpfen. Dabei haben wir es wahrhaftig nicht
nötig, ähnlich den Nationalen, Zusammenkünfte unserer Jugend mit
politischen Debatten auszufüllen.

Was nun die Frage anlangt, wer zur Mitarbeit in der Jugend-
bewegung befähigt sei, so würde sich dieselbe eigentlich erübrigen,
wenn nicht immer wieder Klagen über Mangel an Kräften geführt
würden. In der Hauptsache handelt es sich indes wohl mehr um
Klagen hinsichtlich der Qualität. Und in der Tat: für Gouvernanten,
Schulmeister, Autoritätsfanatiker und ähnliche Kategorien bedonkt
sich unsere Jugend. Wer zu ihr kommt, darf nicht mit der Eile
moralisierender Anstandskantanten bewaffnet sein, sondern muß ein
warmes Herz sein eigen nennen, das mit der Jugend zu
fühlen weiß. Und nur in liebevollem Eingehen auf die
Eigenart des Lebensalters wird es ihm gelingen, alle heftigen
Ausbrüche übersäuender Kraftgefühls zu zügeln. — Dabei spielt
das Alter der Mitarbeiter absolut keine Rolle. Während wir einer-
seits junge Leute von geradem phylisterischer Gesegtheit haben, gibt es
andererseits alte Genossinnen und Genossen, denen die Zeit nichts von
ihrer jugendlichen Lebensauffassung rauben konnte. Ganz besonders
aber sind zur Mitarbeit jene berufen, die das sorglose Glück der
Jugend nie kennen gelernt haben. Im Kreise dieses Völkchens
können sie zwar das Verlorene nicht wieder gewinnen, aber in
hingebender Erfüllung einer dankbaren Aufgabe die Lücke in ihrem
Dasein weniger schmerzhaft machen. — Wen freilich nicht innerer
Drang zur Sache treibt, sondern einzig der Ehrgeiz, einen Posten,
gleich welcher Art, in der Bewegung zu bekleiden, der lasse

gefälligst die Finger davon, denn er richtet mehr Schaden an, als
zehn andere gut machen können.

Dem unter den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern an einer
ernsthaften Förderung unserer Jugendbewegung gelegen ist, der trete
den bestehenden Jugendheim-Vereinen bei. Je reifloser das geschieht,
desto größer wird der Erfolg sein. Jeder Grobian ist ein Baustein
und kein Kapital wird für die Arbeiterbewegung bessere Zinsen
tragen, als das so angelegte.

Die bevorstehenden Schulentlassungen geben uns wieder will-
kommenen Anlaß, alle Arbeiterkinder in erhöhtem Maße auf die Be-
deutung der proletarischen Jugendbewegung hinzuweisen. Wenn die
herrschende Klasse, gefügigt auf die Autorität der Staatsgewalt und
unter Benutzung der staatlichen Machtmittel einerseits mit ver-
lockendstem Sirenenfang die Jugend zu lödern und unter das
nationale Banner zu führen sucht, andererseits aber die proletarische
Bewegung mit aller Brutalität zu unterdrücken trachtet, dann
mühte sich doch jedem Arbeiter der Gedanke getadelt aufzuzwingen,
daß es bei diesem Ringen um einen der letzten Rettunganker der
herrschenden Klasse geht.

Aus aller Welt. Opfer der Armut.

Der weit verbreitete Notstand, daß auch die Mutter außerhalb
des Hauses Lohnarbeit verrichten und ihre aufsichtbedürftigen Kinder
allein in der Wohnung lassen muß, hat neuerdings wieder drei
Opfer gefordert. Auf dem Leihgute Baumgarten bei Waren
in Mecklenburg sind die drei Kinder eines Schnitterpaares, die in
der armseligen Kute der Eltern eingeschlossen waren, elendiglich
umgekommen. Es war ein Brand entstanden, und bevor die
Feuerwehr zu den hilflosen Wesen vordringen konnte, waren sie,
zwei Mädchen und ein Junge, schon im Rauche erstickt.

So kommen Menschenkinder wegen Mangels an Aufsicht schänd-
lich um, während es in unserer herrlichen christlichen Welt Klub-
häuser und Aufwärterinnen für Hundegibt! Während
man die Menschenkinder in den erbärmlichsten Löhren unter jämmer-
lichen Lebensbedingungen großzieht, wohnt das Hundevieh mancher-
orts in Räumen mit Polstermöbeln, mit Seiden- und
Spitzengardinen, trägt kostbare Kragen, Bänder und We-
dailons und verpfeift ausschließlich Delikatessen. Wie lange wollen
die Menschen diese Verrücktheit noch ertragen? Wie lange
wollen sie sich noch als Hunde behandeln lassen, während Hunde wie
Fürsten gehätschelt werden?

Schiffskatastrophe in der Nordsee.

In der Nähe der Westfriesischen Inseln bei Gaals Feuererschiff
hat sich in der Nacht zum Donnerstag ein folgenschwerer Schiffs-
zusammenstoß zugetragen. Der deutsche Dampfer „Kaiser
Wilhelm der Große“ stieß auf seiner Fahrt mit einem un-
bekannten weißen Dreimastdampfer zusammen. Das fremde

Segelschiff erlitt bei dem Anprall so schwere Beschädigungen, daß es
nach etwa 50 Minuten sank. Bald nach dem Zusammenstoß
stellte der Kapitän des deutschen Dampfers fest, daß sich die Be-
satzung des Schoners nicht mehr an Bord befand. Nachdem
der Schoners gesunken war, lehrte der Dampfer „Kaiser Wilhelm der
Große“ an die Unfallstelle zurück. Der Dampfer hielt sich ungefähr
zwei Stunden in der Nähe auf und suchte die Unfallstelle ab, ohne
etwas von der Mannschaft des gesunkenen Schoners zu entdecken.
Mit größter Wahrscheinlichkeit dürfte die Besatzung des Schoners,
da ruhige See war, von in der Nähe befindlichen Dampfern auf-
genommen worden sein.

Kleine Notizen.

Noch ein Nachklang zum Kieler Verfall. Auf Eruchen des
Untersuchungsrichters in Kiel wurde in Hamburg der Kaufmann
Rudolf Keugebauer, der verdächtig ist, mit den Unterschleifern
auf der Kieler Werft in Verbindung gestanden zu haben, ver-
haftet und nach Kiel gebracht.

Die Mannschaft des „Walder“ gerettet. Wie aus Cuxhaven ge-
meldet wird, ist die Mannschaft der untergegangenen englischen
Schonerbarke „Walder“ nicht, wie zuerst gemeldet, ertrunken,
sondern von dem deutschen Schlepper „Vulkan“ gerettet und
in Cuxhaven gelandet worden.

Familien drama. In Salzdahlum bei Braunschweig wurde
Donnerstag früh die Frau des Kossäten Heinrich Vöhr mit einem
Beil erschlagen in ihrer Wohnung aufgefunden. Den Ehemann
fand man im gleichen Raum erhängt vor. Es ist anzunehmen,
daß der Ehemann seine Frau nach vorangegangener Streit-
erschlagen und sich dann selbst erhängt hat. Die Eheleute lebten in den
besten Verhältnissen, doch bestanden immer häusliche Zwistigkeiten.

Die schwarzen Pöden. Auf der Domäne Schieber bei Blom-
berg in Lippe sind unter den polnischen Arbeitern die
schwarzen Pöden ausgebrochen. Ein Arbeiter ist bereits ge-
storben und sofort beerdigt worden. Ein anderer Erkrankter, der
pödenverdächtig ist, hat im Krankenhaus in Detmold Unterkunft ge-
funden. Die Domäne ist polizeilich gesperrt.

Eisenbahnunglück in Triest. Ein Personenzug aus Görz stieß
bei der Einfahrt in den Triester Staatsbahnhof so heftig an einen Weisabschluß, daß mehrere Personenzüge beschädigt
wurden. 40 Reisende und drei Schaffner sind, zum Teil
leicht, verletzt worden.

Todesurteil eines englischen Fliegers. Am Donnerstagmorgen
ist der englische Militärflieger Leutnant Treach bei einem Flug
über dem Flugfeld in der Grafschaft Salisbury tödlich ver-
unglückt.

Warttreife von Berlin am 18. März 1911, nach Ermittlungen
des Igl. Polizeipräsidiums. Reis (misch), gute Sorte 00,00—00,00, Donau
00,00—00,00, Reis (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Nichtstroh 0,00,
Heu 7,20—8,50.

Wartballenreise. 100 Allogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen
34,00—50,00, Speisebohnen, weiße 35,00—60,00, Linsen 40,00—80,00,
Rartoffeln (klein) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule
1,60—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,40—2,00,
Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00,
60 Stück Eier 3,60—5,40, 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40, Halm
1,60—3,40, Bänder 1,40—2,90, Dachte 1,20—2,60, Barzche 1,00—2,20,
Schale 1,60—3,20, Biele 0,80—1,60, 60 Stück Krebse 3,50—24,00.

Wer ihn kennt — liebt ihn!



Unseren von Tausenden gepriesenen
Condor - Patent - Schnürstiefel
ohne zu schnüren

Hauptpreislagen: 11⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰ 17⁵⁰ 19⁵⁰

Schuh-
fabrik

Conrad Tack & Cie. A. S. Burg

bei
Magdabg.

144 Verkaufsstellen im Reich,
davon 21 in Berlin u. Umgegend:

C. Colletmarkt 15
C. Reichenhauer Straße 14
W. Potsdamer Straße 50
W. Schillstraße 16

NW. Turmstraße 41
NW. Wilhelmstraße 22
NW. Beusselstraße 29
N. Friedrichstraße 127

N. Nollnerstraße 3
N. Reimendorfer Str. 23
N. Brunnenstraße nur 32
N. Danziger Straße 1

O. Andreasstraße nur 50
O. Franzfurter Allee 125
SO. Oranienstraße 2a
SO. Oranienstraße 32

SO. Brangstraße 49
SW. Friedrichstraße 240-241
Charlottenburg: nur Wil-
merdorfer Str. 122-123

Neußlin:
Bergstraße 30-31
Potsdam:
Brandenburger Str. 54

Chorw-in Blasnu

leiden. Ausfluß etc. sind
in vielen Fällen heilbar d.
Sanotalkapseln (Paracop.
Bals.). Ch. 2 W. d. besonders
in Sanotalkos (Goldblätter
v. Peru), Bal. 1 W., ge-
braucht, selbst bei älteren ver-
schleppten Leiden, wie auch
weiblichen Unterleids-
katarrhen (Weißfluß), sehr
wirksam sind. Wenn in
Drogerien nicht erhältlich, d.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Vorzügllicher Geldschrank

direkt vom Lieferanten, äußerst billig
abzugeben. Offerten E. S. Haupt-
expedition des Vorwärts.

Arbeiter- Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Bruchbandagen

Leibbinden, Geradhalter,
Irrigator, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen

Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothring Str. 80.
Eigene Werkstatt. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Wohin wandern wir zu Ostern? Zur „Wachtelburg“

Heinricendorf bei Strausberg!
Höchstgelegenes Restaurant der Mark,
zwischen dem großen u. kleinen Stern-
see gelegen. Dem Bahnhof Straus-
berg auf herrlichem Waldwege zu er-
reichen. 20 Fremdenzimmer. 37472
Besitzer Artur Arlt.

Hautleiden

entstehen durch unreines Blut
können deshalb auch nur durch
innere Behandlung gründ-
lich und dauernd geheilt werden.
Hauptpillen das beste hierfür.
Frau Will hatte auf Armen, Beinen u.
der ganzen Brust förmliche Borsten
von Ausschlag, ist aber nach der letzten
kur vollständig geheilt worden. Ich
komme, um Ihnen den gebührenden
Dank abzusagen. Gott vergelte es Ihnen.
Tolmann, Pharm. in Refrad.

Die patentamt- Hautpillen in Berlin
sind geschützte u. allen
Vororten in allen Apotheken zu haben.
Versand nach auswärts durch
Bismarck-Apothek, Berlin, Wrangell-
straße 47. Postkarte genügt.

Spezialarzt

Dr. med. Wockentz,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprochst. v. 8—8, Sonntags 9—11.
Erläut. Frau Grundte als anständige
Frau. Kleinischmidt, Ulfedonstr. 27a.

Erstklassig!
**Unsere
"Marine"**
Beste 2 Pfg.
Cigarette

Stoffe

Dr. eleg. Massanzüge, Paletots
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.
Damen-Kostümstoffe
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.
Original englische Stoffe
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.
Loden für Pelzerinen, Anzüge
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.
Reste günstigste Kaufgelegenheit.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Hilfsbein Bier

Das Lob ich mir
schonig, geschmackvoll, bekömmlich

